

## Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Dingens

213-321.00-401/74 VS-vertraulich

15. Februar 1974<sup>1</sup>

Betr.: Eintreffen des sowjetischen Schriftstellers Alexander Solschenizyn in der Bundesrepublik<sup>2</sup>

Mit einer Verspätung von über vier Stunden traf am 13.2. kurz nach 16 Uhr die Aeroflot-Linienmaschine im Vorfeld des Frankfurter Flughafens ein, mit der, wie von der sowjetischen Botschaft angekündigt<sup>3</sup>, Alexander Solschenizyn in die Bundesrepublik kam.<sup>4</sup> Im Einvernehmen mit der Zentrale hatte ich die

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Stabreit am 15. Februar 1974 über Ministerialdirektor van Well an Staatssekretär Frank geleitet.

Hat van Well am 15. Februar 1974 vorgelegen.

Hat Frank laut Vermerk des Legationsrats I. Klasse Engelhard vom 26. Februar 1974 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 10151 (213); B 150, Aktenkopien 1974.

<sup>2</sup> Zur Situation des sowjetischen Schriftstellers Solschenizyn vgl. Dok. 45, Anm. 11.

Ende Dezember 1973 wurde in Paris ein Teil des Manuskripts „Archipel Gulag“ publiziert. Dazu wurde in der Presse berichtet, daß die Veröffentlichung auf heftige Kritik verschiedener sowjetischer Stellen gestoßen sei: „Der sowjetische Rundfunk unterstellt Solschenizyn, er wolle die internationale Entspannung untergraben. [...] Der Radiokommentator wirft ihm vor, er habe „in Umgebung der sowjetischen Gesetze“ Material für eine neue Propagandakampagne gegen die Sowjetunion geliefert. Der Pariser Verlag verleiht durch die Veröffentlichung sowohl das sowjetische Gesetz als auch die Genfer Weltkonvention.“ Vgl. den Artikel „Denen, die nicht mehr leben“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 5. Januar 1974, S. 2.

Die sowjetischen Behörden erließen am 8. Februar 1974 eine Vorladung gegen Solschenizyn. Dazu wurde berichtet: „Solschenizyns Frau wies am vergangenen Freitag, als sie die Annahme der ersten Vorladung verweigerte, darauf hin, daß der Vernehmungszweck nicht angegeben sei. Solschenizyn selbst ging Montag dieser Woche noch weiter und lehnte schriftlich jegliches Erscheinen zur Vernehmung in einer Sowjetbehörde grundsätzlich ab.“ Daraufhin sei Solschenizyn am 12. Februar 1974 zwangsläufig zu einem Verhör abgeführt worden. Vgl. den Artikel „Solschenizyn nach Verhör verhaftet“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 13. Februar 1974, S. 1.

<sup>3</sup> Am 13. Februar 1974 fand ein Gespräch des Staatssekretärs Frank mit dem sowjetischen Botschafter statt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Meyer-Landrut vermerkte dazu am gleichen Tag, Falin habe mitgeteilt, daß die sowjetischen Behörden gegen den Schriftsteller Solschenizyn wegen Verstoßes gegen mehrere Strafgesetze der RSFSR ein Verfahren eingeleitet hätten. Nachdem er in Haft genommen worden sei, hätten die Behörden entschieden, ihn auszuweisen: „Solschenizyn werde am 13. Februar mit einer Linienmaschine der Aeroflot in die Bundesrepublik gebracht werden, die 11.45 Uhr auf dem Frankfurter Flughafen eintreffen werde. Er werde zu diesem Zeitpunkt nicht mehr Bürger der UdSSR sein und über keine Papiere verfügen. Grundlage für diese Entscheidung bilde die Äußerung des Bundeskanzlers vom 2.2.1974 in seiner Rede anlässlich der Verleihung des Theodor-Heuss-Preises, wo er sagte: „Solschenizyn würde bei uns in der Bundesrepublik Deutschland frei leben und unbehindert arbeiten können“ [...]. Angesichts der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland hoffe die sowjetische Seite, daß die mit der Ausweisung von Solschenizyn zusammenhängenden Umstände nicht vorzeitig an die Öffentlichkeit getragen und nicht propagandistisch ausgenutzt würden. Gleichzeitig hoffe die Sowjetregierung, daß der Bundeskanzler und Herr Bundesaußenminister diese Angelegenheit wohlwollend behandeln würden.“ Meyer-Landrut vermerkte weiter, Frank habe seine Überraschung über diese Entscheidung ausgedrückt und erklärt, er gehe davon aus, „daß die Überstellung von Solschenizyn in die Bundesrepublik Deutschland nicht zu einer Belastung unserer Beziehungen führe. Er wolle darüber hinaus feststellen, daß diese Überstellung nicht auf eine Anregung von uns erfolge. Wir unsererseits wollten die Angelegenheit so abwickeln, daß aus ihr keine Belastung der Beziehungen erwachse. Wir hätten kein spezifisches politisches Interesse, Aufnahmestaat für Solschenizyn zu sein. Wenn er sich jedoch hier aufhalte, werde er sich unseren Gesetzen und Geprägtheiten entsprechend bewegen und äußern können.“ Vgl. VS-Bd. 10151 (213); B 150, Aktenkopien 1974.

<sup>4</sup> Zum Eintreffen des Schriftstellers in der Bundesrepublik vgl. auch SOLSCHENIZYN, Eiche, S. 543–545.

Presseabteilung der Flughafengesellschaft gebeten, im Interesse von Solschenizyn keine Pressevertreter auf das Vorfeld zu lassen. Es befanden sich dort nur die zuständigen Angehörigen des Bundesgrenzschutz-Kommandos und der Sicherheitsorgane und einige schaulustige Flughafenangestellte. Die beiden erschienenen Vertreter der sowjetischen Botschaft hielten sich im Hintergrund, erkundigten sich jedoch angelegentlich, ob außer mir noch andere Vertreter des Auswärtigen Amtes gekommen seien.

Der Maschine entstieg zunächst ein Mann, der sich als Vertreter des sowjetischen Außenministeriums vorstellte und sich erkundigte, wem er Solschenizyn übergeben solle. Auf meine Frage, ob Solschenizyn Gepäck habe, erwiderte er, dies sei nicht der Fall; Solschenizyns Frau werde bei ihrer Ausreise das Gepäck der Familie mitbringen.

Die Unsicherheit und Nervosität bei den sowjetischen Beamten war offensichtlich. Sie entschlossen sich nach einigem Hin und Her, Solschenizyn zuerst aus der Maschine aussteigen zu lassen. Vom Fuß der Gangway konnte ich beobachten, wie Solschenizyn in der Maschine von einigen Bewachern nach vorn gestoßen wurde. Als er dann auf der Plattform erschien, war ihm der Zorn über diese Behandlung anzusehen. Als ich ihn begrüßte und mich als Vertreter des Auswärtigen Amtes vorstellte, war er sichtlich erleichtert. Die Umstehenden applaudierten und ein junges Mädchen überreichte ihm eine Rose. Ich bat ihn, mit mir in unseren bereitstehenden Dienstwagen zu steigen, der sich – wie vorher geplant – sofort in Richtung auf eine Nebenausfahrt des Flughafens in Bewegung setzte. Solschenizyn war von den Ereignissen der vergangenen Nacht angegriffen, betonte aber, es ginge ihm gesundheitlich gut. Die Freude über die gewonnene Freiheit überwältigte ihn. Besonders hatte ihn überrascht, daß er nicht in einem Wagen der sowjetischen Botschaft zu einem unbekannten Bestimmungsort abtransportiert wurde.

Nachdem ich geklärt hatte, daß Solschenizyn damit einverstanden war, zunächst Gast von Heinrich Böll zu sein, wurde die Fahrt in Richtung Düren fortgesetzt.

Aus den Gesprächen mit Solschenizyn möchte ich folgendes festhalten:

1) Zu den Ereignissen vor der Ausweisung:

Nach der Festnahme Solschenizyns am Abend des 12.2. wurde er in das Lefortowo-Gefängnis eingeliefert, wo Vertreter der Generalstaatsanwaltschaft ihm eine Anklageschrift vorlegten, in der er nach Artikel 64 des StGB der RSFSR des Landesverrats beschuldigt wurde. Artikel 64 sieht eine Mindeststrafe von zehn bis 15 Jahren Freiheitsentzug und als Höchststrafe die Todesstrafe vor. Solschenizyn weigerte sich, ihm vorgelegte Erklärungen zu der Anklage zu unterschreiben. Sie enthielten vermutlich ein Schuldbekenntnis. Die Nacht verbrachte Solschenizyn in einer stark beleuchteten Zelle. Physische Gewalt wurde nicht angewandt; man hat ihn höflich behandelt.

Erst am 13.2. „um die Mittagszeit“ (Solschenizyn) eröffnete ihm der sowjetische Generalstaatsanwalt Maljarow persönlich, er habe „die reaktionären Kreise des westlichen Auslands unterstützt“. Nach dem Gesetz – Solschenizyn meinte, es handele sich dabei um ein Gesetz aus dem Jahre 1938 – werde ihm die sowjetische Staatsbürgerschaft aberkannt. Er werde unverzüglich ins Ausland abge-

schoben, anderenfalls habe er mit einer Verurteilung nach Artikel 64 StGB RSFSR zu rechnen. Unter den gegebenen Umständen beugte sich Solschenizyn der Erpressung.

Nachdem man ihm seine Kleider und persönliche Gegenstände abgenommen und ihn in einen Anzug und Mantel vom KGB gesteckt hatte, ging es in eiliger Fahrt zum Flughafen. Mit acht KGB-Leuten zusammen setzte man Solschenizyn in die vordere Kabine einer dort wartenden Maschine. Solschenizyn wußte bis zur Landung in Frankfurt nicht, daß die Reise in die Bundesrepublik ging. Mit seiner Frau durfte er seit seiner Festnahme nicht mehr in Verbindung treten.

Solschenizyn hatte bei seiner Ankunft nichts als die Kleider am Leibe und einige hundert Mark, die man ihm noch zugesteckt hatte.

### 2) Zur Ausreise der Familie:

Solschenizyn beschäftigte vor allem die große Sorge um seine Familie. Er bestätigte, daß man ihm versprochen hatte, sie ausreisen zu lassen, doch befürchtete er Schikanen und Hausdurchsuchungen. Auch weiß er nicht, ob man seiner Familie gestatten wird, bei ihrer Ausreise sein Archiv und seine Manuskripte mitzunehmen. Kurz nach der Ankunft bei Heinrich Böll hat dieser ein Gespräch mit Frau Solschenizyn angemeldet. Die Verbindung kam binnen zehn Minuten zustande, und Solschenizyn hat sich lange mit seiner Frau unterhalten. Er schien nach dem Gespräch beruhigt zu sein. Eine Haussuchung hatte nicht stattgefunden.

In einem Gespräch am 14.2. sagte mir Solschenizyn, er wäre dankbar, wenn unsere Botschaft in Moskau seiner Familie bei der Ausreise behilflich sein könne. Meine Frage, ob er an eine Ausreise der Familie in die Bundesrepublik denke, bejahte er. Gleichzeitig aber bat er, in den nächsten Tagen noch keine Schritte zu unternehmen, da seine Frau die Ausreise noch vorbereiten müsse. Er werde sich zu gegebener Zeit mit dem Auswärtigen Amt in Verbindung setzen.

### 3) Zur Wahl des endgültigen Wohnorts:

Nachdem die Sowjets die Familie erst ausreisen lassen wollen, wenn Solschenizyn seinen endgültigen Wohnort gewählt hat, war für ihn die Frage vordringlich, wohin er sich nun wenden werde. Die Bundesrepublik kam für ihn offenbar von vornherein nicht in Frage. Äußerungen im Wagen darüber, es sei bei uns so „eng“, dichtbesiedelt und industrialisiert, sollten wohl andeuten, daß Solschenizyn nicht die Absicht hat, hier zu bleiben. Er sprach dagegen immer wieder davon, daß er in Norwegen viele Freunde habe und ihm das Land zusage. Er wolle sich aber auch mit seinem Zürcher Rechtsanwalt<sup>5</sup> darüber beraten und nichts überstürzen. Er bat mich, das Auswärtige Amt möge ganz inoffiziell bei der norwegischen Botschaft sondieren, ob man ihn in Norwegen aufnehmen werde.

Mein Eindruck war, daß bei Solschenizyn die Freude, dem KGB entronnen zu sein, sehr schnell der Sorge um seine Familie und um seine Zukunft wichen. Doch es ist bewundernswert, mit welcher Dynamik und Standfestigkeit er seiner Situation gewachsen ist. Scharf und kompromißlos be- und verurteilt er das Sowjetregime und seine Politik, nicht ohne Genugtuung darüber, daß er

5 Fritz Heeb.

ihm durch seine Härte die Stirn geboten hat. Ohne diese Härte, so sagte Sol-schenizyn, wäre er schon lange verloren gewesen.<sup>6</sup>

Dingens

**VS-Bd. 10151 (213)**

**52**

**Botschafter Behrends, Wien (MBFR-Delegation),  
an das Auswärtige Amt**

**114-10635/74 geheim  
Fernschreiben Nr. 161**

**Aufgabe: 15. Februar 1974, 19.00 Uhr  
Ankunft: 15. Februar 1974, 21.07 Uhr**

Delegationsbericht Nr. 60/74

Betr.: MBFR

hier: Stand der Verhandlungen

Vier Wochen nach der Weihnachtspause<sup>1</sup> stellt sich die Konferenzlage wie folgt dar:

I. 1) Der Rhythmus der Plenarsitzungen hat sich verlangsamt. Wahrscheinlich wird es in Zukunft nur eine Plenarerklärung jeder Seite pro Woche geben. Den Verhandlungen kann dies nur zugute kommen, da allzuvielen Plenarerklärungen, in denen die Ausgangspositionen ständig wiederholt werden, nur zu einer Verhärtung der Fronten führen.

2) In Zukunft werden informelle Emissäarbeitsessen zum eigentlichen Verhandlungsmedium werden. Auf westliche Initiative haben die ersten Arbeitssessen, bei denen jede Seite durch drei Emissäre vertreten ist, am 6. und 13. Februar stattgefunden.<sup>2</sup> Das nächste ist für den 20.2. vorgesehen.<sup>3</sup> Auf westlicher Seite sind die Bedenken gegen das Emissäarsystem, die vor allem von Bel-

<sup>6</sup> Der sowjetische Schriftsteller Solschenizyn nahm seinen Wohnsitz in der Schweiz. Seine Familie durfte am 29. März 1974 aus der UdSSR ausreisen. Vgl. dazu die Meldung: „Solschenizyns Familie in Zürich eingetroffen“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 30. März 1974, S. 1.

<sup>1</sup> Die MBFR-Verhandlungen wurden am 13. Dezember 1973 unterbrochen und am 17. Januar 1974 wieder aufgenommen.

<sup>2</sup> Zum Emissägespräch vom 6. Februar 1974 vgl. Dok. 39.

Zum Emissägespräch vom 13. Februar 1974 vgl. Dok. 39, Anm. 3.

<sup>3</sup> Botschafter Behrends, Wien (MBFR-Delegation), berichtete am 21. Februar 1974 über das Emissägespräch vom Vortag, daß es zu einer „gewissen Bewegung in der prozeduralen Debatte“ geführt habe: „Die östliche Seite ist bereit, die Emissägespräche in folgende zwei TO-Punkte zu gliedern: 1) Landstreitkräfte der direkten Teilnehmer, 2) andere Verhandlungsgegenstände. Sie ist bereit zu zusagen, daß die Erörterung des ersten TO-Punkts mit der Diskussion amerikanischer und sowjetischer Landstreitkräfte beginnen kann. Sie geht ihrerseits davon aus, daß sie unter dem zweiten TO-Punkt Luft- und nukleare Streitkräfte zur Diskussion stellen kann. Sie nimmt ferner zur Kenntnis, daß die westlichen Unterhändler beabsichtigen, unter dem zweiten TO-Punkt „associated measures“ zu behandeln.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 178; VS-Bd. 9460 (221); B 150, Aktenkopien 1974.

gien, Griechenland und der Türkei ausgingen, noch nicht überwunden. Ein lockeres Einvernehmen, daß der erste Emissär von den Vereinigten Staaten, der zweite abwechselnd von Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland und der dritte abwechselnd von Belgien, den Niederlanden und Kanada gestellt wird, ist noch nicht gesichert und wird vorläufig nicht formalisiert werden können.

3) Die östliche Seite zeigt sich durchaus daran interessiert, mit der Methode der Emissäressen einen Einstieg in eigentliche Verhandlungen zu finden. Allerdings zeichnet sich bereits jetzt ab, daß die Russen die Emissäressen durch vorausgeschaltete sowjetisch-amerikanische Essen vorzubereiten gedenken.

4) Die Atmosphäre der Verhandlungen ist weiterhin sachlich und entspannt. Bilaterale Kontakte werden von beiden Seiten mit gleicher Intensität wie vor Weihnachten gepflegt und bleiben ein wesentliches Mittel zur Verdeutlichung der eigenen Position und Sondierung der Position der anderen Seite.

II. 1) Die MBFR-Verhandlungen sind im Grunde Verhandlungen von Block zu Block, bei denen beide Seiten strikte Blockdisziplin wahren. Lediglich die Rumänen betreiben recht ungeniert ihre eigene Politik, sind jedoch bemüht, den Bogen nicht zu überspannen. Ihr Einfluß auf die Verhandlungen ist trotz aller Aktivität gering.

2) Auf der NATO-Seite wurde die gute und intensive Zusammenarbeit fortgesetzt. Da die Unterhändler der NATO-Staaten an das Mandat des NATO-Rats<sup>4</sup> gebunden sind, die Substanz dieses Mandats bereits vollständig vor Weihnachten in die Verhandlungen eingeführt wurde<sup>5</sup> und die Weiterentwicklungen der offengebliebenen Punkte sowie der Verhandlungssubstanz wegen des unvermeidlich schwerfälligen Entscheidungsprozesses in der NATO erheblich Zeit in Anspruch nehmen, sind die NATO-Delegationen zu einer unbeweglichen Verhandlungsführung gezwungen. Taktisch hat dies manche Vorteile. Die WP-Delegationen beginnen, sich daran zu gewöhnen, daß auch die NATO-Staaten in der Lage sind, hartnäckig und mit langem Atem zu verhandeln.

3) Die Vereinigten Staaten stehen im Augenblick nicht unter besonderem Zeitdruck. Allerdings liegt den Amerikanern daran, vor Beginn der Sommerpause<sup>6</sup> Fortschritte in den Verhandlungen zu erzielen, da sie im Juni und Juli mit einem Wiederaufleben der Diskussion im Senat über die amerikanische Truppenpräsenz in Europa rechnen. Ein weiterer Fixpunkt ist der geplante Besuch von Präsident Nixon in Moskau im Sommer.<sup>7</sup> Falls die Verhandlungen bis dahin auf der Stelle treten, ist damit zu rechnen, daß bilateral und auf höchster Ebene die Weichen für den künftigen Ablauf der Verhandlungen gestellt werden.

4) Während in der NATO-Gruppe die Vereinigten Staaten am stärksten für Fortschritte in den Verhandlungen engagiert sind, wird das retardierende Element

<sup>4</sup> Für das Papier CM (73) 83 (Final) „Alliance Approach to Negotiations on MBFR“ vom 17. Oktober 1973 vgl. VS-Bd. 9417 (221). Vgl. dazu ferner AAPD 1973, III, Dok. 326.

<sup>5</sup> Vgl. dazu die am 22. November 1973 von den an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vorgelegten Rahmenvorschläge; Dok. 9, Anm. 2.

<sup>6</sup> Die MBFR-Verhandlungen in Wien wurden am 17. Juli 1974 unterbrochen und am 24. September 1974 wiederaufgenommen.

<sup>7</sup> Präsident Nixon hielt sich vom 27. Juni bis 3. Juli 1974 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 197, Dok. 199 und Dok. 200.

durch die südlichen Flankenstaaten (Italien, Türkei, Griechenland) und – allerdings weniger offensichtlich – durch Großbritannien repräsentiert. Die deutsche Delegation kann nach den bisherigen Erfahrungen am wirksamsten operieren, wenn sie eine mittlere und vermittelnde Position einnimmt.

5) Im WP-Lager dominiert eindeutig die Sowjetunion. Von den übrigen WP-Staaten setzen nur die Polen gewisse eigene Akzente (Priorität für Verminde-  
rung von Nuklearwaffen und einheimischen Streitkräften) und lassen gelegent-  
lich Flexibilität erkennen.

III. 1) Nach Wiederbeginn der Verhandlungen reagierten die WP-Staaten mit zunehmender Ungeduld auf das unerschütterliche Festhalten der NATO-Staaten an ihren Ausgangspositionen. Das Grolle Breschnews aus Havanna<sup>8</sup>, der gelegentlich schärfere Ton östlicher Plenarerklärungen seit der Weihnachts-  
pause und das neuerliche Lancieren kritischer Stellungnahmen zu NATO-Position  
in die westliche Presse sind Anzeichen dafür. Die östliche Unzufriedenheit  
richtet sich vor allem gegen die Bundesrepublik Deutschland, von der sich die  
WP-Staaten vor Beginn der Verhandlungen wohl erhofft hatten, daß sie die  
NATO-Solidarität durch Festhalten an bekanntgewordenen „nationalen“ Posi-  
tionen sprengen werde.

2) Auf das westliche Angebot, durch Emissäre in kleinem Kreis zu verhandeln, gingen die WP-Staaten nach einer kurzen Periode demonstrativer Skepsis mit deutlichem Interesse ein. Der westliche Versuch, den Einstieg in die Verhandlungen durch eine prozedurale Vereinbarung zu finden, nach der zunächst nur über amerikanische und sowjetische Truppen gesprochen werden soll, ist je-  
doch praktisch bereits gescheitert. Die WP-Staaten witterten in dem westli-  
chen Vorschlag nicht zu Unrecht einen Versuch, sie<sup>9</sup> auf den Boden des westli-  
chen Verhandlungskonzepts zu ziehen. Sie bestehen darauf, daß gleichzeitig mit dem vom Westen vorgeschlagenen Thema auch die Verminderung nicht-  
amerikanischer und nicht-sowjetischer Streitkräfte – die sie in einheimische und stationierte Streitkräfte unterteilen – unter Einbeziehung der Luftwaffen und der nuklearen Streitkräfte erörtert wird. Die WP-Staaten werden viel-  
leicht letzten Endes bereit sein, in den Emissärgesprächen de facto die Themen Luftstreitkräfte und Nuklearstreitkräfte zurückzustellen, nicht aber die Ein-  
beziehung europäischer Streitkräfte. Um dies deutlich zu machen, konzentriert die östliche Seite seit Wiederaufnahme der Verhandlungen ihre Kritik an den NATO-Vorschlägen auf das Phasenkonzept und den Aufschub der Verhandlun-  
gen über die Verminderung europäischer Streitkräfte auf eine zweite Phase.

3) Da der Westen für die Diskussion des Themas amerikanische und sowjeti-  
sche Truppen mit dem Argument plädiert, daß es sich hier um „common ground“ handele, wird er sich der parallelen Erörterung des Themas europäischer Truppen kaum entziehen können, da auch dies „common ground“ ist, wenn auch, wie beim ersten Thema, die Vorstellungen über die Modalitäten der Reduzierung auf beiden Seiten höchst unterschiedlich sind. Die Einbeziehung von

<sup>8</sup> Zu den Äußerungen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 29. Januar 1974 in Havanna vgl. Dok. 45, Anm. 17.

<sup>9</sup> Korrigiert aus: „die“.

Nuklearwaffen und Luftstreitkräfte ist dagegen kein „common ground“, da sie von der einen Seite gefordert, von der anderen Seite abgelehnt wird.

IV. 1) Während die WP-Staaten bereits einige Ideen lanciert haben, die deutlich von ihrem Ausgangskonzept abweichen (sowjetische Idee eines common ceiling unter Einschluß des Personals der Luftstreitkräfte, polnische Idee eines „freeze“), hat sich die NATO-Seite bisher von der Ausgangsposition, wie sie in den Plenarerklärungen erläutert wurde, in der Substanz nicht entfernt. Sie ist dazu auch nicht in der Lage, solange die NATO-Doktrin vom NATO-Rat nicht weiterentwickelt wird. Die gegenwärtig in der NATO geleistete Arbeit in MBFR-Fragen (stabilisierende Maßnahmen, Verifikation, Sicherheit der Flanken) dient der Ausfüllung von offengebliebenen Details der Ausgangsposition, nicht der Weiterentwicklung der NATO-Doktrin aufgrund der Verhandlungslage.

2) Das sowjetische Interesse an den Wiener Verhandlungen ist beträchtlich, zumal das Interesse Moskaus an der KSZE wohl eher abnehmende Tendenz hat. Die WP-Staaten stellen sich durchaus auf eine lange Verhandlungsdauer ein. Die NATO-Staaten können sich daher – vorausgesetzt, daß es der amerikanischen Administration gelingt, die Stimmung im Kongreß in der Truppenfrage unter Kontrolle zu halten – noch einige Zeit leisten, auf ihrer Ausgangsposition zu verharren. Der erste kritische Moment in den Verhandlungen wird wahrscheinlich vor der Sommerpause eintreten. Die NATO-Staaten werden bis zu diesem Zeitpunkt erste neue Elemente in die Verhandlungen einführen müssen, um die Verhandlungen in Gang zu halten und das noch bestehende sowjetische Interesse an einem Verhandlungsergebnis nutzen zu können.

3) Für uns kommt es vor allem darauf an, das Phasenkonzept und das Konzept des common ceiling durchzusetzen. Das Phasenkonzept ist nicht nur aus allianzinternen Gründen wichtig, sondern auch, um Zeit für eine Entwicklung der europäischen Zusammenarbeit auch auf dem Gebiet der Verteidigung zu gewinnen. Es wird daher darauf ankommen, rechtzeitig neue Elemente zu entwickeln, die beide Konzepte für die andere Seite attraktiver machen, ohne unsere Sicherheit zu gefährden oder die Europäische Politische Zusammenarbeit negativ zu präjudizieren. Die Delegation wird darüber gesondert berichten.<sup>10</sup>

[gez.] Behrends

**VS-Bd. 9457 (221)**

<sup>10</sup> Botschafter Behrends, Wien (MBFR-Delegation), berichtete am 15. Februar 1974 ergänzend: „Im Anschluß an Abschnitt IV.3 des Bezugserichts wird folgende Aufstellung von erwägenswerten Elementen zur evtl. Fortentwicklung der NATO-Position übermittelt: a) Präzisierung der prozeduralen Verbindung zwischen den beiden Phasen, b) Präzisierung der ‚coverage‘, d. h. der Beteiligung an Phase zwei, c) temporärer ‚overall freeze‘ der Personalstärken der Landstreitkräfte bis Abschluß der Verhandlungen in der zweiten Phase als Teil einer Vereinbarung über die erste Phase (oder als gesonderte Vereinbarung vor einem Abkommen über die erste Phase), d) Einschluß des Luftwaffenpersonals in einem common ceiling, entweder durch Aufstockung des ceilings für Landstreitkräfte um den gegenwärtigen Personalstand der Luftstreitkräfte oder – falls Reduktionen akzeptabel sind – um einen entsprechend geringeren Betrag, e) Reduzierung oder ‚freeze‘ nuklearer Streitkräfte, f) ‚freeze‘ für amerikanische Panzer in Höhe des gegenwärtigen Bestandes.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 164; VS-Bd. 9457 (221); B 150, Aktenkopien 1974.

**Aufzeichnung des  
Vortragenden Legationsrats I. Klasse von der Gablentz**

**202-321.00 FRA-296/74 VS-vertraulich**

**19. Februar 1974<sup>1</sup>**

Betr.: Gespräch Staatssekretär Dr. Frank mit französischem Botschafter<sup>2</sup> am  
18. Februar

Staatssekretär Frank empfing am 18. Februar den französischen Botschafter zu einem etwa einstündigen Gespräch über die politischen Folgen der Energiekonferenz in Washington<sup>3</sup> für Europa. Der französische Botschafter ließ deutlich das französische Interesse erkennen, daß die Bundesregierung keine zu weitgehenden Folgen aus den Meinungsverschiedenheiten in Washington ziehe, insbesondere nicht für den europäisch-arabischen Dialog.

Der Botschafter stimmte der These des Staatssekretärs zu, daß es jetzt vor allem darauf ankomme, praktische Fortschritte zu erzielen und keine abstrakte Grundsatzdebatte über die Beziehungen Europa–USA zu führen. Auch er meinte, daß es nützlich wäre, wenn die beiden Außenminister bei den deutsch-französischen Konsultationen am 1. März in Bonn<sup>4</sup> unter vier Augen über die Folgerungen sprechen würden, die sie für den Fortgang der Europapolitik aus den Unstimmigkeiten in Washington ziehen.

Zum deutschen Terminvorschlag für ein EPZ-Ministertreffen am 4. März<sup>5</sup> in Brüssel erläuterte der Staatssekretär, daß der Terminkalender des Ministers kaum ein anderes Datum zulasse und daß sich die Neun eine Wiederholung des Hin- und Herreisens zwischen Kopenhagen und Brüssel vom Juli 1973<sup>6</sup> nicht leisten könnten.

Staatssekretär zog folgende allgemeine Lehren aus den Erfahrungen der Washingtoner Energiekonferenz:

– Es sei falsch, die intellektuell einleuchtende Alternative zwischen eigenständiger europäischer Politik und Bindung an die USA als konkrete politische Wahl zu präsentieren. Denn Franzosen und Deutsche müßten, wenn sie vor diese Wahl gestellt würden, verschieden wählen und würden so lediglich den USA ein taktisches Mittel zur dauernden Einflußnahme in Europa in die Hand geben. Hätten Adenauer und de Gaulle nicht auf eine solche allgemei-

1 Hat Staatssekretär Frank am 20. Februar 1974 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Scheel verfügte.

Hat Scheel vorgelegen.

Hat Ministerialdirigent Simon am 27. Februar 1974 vorgelegen.

2 Jean Sauvagnargues.

3 Zur Energiekonferenz vom 11. bis 13. Februar 1974 in Washington vgl. Dok. 49.

4 Für das Gespräch des Bundesministers Scheel mit dem französischen Außenminister Jobert am 1. März 1974 vgl. Dok. 65.

5 Zur Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 4. März 1974 in Brüssel vgl. Dok. 77.

6 Die Außenminister der EG-Mitgliedstaaten traten zunächst am Vormittag des 23. Juli 1973 im Rahmen der EPZ in Kopenhagen zusammen. Vgl. dazu AAPD 1973, II, Dok. 229.

Am Nachmittag des 23. Juli 1973 tagten sie als EG-Ministerrat in Brüssel.

- ne Grundsatzdebatte verzichtet, so wäre z. B. der deutsch-französische Vertrag<sup>7</sup> nie zustande gekommen.
- Man könne nicht versuchen, europäische Positionen im Gegensatz zu den USA aufzubauen und gleichzeitig zu zögern, diese Positionen wirklich stark und unangreifbar zu machen. Europa könne nur eine eigenständige Politik auch gegenüber den USA entwickeln, wenn es praktische gemeinsame Positionen erarbeite und dabei auf die selbsterstörerische Grundsatzdebatte über die unlösbare Frage der Beziehungen zu den USA verzichte.
  - Mit einer solchen subtilen Politik, die das unlösbare Grundsatzproblem Europa – USA mit Stillschweigen übergehe, könne Europa auch für eine mögliche politische Entwicklung vorsorgen, in deren Verlauf die europäische Einstellung für die beiden Supermächte zu einem störenden Element im Rahmen ihrer bilateralen Entspannungsvereinbarungen werde.
  - Praktisch bedeute das, die EPZ fortzusetzen, ohne sie mit einer Grundsatzdebatte zu belasten, und dabei auch den Gedanken einer europäisch-arabischen Konferenz weiterzuverfolgen. Dabei dürfe man allerdings den USA, eben um eine zerstörerische Debatte unter den Europäern zu vermeiden, nicht das Gefühl geben, als sei diese Politik gegen sie gerichtet.

Gablentz

VS-Bd. 9891 (200)

## 54

### **Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Lücking**

**210-331.00-448I/74 VS-vertraulich**

**20. Februar 1974<sup>1</sup>**

**Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> der Eilbedürftigkeit halber unmittelbar**

**Betr.: Sitzungen des Präsidiums des Deutschen Bundestages in Berlin (West)**

**Zweck der Vorlage:**

**Gespräch des Herrn Staatssekretärs mit den Botschaftern der Drei Mächte<sup>3</sup>, anschließend Gespräch mit BM Bahr.**

**Vorschlag:**

**1) Bitte des Herrn Staatssekretärs an die Botschafter der Drei Mächte, uns ih-**

<sup>7</sup> Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lücking und von Legationssekretär von Berg konzipiert.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Frank vorgelegen.

<sup>3</sup> Nicholas Henderson (Großbritannien), Martin J. Hillenbrand (USA), Jean Sauvagnargues (Frankreich).

re Haltung zu einer zum 5. März 1974 einberufenen Sitzung des Präsidiums des Deutschen Bundestages in Berlin (West) mitzuteilen.

2) Abstimmung mit BM Bahr, wie die Haltung der Drei Mächte und der Bundesregierung der Präsidentin des Deutschen Bundestages<sup>4</sup> übermittelt werden soll.

Sachstand:

1) Berechtigung und politische Opportunität von Sitzungen des Präsidiums des Deutschen Bundestages stehen zur Diskussion, seit das Präsidium eine Sitzung in Berlin (West) für den Januar dieses Jahres ankündigte und die Sowjetunion (Botschaftsrat Belezkij von der Botschaft in Ost-Berlin) gegen diesen Plan am 2.1.1974 mündlich demarchierte.<sup>5</sup>

2) Die Haltung der Drei Mächte:

- Die Amerikaner und zögernd auch die Franzosen teilen unseren Standpunkt, daß beide Gremien nicht Ausschüsse im Sinne des Vier-Mächte-Abkommens<sup>6</sup> sind und somit in Berlin (West) tagen können, ohne als Voraussetzung hierzu ihre Tagesordnung unter die Bindungsklausel<sup>7</sup> stellen zu müssen.
  - Die Briten halten zur Zeit Sitzungen des Präsidiums und des Ältestenrats in Berlin (West) für politisch nicht opportun und sichern ihre Haltung juristisch durch den Standpunkt ab, den Sowjets gegenüber nicht argumentieren zu können, diese Gremien seien keine Ausschüsse –“committees“ – im Sinne des Vier-Mächte-Abkommens und des erläuternden Briefs der drei Botschafter an den Bundeskanzler.
- 3) Angesichts der nicht einheitlichen Haltung der Drei Mächte soll ihre Antwort an die Sowjets den Protest zwar zurückweisen, ohne jedoch die alliierte

<sup>4</sup> Annemarie Renger.

<sup>5</sup> Botschafter Sahn, Moskau, teilte am 3. Januar 1974 mit, daß nach Auskunft der Drei Mächte die UdSSR am Vortag mündlich gegen eine für den 28. Januar 1974 geplante gemeinsame Sitzung des Präsidiums und des Ältestenrats des Bundestags in Berlin (West) Protest eingelegt habe. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 15; Referat 210, Bd. 111638.

Am 3. Januar 1974 fand außerdem ein Gespräch des Staatssekretärs Sachs mit dem sowjetischen Botschafter statt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Meyer-Landrut vermerkte dazu am selben Tag, Falin habe den Text der mündlichen Demarche vom Vortag übergeben und dazu ausgeführt: „Dieser Schritt sei von der Sorge geleitet, die volle Einhaltung und Erfüllung des Vier-Mächte-Abkommens zu gewährleisten und Mißverständnisse zu vermeiden. Die sowjetische Regierung hoffe, daß die Bundesregierung die gebührende Einsicht in die Notwendigkeit der Einhaltung des Vier-Mächte-Abkommens besitze und auf das Präsidium des Bundestages in einer dem Sinne dieser Demarche entsprechenden Weise einwirken werde.“ Vgl. Referat 210, Bd. 111638.

<sup>6</sup> Vgl. dazu Anlage II Absatz 2 des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971; Dok. 18, Anm. 4.

<sup>7</sup> Die Botschafter Jackling (Großbritannien), Rush (USA) und Sauvagnargues (Frankreich) teilten am 3. September 1971 Bundeskanzler Brandt die Klarstellungen und Interpretationen ihrer Regierungen zu den Erklärungen mit, die in Anlage II des Vier-Mächte-Abkommens enthalten waren. In Ziffer b) erklärten sie: „Meetings of the Bundesversammlung will not take place and plenary sessions of the Bundesrat and the Bundestag will continue not to take place in the Western Sectors of Berlin. Single committees of the Bundesrat and the Bundestag may meet in the Western Sectors of Berlin in connection with maintaining and developing the ties between those Sectors and the Federal Republic of Germany. In the case of Fraktionen, meetings will not be held simultaneously.“ Vgl. UNTS, Bd. 880, S. 140. Für den deutschen Wortlaut vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 61.

Auffassung zu präjudizieren, wie Sitzungen des Präsidiums in Berlin (West) rechtlich unter das Vier-Mächte-Abkommen zu subsumieren sind.

4) Das Präsidium, welches seine für Januar in Berlin (West) angesetzte Sitzung „aus Termingründen“ verschoben hatte, will nunmehr dort am 5.3.1974 zusammentreten. Dies hat die Bundestagspräsidentin BM Bahr in einem Telefongespräch am 19.2.1974 bestätigt. BM Bahr hat sie darauf hingewiesen, daß die Frage der Berechtigung und der politischen Opportunität dieses Vorhabens noch mit den Drei Mächten diskutiert werde und daß diese Bedenken hätten.

Die Bundestagspräsidentin hat darauf um eine klare Entscheidung der Drei Mächte bis zum 21.2.1974 gebeten. Dies wurde uns am 19.2.1974 abends vom BKA (MD Sanne) übermittelt. Das Bundeskanzleramt regt an, daß der Herr Staatssekretär die Bundestagspräsidentin im Anschluß an die Unterredung mit den Botschaftern von der Auffassung der Drei Mächte unterrichtet.<sup>8</sup>

#### Gesprächsvorschlag

1) Bitte des Herrn Staatssekretärs an die Botschafter der Drei Mächte, uns wegen der neuen Entwicklung mitzuteilen, ob sie aus politischen Gründen Bedenken gegen eine Sitzung des Präsidiums des Deutschen Bundestages am 5.3.1974 in Berlin (West) haben. Wir sind bereit, politische Bedenken der Drei Mächte uns zu eigen zu machen und sie als Auffassung der Drei Mächte und der Bundesregierung gegenüber dem Parlament zu vertreten.

2) Gespräch mit BM Bahr zur Abstimmung, wer die Bundestagspräsidentin vom Ergebnis des Gesprächs mit den drei Botschaftern unterrichtet. Nachdem Herr BM Bahr in dieser Angelegenheit bereits mit der Bundestagspräsidentin gesprochen hat, würde es naheliegen, daß er wiederum an sie herantritt.<sup>9</sup> Dies entspräche auch der Ende 1971 vereinbarten Zuständigkeitsregelung innerhalb der Bundesregierung, wonach die Kontakte zum Bundestag in Angelegenheiten, die parlamentarische Aktivitäten in Berlin (West) betreffen, vom Bundeskanzleramt wahrgenommen werden.

Lücking

**VS-Bd. 10110 (210)**

<sup>8</sup> Dieser Satz wurde von Staatssekretär Frank durch Fragezeichen hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Es ist vereinbart, daß der Verkehr mit Bu[ndes]t[ags]Präs[ident] nur über BKA geht.“

<sup>9</sup> Bundesminister Bahr vermerkte am 21. Februar 1974, der amerikanische Botschafter Hillenbrand habe ihn ersucht, gegenüber Bundestagspräsidentin Renger zu erklären, daß die Bundesregierung gegenwärtig eine Sitzung des Präsidiums des Bundestags in Berlin (West) nicht für angebracht halte. Dies habe er abgelehnt. Daraufhin habe Hillenbrand darum gebeten, Renger mitzuteilen, daß die amerikanische Regierung nicht durch die Veröffentlichung eines Sitzungstermins unter Zeitdruck gesetzt werden wolle und Angaben über Zweck und Tagesordnung der geplanten Sitzung erbitte. Vgl. dazu Referat 210, Bd. 111638.

Staatssekretär Grabert, Bundeskanzleramt, teilte Renger am 28. Februar 1974 mit: „Wie Ihnen bekannt ist, hat die Sowjetunion am 2. Januar 1974 wegen der Sitzung des Präsidiums, die für den 28. Januar 1974 in Berlin vorgesehen war, bei den Drei Mächten Protest eingelegt. Diese haben daraufhin die Antwort auf die sowjetische Demarche zum Gegenstand eingehender Konsultationen mit der Bundesregierung gemacht, die zur Zeit noch nicht abgeschlossen sind. Der sowjetische Protest ist daher noch nicht beantwortet. Wie Ihnen Bundesminister Bahr bereits mitgeteilt hat, wird von alliierter Seite Wert darauf gelegt, über den Zweck und die Tagesordnung der beabsichtigten Sitzung informiert zu werden. Ich darf diese Bitte noch einmal übermitteln und wäre Ihnen dankbar, wenn ihr entsprochen werden könnte. Solange die alliierte Meinungsbildung noch nicht abge-

## Gespräch des Staatssekretärs Frank mit dem sowjetischen Botschafter Falin

213-495

21. Februar 1974<sup>1</sup>

Am 21. Februar 1974 suchte Botschafter *Falin* auf seine Bitte den Herrn Staatssekretär auf. Er verlas eingangs das als Anlage beigelegte Dokument<sup>2</sup> und erklärte hierzu, es handele sich um eine Mitteilung der sowjetischen Regierung an die drei Westmächte, die hiermit nun auch der Bundesregierung zur Kenntnis gebracht werden solle.

Der Herr *Staatssekretär* erwiderte, er könne diese Erklärung nur zur Kenntnis nehmen. Beantwortet werden müsse die Mitteilung von den drei Westmächten. Nach Auffassung der drei Westmächte und der Bundesregierung stelle die Errichtung des Umweltbundesamtes in Berlin (West) keine Verletzung des Vier-Mächte-Abkommens dar. Wäre die Bundesregierung nicht dieser Überzeugung gewesen, hätte sie nicht daran gedacht, das Amt in Berlin zu errichten. Er hoffe, daß der Meinungsaustausch mit den drei Westmächten, auf den in der Mitteilung der sowjetischen Regierung hingewiesen werde, dazu führe, daß auch die sowjetische Regierung einsehe, daß eine solche Verletzung nicht vorliege. Das wäre das beste Ergebnis eines solchen Meinungsaustausches. Die sowjeti-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 213*

schlossen und eine entsprechende Entscheidung noch nicht getroffen ist, wären die Drei Mächte und die Bundesregierung dankbar, wenn das Präsidium des Deutschen Bundestages keine Sitzung in Berlin festsetzen würde.“ Vgl. Referat 210, Bd. 111638.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Stabreit am 22. Februar 1974 gefertigt.

Hat Ministerialdirigent Blech, Ministerialdirektor van Well und Staatssekretär Frank am 22. Februar 1974 vorgelegen.

2 Dem Vorgang beigefügt. Die sowjetische Erklärung lautete: „Die sowjetische Seite hat die amerikanische (englische, französische) Seite bereits darauf aufmerksam gemacht, daß die Errichtung des Umweltbundesamtes in Westberlin eine grobe Verletzung des Vierseitigen Abkommens wäre und daß die westliche Seite die Verantwortung für die Folgen eines solchen Schrittes auf sich nehmen müßte. Leider haben diese unsere Demarchen, die vom Bestreben geleitet wurden, jegliche Komplikationen in Westberliner Angelegenheiten zu vermeiden, keine gebührende Reaktion gefunden. Vielmehr hat die Regierung der BRD am 22. Januar d. J. den Gesetzentwurf über die Errichtung des obenerwähnten Bundesamtes in Westberlin bestätigt und ihn dem Bundestag unterbreitet. So mit hat uns die Regierung der BRD vor die Notwendigkeit gestellt, vom Praktischen her die Frage zu prüfen, ob die Gegenmaßnahmen zur Sicherung unserer legitimen Interessen ergriffen werden sollen. Solche Schritte werden unvermeidbar sein, wenn sich die Regierung der BRD doch dazu entschließen sollte, ihre Absicht über die Errichtung des Umweltbundesamtes in Westberlin zu realisieren. Diese Schritte wären eine rechtmäßige Maßnahme angesichts einer groben Verletzung des Vierseitigen Abkommens durch die westliche Seite. In diesem Zusammenhang möchten wir auch mitteilen, daß der Standpunkt, den die Deutsche Demokratische Republik in dieser Frage eingenommen hat, von der sowjetischen Seite uneingeschränkt geteilt wird. Gleichzeitig halten wir es für zweckmäßig, nochmals zu betonen, daß die sowjetische Seite nur das eine anstrebt: die strikte Einhaltung des Vierseitigen Abkommens in allen seinen Teilen. Nach wie vor sucht sie keine Konfrontation in Westberliner Angelegenheiten und ist bereit, alles in ihren Kräften stehende zu tun, um im Kontakt und im Rahmen der Verständigung mit ihren Partnern jede unerwünschte Entwicklung zu verhindern. Um unnötige Komplikationen zu vermeiden, gehen wir nach wie vor davon aus, daß der Meinungsaustausch über diese Frage in einer sachlichen und vertraulichen Atmosphäre stattfinden soll.“ Vgl. Referat 213, Bd. 112708.

sche Seite wisse, daß die drei Westmächte uns erklärt hätten, daß nach ihrer Auffassung die Errichtung des Umweltbundesamtes nicht im Widerspruch zum Vier-Mächte-Abkommen stehe. Zumindest auf dieser Seite befänden wir uns auf festem Boden. Es sei nun wichtig, daß keine einseitigen Maßnahmen ergriffen würden, solange ein sachlicher und vertraulicher Meinungsaustausch gepflegt werde.

Botschafter *Falin* erklärte, der Standpunkt der Bundesregierung sei der sowjetischen Seite bekannt. Er werde nicht geteilt. Das Vier-Mächte-Abkommen könne nicht durch die drei Westmächte, sondern nur durch alle Vier Mächte interpretiert werden.

Der Herr *Staatssekretär* wies den Botschafter darauf hin, daß der Gesetzesvorschlag sich bereits in der Hand des Parlaments befindet<sup>3</sup>, die Regierung also nicht mehr Herr des Entwurfes sei. Die Bundesregierung habe mit der Errichtung des Amtes nicht nur das Abkommen nicht verletzt, sondern auch keine politische Demonstration beabsichtigt.

Botschafter *Falin* fuhr fort, in der Tat sei nun leider der „Geist aus der Flasche“ und es wäre besser, daß dies nicht geschehen wäre. Aber das sei eine Angelegenheit der deutschen Seite, in die er sich nicht einmischen wolle. Dies könne auch nicht zur Folge haben, daß die sowjetische Seite ihre Auffassung ändere. Gewisse Prinzipien, die im Vier-Mächte-Abkommen niedergelegt seien, gehörten zur tragenden Konstruktion des Abkommens. Dazu gehöre die Bestimmung, daß die drei Westsektoren kein Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland seien und nicht von ihr regiert werden dürften.<sup>4</sup> Die Bundesregierung habe keine direkte Verfügungsgewalt in Westberlin und dürfe dort infolgedessen auch keine Institutionen oder staatliche Organe errichten. Die zitierte Bestimmung des Vier-Mächte-Abkommens habe sonst keinen Sinn. Dies bedeute nicht, daß die sowjetische Seite gegen die im Vier-Mächte-Abkommen erwähnten „Verbindungen“<sup>5</sup> sei, jedoch nur unter den von ihm genannten Voraussetzungen. Wenn eine Behörde nach Berlin gelegt werde, könnten Dutzende folgen. Vom Grundsatz würde dann nichts übrig bleiben. Der Herr *Staatssekretär* habe gesagt, es sollten während der Gespräche keine einseitigen Maßnahmen ergriffen werden. Das hänge aber ganz davon ab, was während der Gespräche unternommen werde.

Der Herr *Staatssekretär* erwiderte, der Hinweis auf die strikte Einhaltung des Abkommens lasse hoffen, daß es möglich sein werde, zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen. In dem Unterschied zwischen „Verbindung“ und „Bindung“ liege das Problem. Wenn wir uns darauf einigen könnten, daß Bindungen Bindungen seien und Verbindungen eine Sache des Postministeriums, so sei eine Einigung möglich. Die deutsche Seite sei nicht an Dutzenden von Kontroversen interessiert. Sie sei daran interessiert, daß Berlin seine Rolle in der Entspannung spiele. Dafür müsse man aber den Druck solcher Kontroversen von der

<sup>3</sup> Zum Entwurf der Bundesregierung vom 25. Januar 1974 für ein Gesetz über die Errichtung des Umweltbundesamts vgl. Dok. 22, Anm. 8.

<sup>4</sup> Vgl. dazu Teil II B sowie Anlage II Absatz 1 des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971; Dok. 18, Anm. 4.

<sup>5</sup> Dieses Wort wurde von *Staatssekretär* Frank handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Bindungen“.

Stadt nehmen. Berlin sei der Ort, wo sich Spannungen zuerst niederschlügen. Es sei deshalb von Anbeginn an unser Bestreben gewesen, Berlin aus der Atmosphäre des Kalten Krieges herauszunehmen und zu einem Musterbeispiel der Entspannung zu machen. Überall könne man Tests veranstalten, ob sich die Entspannung gut entwickele, nur in Berlin gehe dies nicht.

Botschafter *Falin* erklärte, man habe vielleicht nicht genug Energie in die Sache investiert. Berlin sei jedenfalls kein Platz zum Spielen.

Der Herr *Staatssekretär* schloß das Gespräch, in dem er ausführte, er werde die Mitteilung der sowjetischen Regierung der Bundesregierung zur Kenntnis bringen. Er wolle seine Hoffnung wiederholen, daß der Meinungsaustausch zwischen den Vier Mächten zu einem vernünftigen Ergebnis führe.

**Referat 213, Bd. 112708**

**56**

**Bundesminister Scheel an Botschafter Ruete, Warschau**

**214-321.00 POL**

**21. Februar 1974<sup>1</sup>**

**Fernschreiben Nr. 98**

**Aufgabe: 26. Februar 1974, 20.11 Uhr**

**Citissime**

Betr.: Stand der deutsch-polnischen Beziehungen

Bezug: DB Nr. 142 vom 14.2.1974<sup>2</sup>

Für Botschafter

Ich bitte Sie, Außenminister Olszowski aufzusuchen und ihm zu der von Vize-minister Czyrek am 14.2.1974 dargelegten polnischen Haltung mündlich (ohne

<sup>1</sup> Der Drahterlaß wurde von Vortragender Legationsrätin I. Klasse Finke-Osiander konzipiert.  
Hat den Vortragenden Legationsräten I. Klasse Kruse und Raster am 21. Februar 1974 zur Mitzeichnung vorgelegen.

Hat den Ministerialdirigenten Dreher und Lautenschlager am 21. Februar 1974 zur Mitzeichnung vorgelegen.

Hat Ministerialdirektor Hermes am 21. Februar 1974 zur Mitzeichnung vorgelegen.  
Hat Ministerialdirigent Blech und Ministerialdirektor van Well am 22. Februar 1974 vorgelegen.

Hat Staatssekretär Frank am 25. Februar 1974 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hallier am 26. Februar 1974 vorgelegen, der vermerkte:

„Kann abgehen.“

<sup>2</sup> Botschafter Ruete, Warschau, berichtete über ein Gespräch mit dem polnischen Stellvertretenden Außenminister Czyrek. Dieser habe zur Frage der Umsiedlung erklärt: „Die polnische Seite sei mit dem Verlangen nach Umsiedlung von 150 000 Menschen in drei Jahren überfordert. Die Zahl 150 000 sei völlig übersetzt. Man habe neue Analysen angestellt und sehe sich aufgrund von deren Ergebnissen nicht in der Lage, entsprechende Zusicherungen zu tun. Man wolle das beweisen, indem man die Umsiedlungsaktion so schnell wie möglich anlaufen lasse. Entscheidend sei, daß beide Seiten den Wunsch hätten, diese Fragen zu bereinigen, aber man müsse von realistischen Zahlen ausgehen und nicht fabulieren. Dabei müsse die polnische Seite die Möglichkeit haben, darüber zu entscheiden, was echte Umsiedlungsfälle seien und wer Umsiedler aus Erwerbsgründen sei. Wir müßten Vertrauen haben. Wenn tatsächlich eine neue Etappe unserer Beziehungen eintrete, dann

schriftliche Fixierung durch Aide-mémoire oder dergleichen) folgendes mitzuteilen:

I. 1) Die Bundesregierung sei zunehmend besorgt über die polnischen Äußerungen zur Umsiedlung aus jüngster Zeit. Sie stehe unter dem Eindruck, daß diese die Basis verlassen, auf der alle deutsch-polnischen Gespräche seit der Außenministerkonferenz in Helsinki<sup>3</sup> geführt worden sind. Dabei waren sich beide Seiten darüber klar, daß das Problem der Umsiedlung umfassend gelöst werden muß, um es als politische Belastung auszuräumen und die ungehemmte Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen zu ermöglichen. Dies gilt um so mehr, als die Unruhe und Bitterkeit in der deutschen Öffentlichkeit darüber, daß die polnische Regierung die in der „Information“<sup>4</sup> gegebenen Zusagen bisher nicht eingehalten hat, fortduern und zu einer kritischen Konzentration der deutschen Öffentlichkeit auf dieses Problem geführt hat, die die polnische Seite als abträglich empfindet und die auch wir nicht für wünschenswert halten.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 216*

werde man auch diese Frage in anderem Licht sehen. Wir könnten uns darauf verlassen, daß Polen uns nicht ‚reinlegen‘ werde, denn es sei selbst nicht daran interessiert, der Verbesserung der deutsch-polnischen Beziehungen neue Schwierigkeiten zu bereiten. Er habe sich mit MD van Well dahin verständigt, daß die Form der polnischen Zusicherung eine einseitige Erklärung zur „Information“ sein werde. Die beiderseitigen Vorstellungen könnten in Form eines Protokollvermerks zum Ausdruck gebracht werden. Polen sei aber nicht in der Lage, die Zahl von 150 000 zu erwähnen.“ Ruete berichtete weiter: „Ich machte ihm klar, daß die Bundesregierung konkrete Zahlen nennen müsse, sonst werde sie innenpolitisch Schwierigkeiten bekommen. [...] Ich unterstrich, daß dies eine völlig neue Haltung der polnischen Regierung sei, die uns vor ernste Schwierigkeiten stelle. Außenminister Olszowski habe in Bonn die Zahl 150 000 als ‚realistisch‘ bezeichnet.“ Vgl. VS-Bd. 10160 (214); B 150, Aktenkopien 1974.

3 Bundesminister Scheel und der polnische Außenminister Olszowski trafen am 3. Juli 1973 in Helsinki zusammen. Vgl. dazu AAPD 1973, II, Dok. 213.

4 Im Zusammenhang mit der Paraphierung des Warschauer Vertrags am 18. November 1970 über gab die polnische Regierung eine „Information“ über Maßnahmen zur Lösung humanitärer Probleme. Für den Wortlaut des veröffentlichten Teils vgl. BULLETIN 1970, S. 1696 f.

Der vertrauliche Teil lautete: „1) Die polnische Regierung bringt ihre Bereitschaft zum Ausdruck, bei Bedarf in Kontakt mit der Bundesregierung einzelne Probleme zu untersuchen in bezug auf die Ausreisewünsche derjenigen Personen, die aus Polen ausreisen wollen und sich als Deutsche bezeichnen. 2) Die polnischen Behörden werden bei der Familienzusammenführung folgende Kriterien anwenden: Verwandte in der aufsteigenden und absteigenden Linie, Ehegatten und in Fällen, die nach Abwägung aller subjektiven und objektiven Gesichtspunkte begründet sind, Geschwister. Dies schließt die Prüfung von Härtefällen nicht aus. 3) Die Aktion, die nach der Unterzeichnung des Vertrages beginnt, soll in ein bis zwei Jahren nach dem Inkrafttreten des Vertrages durchgeführt sein. Nach polnischer Berechnung werden einige Zehntausende Personen ausreisen können. Es ist jedoch keine zeitliche Begrenzung für die Ausreise von Personen vorgesehen, die die Ausreise wünschen und den angegebenen Kriterien entsprechen. Personen, die einen Antrag auf Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland stellen, werden ebenso behandelt werden wie Personen, die einen Antrag auf Ausreise in andere Länder stellen. Aus der Tatsache der Antragstellung erwachsen den Antragstellern keine Schäden. Die Ermächtigung des Polnischen Roten Kreuzes erstreckt sich auf die Anträge aller Personen, die zu einer der in Ziffer 2 genannten Gruppen gehören. 4) Die polnische Regierung hat klargestellt, daß die polnischen Konsularbehörden ermächtigt sind, Ermäßigungen sowohl in bezug auf die Höhe der Visagebühren als auch in bezug auf die Höhe der Pflichtumtauschquote in Fällen zu gewähren, die verdienen, anerkannt zu werden, und zwar in gleichem Maße wie bei anderen westeuropäischen Ländern. Für den Pflichtumtausch von Devisen für Reisende aus der BRD nach Polen werden dieselben Vorschriften wie für Reisende aus anderen Ländern Westeuropas gelten. 5) Die Frage der Überweisung von rechtlich begründeten Sozialleistungen an in der Volksrepublik Polen lebende Personen wird von den zuständigen Stellen beider Staaten geprüft werden.“ Vgl. VS-Bd. 8963 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1970.

Unter den gegebenen Umständen kann die Bundesregierung die zur Förderung der deutsch-polnischen Beziehungen in anderen Bereichen in Aussicht genommenen finanziellen Maßnahmen nur unter der Voraussetzung vor der deutschen Öffentlichkeit vertreten, daß die bereits 1970 angestrebte Lösung des Umsiedlungsproblems diesmal verwirklicht wird.

Wir haben die polnische Seite weder 1970 noch in den 1973 geführten Gesprächen darüber im Zweifel gelassen, daß wir für eine umfassende Lösung des Umsiedlungsproblems von den Unterlagen des Deutschen Roten Kreuzes ausgehen müssen. Wir haben uns in den im Dezember 1973<sup>5</sup> und im Januar 1974<sup>6</sup> in Bonn geführten Gesprächen damit einverstanden erklärt, die gegenwärtig beim Deutschen Roten Kreuz erfaßten Umsiedlungswünsche als obere zahlenmäßige Begrenzung zu akzeptieren. Wir haben ferner erklärt, daß man die Zahl der im Sinne der „Information“ tatsächlich berechtigten Umsiedlungswünsche als offen behandeln kann, daß wir jedoch für jeden Zweifelsfall eine faire und objektive Prüfung (die nicht den örtlichen Behörden überlassen bleiben kann) für unbedingt erforderlich halten.

2) Die Bundesregierung hat mit großer Besorgnis zur Kenntnis genommen, daß die von Vizeminister Czyrek dargelegte gegenwärtige polnische Haltung die Ergebnisse der Gespräche über die Durchführung der Umsiedlung wieder in Frage stellt, die im Oktober in Warschau<sup>7</sup> und im Dezember in Bonn geführt wurden.

- Im Abschlußkommuniqué zum Besuch von Bundesminister Scheel in Warschau im Oktober hat die polnische Regierung zugesichert, das Problem der Umsiedlung innerhalb von drei bis fünf Jahren umfassend zu lösen.<sup>8</sup>
- In Konkretisierung dieser Übereinkunft wurde bei den Gesprächen im Dezember der Vorschlag von Bundesminister Scheel erörtert, die Ausreise von je 50 000 Personen in den Jahren 1974–1976 vorzusehen und anschließend gemeinsam zu prüfen, wie die Gesamtaktion innerhalb der verbleibenden zwei Jahre zum Abschluß gebracht werden soll. Außenminister Olszowski bezeichnete im Dezember diese Vorstellungen als realistisch.
- Die polnische Seite hat im Dezember die Ausreise von 50 000 Personen für 1974 ausdrücklich zugesagt. Wenn diese mit polnischem Einverständnis bereits publizierte Zusage wieder nicht erfüllt werden sollte, würde dies die deutsch-polnischen Beziehungen erneut erheblich belasten.

Die Haltung, die die polnische Regierung nunmehr zur Größenordnung der Umsiedlung einnimmt, ist uns nicht ganz verständlich. Wir haben Zweifel daran, daß nicht mehr als 120 000 Anträge von Ausreisebewerbern vorliegen. Aber

5 Der polnische Außenminister Olszowski hielt sich am 6./7. Dezember 1973 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1973, III, Dok. 402.

6 Korrigiert aus: „Februar 1974“.

Zu den Gesprächen über Umsiedlung am 28./29. Januar 1974 vgl. Dok. 26, Anm. 5.

7 Bundesminister Scheel hielt sich vom 18. bis 20. Oktober 1973 in Warschau auf. Vgl. dazu AAPD 1973, III, Dok. 325, Dok. 328 und Dok. 331.

8 Im Kommuniqué über den Besuch des Bundesministers Scheel vom 18. bis 20. Oktober 1973 in Warschau wurde erklärt: „Die Minister behandelten eingehend die Frage der Ausreisen, die auf der Grundlage der ‚Information der Regierung der Volksrepublik Polen‘ erfolgen. Die polnische Seite drückte ihre Bereitschaft aus, diese Frage im Einklang mit der ‚Information‘ in umfassender Weise während der nächsten drei bis fünf Jahre zu lösen.“ Vgl. BULLETIN 1973, S. 1330.

selbst, wenn dies zutreffen sollte, verstehen wir nicht, weshalb die Zusage von 50 000 Ausreisen für 1974 nicht eingehalten werden kann. Was die polnische Sorge betrifft, die für den Dreijahresrahmen der Umsiedlung vorgesehenen Zahlen könnten nicht erreicht werden, so könnte sie – den unveränderten, aufrichtigen Willen zur umfassenden Durchführung der Umsiedlung vorausgesetzt – durch entsprechende Formulierungen im vorgesehenen Protokollvermerk ausgeräumt werden (z.B. die Ausreisen werden nach Maßgabe der gestellten Anträge stattfinden). Im übrigen könne daran gedacht werden, die für die zweite Jahreshälfte 1976 in Aussicht genommenen Gespräche zur Fortführung der Umsiedlung vorzuverlegen.

3) Wir bitten Außenminister Olszowski, sich innerhalb der polnischen Regierung und Parteiführung für eine Entscheidung einzusetzen, die eine umfassende Lösung des Umsiedlungsproblems sicherstellt und zu einer Regelung im Sinne der im Dezember 1973 ins Auge gefaßten Absprachen führt. Auf der Basis einer solchen Entscheidung sollte dann die Arbeitsgruppe Umsiedlung so rasch wie möglich zusammenentreten, bevor die Gespräche in den übrigen Bereichen fortgeführt werden, um eine definitive Vereinbarung auszuarbeiten. Die Vereinbarungen über die Durchführung der Umsiedlung sollten nach unseren Vorstellungen in der Form nicht unbedingt identisch, aber jedenfalls für beide Seiten gleichermaßen verbindlich sein wie die vorgesehenen Vereinbarungen auf dem Kredit- und dem Rentensektor. Wir denken an einen Verbalnotenwechsel oder ein Ergebnisprotokoll.

Wenn die polnische Regierung sich jedoch nicht in der Lage sehen sollte, ihre im Oktober gegebene Zusage aufrechtzuerhalten, derzu folge das Umsiedlungsproblem in den nächsten drei bis fünf Jahren in umfassender Weise gelöst werden soll, so bitten wir darum, uns auch dies offen mitzuteilen. In diesem Falle wäre dann gemeinsam zu prüfen, welche Teile des gemeinsam erarbeiteten Programms für die weitere Entwicklung der Beziehungen aufrechterhalten werden können.

II. Gleichzeitig bitte ich Sie, im Rahmen des Gespräches mit Minister Olszowski die tiefe Besorgnis der Bundesregierung über die weiterhin anhaltende Stagnation der Umsiedlung mitzuteilen. In den drei für die Lösung der Umsiedlung entscheidenden Wojewodschaften besteht seit Monaten praktisch ein Ausreisestop. Ein volliger Ausreisestop besteht seit einem Dreivierteljahr für die Wojewodschaft Allenstein. Die Zahl der aus den Wojewodschaften Oppeln und Kattowitz eintreffenden Umsiedler ist verschwindend gering. Zwar hat Vize- minister Czyrek ein Wiederansteigen in Aussicht gestellt und angekündigt, daß bereits im Februar 1000 Umsiedler ausreisen sollen. Im Gegensatz zu dieser Ankündigung ist die Zahl der von der Botschaft Warschau erteilten Sichtvermerke in der ersten Februarhälfte noch weiter zurückgegangen, so daß wir die Ankündigung von Vizeminister Czyrek vorerst jedenfalls mit gleicher Skepsis beurteilen müssen wie frühere ähnliche polnische Ankündigungen.

Gleichzeitig sollten Sie auf die sich häufenden Beschwerden von polnischer Seite über die Berichterstattung der deutschen Massenmedien zum deutsch-polnischen Verhältnis (z.B. Artikel von Wojna in „Trybuna Ludu“<sup>9</sup>) eingehen.

<sup>9</sup> Botschaftsrätin I. Klasse Rheker, Warschau, unterrichtete am 21. Februar 1974 über einen am selben Tag in der Tageszeitung „Trybuna Ludu“ unter dem Titel „Das Klima entspricht nicht der Sa-

Sie sollten darauf hinweisen, daß der von polnischer Seite als abträglich empfundene Tenor in der – im übrigen sonst durchaus breit angelegten – Berichterstattung eine zwangsläufige Folge des polnischen Verhaltens sei. Solange die polnische Seite die Durchführung ihrer Zusagen zur Umsiedlung weiterhin zurückstelle und den Eindruck erwecke, als sei sie erst bereit, diese zu erfüllen, nachdem eine Kreditvereinbarung zustande gekommen ist, wird es den wohlgesinnten verantwortlichen Kräften in der Bundesrepublik Deutschland (auf die auch Wojna hinweist) nicht möglich sein, dem Eindruck eines de facto-Junktims und den daran geknüpften Folgerungen entgegenzutreten.

Wir bitten die polnische Regierung deshalb, sowohl im Interesse der Sache und der betreffenden Menschen wie auch im Interesse der deutsch-polnischen Beziehungen so rasch wie möglich die Durchführung der für dieses Jahr zugesagten Ausreisen einzuleiten.<sup>10</sup>

Scheel<sup>11</sup>

**Referat 214, Bd. 116627**

*Fortsetzung Fußnote von Seite 219*

che“ erschienenen Artikel des Journalisten Wojna. Darin warne Wojna „vor den Folgen der in der westdeutschen Gesellschaft herrschenden Einstellung gegenüber Polen, wie sie in der Presse der Bundesrepublik zum Ausdruck komme. [...] Nach Wojna spiegelt die Tonlage der meisten westdeutschen Artikel zum deutsch-polnischen Verhältnis weiterhin nicht die ‚Bedeutung der gegenwärtigen Etappe dieser Beziehungen wider‘. Als Publizist habe er die Pflicht, ‚auf den sich anstauenden Ärger hinzuweisen, der sich aus dem immer deutlicher werdenden Auseinanderklaffen unserer vermeintlich gemeinsamen Vorstellungen über das Klima der so wichtigen und immer noch im Anfangsstadium befindlichen Zeit der Normalisierung ergibt. Denn gerade um das Klima geht es. In den Beziehungen zwischen der Bevölkerung Polens und der Bundesrepublik ist dieses Klima nicht weniger wichtig als die Sachgespräche, die auf den verschiedenen Ebenen zwischen unseren Ministerien geführt werden.‘“ Wojna habe weiter ausgeführt: „Sagen wir es deutlich: Immer mehr verstärkt sich bei uns die Überzeugung, daß man im Laufe der Zeit in der Bundesrepublik mehr und mehr von jenen Vorstellungen über das Verhältnis zu Polen abgeht, die man vor einigen Jahren in Bonn verkündete.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 168; Referat 214, Bd. 116626.

10 Botschafter Ruete, Warschau, berichtete am 28. Februar 1974 über das Gespräch mit dem polnischen Außenminister: „Olszowski dankte mir für meine Ausführungen und bat zunächst um einige Präzisierungen. Einmal wollte er wissen, ob nach unseren Vorstellungen die weiteren Gespräche über den Finanzkredit und die Rentenfrage erst dann fortgeführt werden könnten, wenn die Arbeitsgruppe Umsiedlung zu Ergebnissen gekommen sei. Dies sei nach polnischer Auffassung eine neue Haltung, bei der die Regelung der Umsiedlungsfrage allen anderen Fragen vorausgehen solle. Ich erwiderte ihm, daß hier ein gewisser Parallelismus Platz greifen müsse. In der Umsiedlungsfrage hingen die konkreten Absprachen gegenüber den anderen Teilgebieten zurück. Man müsse jetzt nachziehen, damit für das gesamte Feld grünes Licht gegeben werden könne. Olszowski erkundigte sich ferner, ob wir ein Junktim zwischen der Höhe unserer finanziellen Leistungen und den Umsiedlungszahlen herstellten. Ich sagte ihm, wir täten dies ebensowenig wie die polnische Regierung. [...] Nach diesen Präzisierungen führte Olszowski aus, daß er meinen Vortrag mit großem Ernst und großer Aufmerksamkeit gehört habe. Die Mitteilungen seien von großer Bedeutung für die polnische Regierung. Sie werde sie mit Ernst überlegen. Er werde mich in zwei bis drei Tagen wieder zu einem Besuch bitten und mir dann eine verbindliche Auskunft über die polnische Haltung übermitteln. Heute wolle er zu den Einzelheiten nicht Stellung nehmen. Als ich in einem persönlichen Schlußwort u. a. darauf hinwies, daß die polnische Regierung gut beraten sei, wenn sie ihre Forderungen nicht überspanne und ihre Hand nicht überreize, bemerkte Olszowski abschließend, er hoffe sehr, daß in gemeinsamen Gesprächen der Weg zu einer Lösung unserer Probleme gefunden werden könne.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 185; Referat 214, Bd. 116627.

Zur Fortsetzung des Gesprächs am 9. März 1974 vgl. Dok. 85.

11 Paraphe vom 26. Februar 1974.

## Aufzeichnung des Staatssekretärs Gaus, Bundeskanzleramt

**Geheim**

**22. Februar 1974<sup>1</sup>**

Vier-Augen-Gespräch mit Nier am 21. Februar 1974 auf Schloß Gymnich, vormittags

Nier bezog sich zu Beginn auf die am selben Tag veröffentlichte Rede Honeckers über die „neuen Vorschläge“<sup>2</sup>, die die DDR machen werde bzw. in den letzten Gesprächsrunden bereits gemacht habe. Nach Auffassung der DDR sollte es möglich sein, für die Vertretungen einen Arbeitsbeginn im März/April festzulegen; allerdings wisse man, daß auf unserer Seite die Bundesratsprozedur zunächst erfüllt werden müsse. Er kündigte für die Delegationsbesprechung<sup>3</sup> die Übergabe eines Protokollentwurfs über die Vertretungen an; die DDR habe sich entschlossen, die förmliche Festsetzung der Zeitweiligkeit der Anbindung ihrer Vertretung an das Bundeskanzleramt nicht mehr zu verlangen. Das ändere jedoch nichts am Standpunkt der DDR in dieser Frage, daß nämlich nach der öfter erwähnten Zeit von drei bis vier Jahren die Zuordnung der Vertretung sich ändern solle.

Nach Auffassung der DDR sei das Nachfolgeabkommen über nichtkommerziellen Zahlungsverkehr unter Einbeziehung West-Berlins „bald“ abzuschließen.<sup>4</sup> Nier fragte, warum die nächste Verhandlungsrunde über dieses Abkommen erst im März stattfinde. In den nächsten Monaten sollten dann auch die Folgeabkommen über Post- und Gesundheitswesen, ebenfalls unter Einbeziehung West-Berlins, abschlußreif sein. Nier wiederholte den Standpunkt der DDR, daß es für die Einbeziehung West-Berlins keine Pauschalregelung geben könne und auch der West-Berlin-Punkt auf den Fachebenen zu Ende geführt werden

<sup>1</sup> Ablichtung.

Hat Staatssekretär Frank am 28. Februar 1974 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Scheel und Ministerialdirektor van Well verfügte.

Hat Scheel am 3. März 1974 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Kastrup am 4. März 1974 vorgelegen.

Hat Ministerialdirigent Simon am 6. März 1974 vorgelegen.

Hat van Well vorgelegen.

<sup>2</sup> Der Erste Sekretär des ZK der SED, Honecker, führte am 21. Februar 1974 in einer Rede in Havanna aus: „Von dem Bestreben geleitet, den Prozeß der Entspannung und der Zusammenarbeit der Völker zu fördern, unterbreitet die Deutsche Demokratische Republik heute der Bundesrepublik Deutschland Vorschläge, die unter Berücksichtigung beiderseitiger Standpunkte die Möglichkeit bieten, entsprechend dem abgeschlossenen Grundlagenvertrag den Normalisierungsprozeß zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland einen guten Schritt voranzubringen. Das betrifft sowohl den Austausch der ständigen Vertretungen zwischen beiden deutschen Staaten als auch den Abschluß der im Grundlagenvertrag vorgesehenen Folgeverträge.“ Vgl. NEUES DEUTSCHLAND vom 22. Februar 1974, S. 3.

<sup>3</sup> Zum Delegationsgespräch am 21. Februar 1974 auf Schloß Gymnich vgl. Dok. 58.

<sup>4</sup> Staatssekretär Pöhl, Bundesministerium der Finanzen, und der Staatssekretär im Ministerium der Finanzen der DDR, Kaminsky, unterzeichneten am 25. April 1974 eine Vereinbarung über den Transfer von Unterhaltszahlungen sowie eine Vereinbarung über den Transfer aus Guthaben in bestimmten Fällen. Vertreter der Bundesbank und der Staatsbank der DDR unterzeichneten am selben Tag entsprechende Vereinbarungen. Für den Wortlaut der Vereinbarungen und der dazugehörigen Protokollvermerke vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 622-627.

müsste. Dem stehe jedoch nicht entgegen, daß auf der Ebene Gaus/Nier vorbereitend darüber gesprochen werde. Er verlas dann drei Formel-Entwürfe zur Einbeziehung West-Berlins zu den genannten drei Nachfolgeabkommen, die er als Diskussionsvorschlag unterbreitete (s. Anhang<sup>5</sup>).

Nier kündigte an, daß der DTSB, wie schon besprochen, demnächst den DSB einladen werde.<sup>6</sup> Für die Regelung der Berlin-Frage sollten dabei die „olympischen Regeln und internationales Regeln“ herangezogen werden, „in denen Berlin (West) bekanntlich seinen Platz hat.“<sup>7</sup> Ergänzend dazu schlage die DDR vor, auch eine staatliche Vereinbarung über die Förderung des Sportverkehrs abzuschließen, dies könne beispielsweise ein Absatz in einem Kulturabkommen sein. Auch bei der staatlich ausgehandelten Sportvereinbarung soll eine Einbeziehung West-Berlins erfolgen, „analog der entsprechenden Formel aus dem Kulturabkommen zwischen der UdSSR und der BRD“.<sup>8</sup>

Ich wies Nier auf die wichtigsten noch offenen Fragen einer Vereinbarung über die Errichtung der Vertretungen hin. Die Vorschläge der DDR, wie sie uns bekannt seien, müßten noch in einigen Punkten unseren Notwendigkeiten angepaßt oder ergänzt werden. Nier erwiderte, es sei eine Illusion anzunehmen, „daß jetzt noch geschachert werden kann“. Wer dies doch versuche, werde feststellen, daß dadurch das Entgegenkommen der DDR in allen angeschnittenen Themen in Frage gestellt werde.

Nier sagte, er werde im Verlaufe der Besprechungen zwei weitere Themen aufwerfen:

5 Dem Vorgang beigefügt. Die Vorschläge der DDR lauteten: „1) Die DDR wäre bereit, bei Unterzeichnung der Teilvereinbarungen auf dem Gebiet des Zahlungs- und Verrechnungsverkehrs folgende Erklärung abzugeben: Ich möchte auf das Einvernehmen verweisen, die Regelungen des Zahlungs- und Verrechnungsverkehrs zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland, wie sie am ... zwischen dem Ministerium der Finanzen der DDR und dem Bundesminister der Finanzen der BRD vereinbart wurden, in Übereinstimmung mit dem Vierseitigen Abkommen vom 3. September 1971 auf Berlin (West) unter der Voraussetzung sinngemäß anzuwenden, daß in Berlin (West) die Einhaltung der Bestimmungen der Vereinbarung gewährleistet wird.‘ 2) Bei Unterzeichnung des Post- und Fernmeldeabkommens wäre die DDR bereit, folgendes zu erklären: „Es besteht Einvernehmen, die Bestimmungen dieses Abkommens in Übereinstimmung mit dem Vierseitigen Abkommen vom 3. September 1971 auf Berlin (West) unter der Voraussetzung sinngemäß anzuwenden, daß in Berlin (West) die Einhaltung dieser Bestimmungen gewährleistet wird. Vereinbarungen zwischen der Regierung der DDR und dem Senat bleiben hier von unberührt.‘ 3) Bei Unterzeichnung des Gesundheitsabkommens wäre die DDR bereit, folgendes zu erklären: „Die Bestimmungen dieses Abkommens werden in Übereinstimmung mit dem Vierseitigen Abkommen vom 3. September 1971 auf Berlin (West) unter der Voraussetzung sinngemäß angewandt, daß in Berlin (West) die Einhaltung dieser Bestimmungen gewährleistet wird. Vereinbarungen zwischen der Regierung der DDR und dem Senat zu Fragen des Gesundheitsabkommens werden dadurch nicht berührt.“ Vgl. VS-Bd. 10108 (210); B 150, Aktenkopien 1974.

6 Zur Einladung vom März 1974 vgl. Dok. 43, Anm. 4.

7 Auf dem 63. Kongreß des IOC in Madrid wurde am 8. Oktober 1965 festgelegt: „Es sind wegen des olympischen Status von Berlin Überlegungen angestellt worden. Das IOC stellt fest, daß es nicht bereit ist, irgendeine Veränderung zu erwägen, und daß Westberlin in die Mitgliedschaft Deutschlands, Ostberlin in die Ostdeutschlands eingeschlossen ist.“ Vgl. DzD IV/11, S. 867f. Diese Regelung betreffend Berlin wurde auf dem 67. Kongreß des IOC am 13. Oktober 1968 in Mexiko City bestätigt. Vgl. dazu DzD V/2, S. 1387.

8 In Artikel 16 des Abkommens vom 19. Mai 1973 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über kulturelle Zusammenarbeit hieß es: „Entsprechend dem Vier-Mächte-Abkommen vom 3. September 1971 wird dieses Abkommen in Übereinstimmung mit den festgelegten Verfahren auf Berlin (West) ausgedehnt.“ Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 1687.

1) Die DDR lege Verwahrung ein gegen die Ausdehnung der UNO-Konvention über die Menschenrechte auf West-Berlin<sup>9</sup>, da dies Status und Sicherheit berühre.

2) Er werde um unsere Unterlagen über das angebliche Verbringen von Mark der DDR in die Bundesrepublik bitten.<sup>10</sup>

Wir besprachen dann noch einige Einzelheiten im Zusammenhang mit dem Protokoll und den Erklärungen zu Protokoll über die Vertretungen.

G. Gaus

**VS-Bd. 10108 (210)**

## 58

### **Aufzeichnung des Ministerialrats Bräutigam, Bundeskanzleramt**

**Geheim**

**22. Februar 1974<sup>1</sup>**

Betr.: Verhandlungen Gaus/Nier über die Ständigen Vertretungen am  
21.2.1974 in Schloß Gymnich

I. In den Delegationssitzungen wurde in folgenden Punkten Übereinstimmung erzielt:

1) Bezeichnungen

Die amtlichen Bezeichnungen werden lauten:

– „Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland“ (bzw. der Deutschen Demokratischen Republik)

<sup>9</sup> Für den Wortlaut des Internationalen Pakts vom 19. Dezember 1966 über bürgerliche und politische Rechte vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 1534–1555.

In Artikel 2 des Gesetzes vom 15. November 1973 zum Internationalen Pakt vom 19. Dezember 1966 über bürgerliche und politische Rechte wurde ausgeführt: „Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.“ Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 1533.

<sup>10</sup> Am Nachmittag des 21. Februar 1974 fand auf Schloß Gymnich ein weiteres Vier-Augen-Gespräch des Staatssekretärs Gaus, Bundeskanzleramt, mit dem Stellvertretenden Außenminister der DDR, Nier, statt. Gaus vermerkte dazu am 22. Februar 1974: „Zur Verbringung von Mark der DDR in die Bundesrepublik, worauf Nier dann zu sprechen kam, sagte ich, uns lägen Hinweise vor, wonach größere Mengen der DDR-Währung in die Bundesrepublik verbracht würden. Möglicherweise seien dies Transaktionen, die den zuständigen Stellen der DDR selbst gar nicht bekannt seien. Nier sagte, seine Regierung sei an konkreten Mitteilungen interessiert, weil sie selbst gegebenenfalls solche Transaktionen unterbinden werde.“ Vgl. VS-Bd. 10108 (210); B 150, Aktenkopien 1974.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Hat Staatssekretär Frank am 26. Februar 1974 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Scheel und Ministerialdirektor van Well verfügte.

Hat Scheel am 27. Februar 1974 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Herr Gaus will mich deswegen sprechen! Vorher R[ücksprache].“

Hat Frank erneut am 1. März 1974 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Erl[edigt].“

Hat van Well am 5. März 1974 vorgelegen.

- „Der Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland“ (bzw. der Deutschen Demokratischen Republik)

## 2) Agrément

Das Einverständnis über die jeweilige Person der Leiter der Vertretungen wird durch Notenwechsel der Regierungen (nicht der Außenministerien) herbeigeführt.

## 3) Akkreditierung

Die Leiter der Vertretungen werden bei den Staatsoberhäuptern akkreditiert.

## 4) Zuordnung der Vertretungen

In der Bundesrepublik wird für die Angelegenheiten der Ständigen Vertretung der DDR das Bundeskanzleramt, in der DDR für die Angelegenheiten der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik das Außenministerium zuständig sein.

Die DDR hat darauf verzichtet, die von ihr (weiterhin) gewünschte zeitliche Begrenzung der Zuordnung ihrer Vertretung zum Bundeskanzleramt im Protokoll festzulegen. Sie möchte aber ihre Position (Zuordnung zum Auswärtigen Amt nach etwa drei bis vier Jahren) in einem Brief der Bundesregierung zur Kenntnis bringen.

Staatssekretär Gaus stellte die Frage, ob ein solcher Brief notwendig sei, sagte aber Prüfung zu.

## 5) Wiener Konvention<sup>2</sup>

Für die Ständige Vertretung und ihre Mitglieder wird die Wiener Konvention vom 18. April 1961 nicht unmittelbar, sondern nur entsprechend angewandt.

## 6) Grenzübergangsstellen

In der Sache besteht Übereinstimmung, daß die Mitglieder der Ständigen Vertretung jederzeit ein- und ausreisen können. In Berlin können die Mitglieder der Vertretung der Bundesrepublik die für Westdeutsche zugelassenen Übergangsstellen sowie zusätzlich den Übergang Friedrichstraße, der allein rund um die Uhr geöffnet ist, benutzen.

Offen ist noch, in welcher Form entsprechende Erklärungen abgegeben werden sollen (gemeinsame oder einseitige Erklärungen).

## 7) Inkrafttreten

Das Protokoll soll zu einem später zu vereinbarenden Zeitpunkt in Kraft treten. Nier erklärte, seine Regierung wünsche, die Vertretungen noch im März oder April zu eröffnen.

II. In dieser Runde sind, abgesehen von einigen technischen Fragen bzw. Formfragen, folgende Punkte offen geblieben:

## 8) Arbeitskontakte der Vertretungen mit anderen Behörden des Gastlandes

Die DDR wünscht eine Zusicherung, daß Arbeitskontakte ihrer Vertretung zum Auswärtigen Amt möglich sind.

<sup>2</sup> Für den Wortlaut des Wiener Übereinkommens vom 18. April 1961 über diplomatische Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1964, Teil II, S. 958–1005.

Her Gaus hat dazu Erklärungen vorgeschlagen, wonach beide Vertretungen im Einvernehmen mit den für sie zuständigen Stellen (Bundeskanzleramt bzw. Außenministerium) Arbeitskontakte zu anderen Stellen unterhalten können.

Herr Nier sagte Prüfung zu, ob die Frage in dieser Weise auf der Basis der Genseitigkeit geregelt werden kann.

#### 9) Beglaubigungsschreiben

Herr Gaus bestand darauf, daß in den Beglaubigungsschreiben auf persönliche Titel (Botschafter, Minister bzw. Staatssekretär) verzichtet wird.

Herr Nier ließ diesen Punkt offen.

#### 10) Aufgaben

Herr Gaus schlug eine Generalklausel über die Aufgaben der Vertretungen vor. Darin soll festgelegt werden, daß die Vertretungen u. a. die Aufgabe haben, die Interessen ihres Staates im Gastland zu vertreten einschließlich Hilfe und Beistand für Personen sowie gutnachbarliche Beziehungen auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet wie auch auf anderen Gebieten zu fördern und auszubauen.

Herr Nier sagte Prüfung dieses Vorschlages zu.

#### 11) Vertretung der Interessen von Berlin (West)

Herr Nier erklärte sich bereit, die bereits anlässlich der Unterzeichnung des Grundlagenvertrages abgegebene Erklärung

„Die Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in der Deutschen Demokratischen Republik wird in Übereinstimmung mit dem vierseitigen Abkommen vom 3.9.1971 die Interessen von Berlin (West) vertreten. Vereinbarungen zwischen der DDR und dem Senat bleiben unberührt.“<sup>3</sup>

zu wiederholen, vielleicht sogar in der Form eines (schriftlich niedergelegten) Protokollvermerkes.

Herr Gaus erklärte, es sei wünschenswert, diese Erklärung in die Vereinbarung selbst aufzunehmen, was Herr Nier als „äußerst problematisch“ bezeichnete. Einen Hinweis auf die entsprechende Erklärung bei Unterzeichnung des Grundlagenvertrages hielt Nier für möglich.

Herr Gaus erklärte weiter, die Bundesregierung wünsche in geeigneter Form eine abgestimmte Interpretation über die Praktizierung einer solchen Berlin-Klausel. Dabei gehe es der Bundesregierung vor allem um die Klarstellung in zwei Punkten:

- das Recht der Vertretung der Bundesrepublik, die Interessen von natürlichen Personen auch dann zu vertreten, wenn sie sich nicht in der DDR aufhalten und ihnen Hilfe und Beistand zu leisten;
- das Recht der Vertretung der Bundesrepublik, die Interessen von Berlin (West) in den Angelegenheiten wahrzunehmen, bei denen Abkommen zwischen den beiden Staaten auf Berlin (West) ausgedehnt worden sind. Das gelte insbesondere für Wirtschaftsabkommen, die zwischen der Bundesrepu-

<sup>3</sup> Vgl. BULLETIN 1972, S. 1850.

blik und der DDR bestehen.<sup>4</sup> Davon bleibe unberührt, daß Verhandlungen zwischen beiden Seiten auf wirtschaftlichem Gebiet weiterhin von den zuständigen Stellen beider Seiten geführt würden. Es falle in die Organisationsgewalt jeder Seite, diese Stellen (auf seiten der Bundesrepublik die TSI) zu bestimmen.

Herr Nier erklärte, jede Interpretation der West-Berlin-Erklärung müsse auf der Grundlage der Anlage IV A und B des vierseitigen Abkommens<sup>5</sup> erfolgen. Danach könne die Bundesregierung ständige Einwohner von Berlin (West) konsularisch betreuen, nicht aber deren Interessen generell vertreten. Die bestehenden Verträge einschließlich der Wirtschaftsabkommen würden von der DDR, auch unter dem Gesichtspunkt Berlin (West), nicht in Frage gestellt. Die sich aus Wirtschaftsabkommen ergebenden Fragen sollten in Zukunft auf zwei Ebenen behandelt werden, nämlich einmal durch die handelspolitischen Abteilungen der Vertretungen und ferner durch direkte Kontakte zwischen den zuständigen Ministerien. Nier sagte, daß die TSI für die DDR nach Errichtung der Vertretungen kein Partner mehr sein werde.

In der generellen Frage der Vertretungen der Interessen von Berlin (West) in den durch Abkommen geregelten Bereichen stellte Herr Nier eine Stellungnahme in der nächsten Runde in Aussicht.

Die nächste Verhandlungs runde über die Ständigen Vertretungen wird am 6. März in Berlin stattfinden.<sup>6</sup>

Bräutigam

**VS-Bd. 10108 (210)**

<sup>4</sup> Der Handel zwischen der Bundesrepublik und der DDR war durch das Abkommen vom 20. September 1951 über den Handel zwischen den Währungsgebieten der Deutschen Mark (DM-West) und den Währungsgebieten der Deutschen Mark der Deutschen Notenbank (DM-Ost) (Berliner Abkommen) in der Fassung der Vereinbarung vom 16. August 1960 geregelt. Für den Wortlaut vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 32 vom 15. Februar 1961, Beilage, S. 1-3.

Am 6. Dezember 1968 wurde von Ministerialrat Kleindienst, Bundesministerium für Wirtschaft, und dem Stellvertretenden Minister für Außenwirtschaft der DDR, Behrendt, ein ergänzender Briefwechsel unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. Referat II A 1, Bd. 869. Vgl. dazu auch AAPD 1968, II, Dok. 380.

<sup>5</sup> Für Anlage IV A des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971, die in Anlage IV B von der UdSSR zur Kenntnis genommen wurde, vgl. Dok. 22, Anm. 11.

<sup>6</sup> Zu den Gesprächen des Staatssekretärs Gaus, Bundeskanzleramt, mit dem Stellvertretenden Außenminister der DDR, Nier, am 6./7. März 1974 in Ost-Berlin vgl. Dok. 79.

## Staatssekretär Sachs, z.Z. Bagdad, an das Auswärtige Amt

**114-10774/74 VS-vertraulich**

**Fernschreiben Nr. 12**

**Citissime**

**Aufgabe: 26. Februar 1974, 19.00 Uhr<sup>1</sup>**

**Ankunft: 27. Februar 1974, 00.23 Uhr**

Betr.: Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen<sup>2</sup>

Habe heute erstes Gespräch mit Staatssekretär im irakischen Außenministerium, Dschamali, gehabt.<sup>3</sup> Gespräch verlief sachlich und bei guter Atmosphäre. Nach Darlegung beiderseitiger Auffassungen zum deutsch-irakischen Verhältnis und zum Nahost-Konflikt schnitt Gesprächspartner folgende Punkte an:

- 1) Irakische Beunruhigung über deutsche Beteiligung am Aufbau iranischer Rüstungsindustrie. Dies liege nicht im Interesse der Erhaltung des Friedens in der Region, da Iran offenbar nicht mit Irak im Frieden leben wolle.
- 2) Unfreundliche Äußerungen deutscher Massenmedien gegenüber Irak.
- 3) Diskriminierende Behandlung der Araber in Bundesrepublik (Sichtvermerks- und Aufenthaltsbeschränkungen<sup>4</sup>).

<sup>1</sup> Hat Ministerialdirektor van Well vorgelegen.

Hat Ministerialdirigent Simon am 27. Februar 1974 vorgelegen.

Hat der Vertreterin des Ministerialdirigenten Blech, Vortragender Legationsrätin I. Klasse Fink-Osiander, am 2. März 1974 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von der Gablentz am 2. März 1974 vorgelegen.

Hat den Vortragenden Legationsräten Nöldecke und Vollers am 3. bzw. 6. März 1974 vorgelegen.

<sup>2</sup> Nach Bekanntgabe der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel am 12. Mai 1965 brach der Irak am selben Tag die diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik ab. Vgl. dazu AAPD 1965, II, Dok. 203.

Ministerialdirigent Jesser teilte Legationsrat I. Klasse Eickhoff, Bagdad, am 12. Februar 1974 mit: „Irakische Schutzmachtvertretung in Bonn hat gestern AA Bereitschaft Iraks mitgeteilt, deutsche Delegation unter Leitung eines Bundesministers zu empfangen, um Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zu besprechen. Gleichzeitig solle Abkommen über Beteiligung Bundesregierung und deutscher Firmen an Aufbau Iraks nach irakisch-japanischem Modell geschlossen werden. Als Reisetermine wird Februar genannt. Sie werden gebeten, irakischer Regierung folgendes mitzuteilen: Bundesregierung begrüßt Absicht irakischer Regierung sehr; sei jederzeit bereit, diplomatische Beziehungen ohne Vorbedingungen von der einen oder anderen Seite wiederherzustellen; halte es für zweckmäßig, Wiederaufnahme getrennt von Frage wirtschaftlicher Zusammenarbeit zu behandeln; sei mit Entsendung hochrangiger Delegation zum Abschluß Vereinbarung Wiederaufnahme einverstanden, wenngleich Reise Bundesministers aus Zeitgründen nicht möglich; möchte sichergestellt wissen, daß bei Reise deutscher Delegation Wiederaufnahme auch tatsächlich vollzogen werde.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 6; VS-Bd. 9989 (310); B 150, Aktenkopien 1974.

<sup>3</sup> Staatssekretär Sachs hielt sich vom 25. Februar bis 1. März 1974 im Irak auf.

<sup>4</sup> Aufgrund eines Kabinettsbeschlusses vom 6. September 1972 verfügte Bundesminister Genscher am 12. September 1972 die Einführung der Visumspflicht für Staatsangehörige von Libyen, Marokko und Tunesien. Damit unterlagen Staatsangehörige aller arabischen Staaten der Visumerfordernis. Ferner war vorgesehen, „daß Araber, gegen die Ausweisungsgründe vorliegen, sofort ausgewiesen und abgeschoben werden, und daß Araber, die sich illegal in der Bundesrepublik aufhalten, ermittelt und unverzüglich abgeschoben werden. [...] Die Grenzkontrollen gegenüber einreisenden Staatsangehörigen arabischer Staaten wurden verschärft, das Verfahren für die Erteilung von Sichtvermerken an Staatsangehörige arabischer Staaten neu geregelt.“ Vgl. den Schrifterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Dreher vom 13. Oktober 1972; Referat I B 4, Bd. 509. Vgl. dazu ferner BULLETIN 1972, S. 1548.

Positiv äußerte sich Gesprächspartner zu folgenden Punkten:

- 1) Irak trete ohne Vorbehalte für deutsche Wiedervereinigung ein.
- 2) Trotz unterschiedlicher Auffassung über Frage der Lösung Nahost-Konflikts begrüße irakische Regierung die Nahost-Erklärung der Neun vom 6.11.73<sup>5</sup>, sie stelle in der europäischen und damit auch in der deutschen Haltung einen bedeutsamen Schritt nach vorne dar.
- 3) Irak begrüße künftige engere deutsch-irakische Zusammenarbeit auf allen Gebieten.

Gesprächspartner legte ferner Politik der Unabhängigkeit des Irak zwischen den Blöcken dar. Er betonte, dies gelte auch gegenüber der Sowjetunion, trotz sehr enger Zusammenarbeit mit ihr. An zweiter Stelle der außenpolitischen Prioritäten des Irak stehe Frankreich. Auch Japan und Spanien erwähnte er positiv.

Zum bilateralen Verhältnis ließ Gesprächspartner keinen Zweifel, daß irakische Führung zur Normalisierung kommen will. Er legte eigenen Entwurf Kommuniqué-Textes vor, über den voraussichtlich morgen (mit einigen Änderungen) Übereinstimmung erzielt wird. Gleichzeitige Veröffentlichung ist vorgesehen für Donnerstag, 28.2.<sup>6</sup> Weiterer Bericht folgt morgen, 27.2.<sup>7</sup>

Parallel zu dieser Unterredung fand ein erstes positiv verlaufenes Gespräch zwischen MDg Schüßler, BMWi, und Dr. al Anbari, Generalsekretär im Ministerium für Erdöl und Bodenschätze, statt. Bericht hierüber folgt.<sup>8</sup>

[gez.] Sachs

**VS-Bd. 10107 (210)**

<sup>5</sup> Für die Nahost-Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten vom 6. November 1973 vgl. Dok. 10, Ann. 6.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1974, S. 284.

<sup>7</sup> Ministerialdirigent Jesser, z. Z. Bagdad, berichtete am 28. Februar 1974: „Im Ablauf Wiederaufnahmeprozeß sind auf irakischer Seite unerwartete Verzögerungen aufgetreten: Gestern vereinbarter Kommuniquétext – von irakischer Seite ad referendum angenommen – soll erst heute nachmittag von Revolutionsführungsrat gebilligt werden. Danach soll Schlußbesprechung im irakischen Außenministerium stattfinden. Staatssekretär Außenministeriums, Taqa, der erst gestern von bisher geheimgehaltener Moskaureise mit Vizepräsident Saddam Hussein zurückgekehrt ist, hat heute StS Sachs mit Delegation zu Gesprächen empfangen. Gesprächspartner kam – abgesehen von allgemeinem Tour d'horizon – ebenso wie zuvor Staatssekretär Dschamali auf deutsche Beteiligung an Aufbau iranischer Rüstungsindustrie zu sprechen. Er ging allerdings einen Schritt weiter und regte entsprechendes auch für Irak an, ohne dies freilich zur Bedingung für Normalisierung deutsch-irakischen Verhältnisses zu machen. StS machte unsere Vorbehalte demgegenüber deutlich.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 13; Referat 310, Bd. 104722.

Staatssekretär Sachs, z. Z. Bagdad, berichtete am selben Tag ergänzend: „Deutsch-irakische diplomatische Beziehungen sind wiederhergestellt. [...] Offizielle Gespräche mit irakischer Seite haben durch Besuch bei amtierendem irakischen Außenminister, ach-Shawaf, ihren Abschluß gefunden. Besuch verlief in aufgeschlossener und freundlicher Atmosphäre, brachte aber keine Gelegenheit mehr zu vertiefter Erörterung politischer Fragen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 14; Referat 310, Bd. 104722.

<sup>8</sup> Im Mittelpunkt des Gesprächs zwischen Ministerialdirigent Schüßler, Bundesministerium für Wirtschaft, und dem Abteilungsleiter im irakischen Ölministerium, al Anbari, standen irakische Wünsche zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit, die Frage ungeregelter Verbindlichkeiten sowie Verhandlungen der DEMINEX im Irak. Vgl. die undatierte Gesprächsaufzeichnung; Referat 310, Bd. 104722.

## 60

**Botschafter von Staden, Washington, an das Auswärtige Amt**

**114-10775/74 VS-vertraulich**  
**Fernschreiben Nr. 649**  
**Cito**

**Aufgabe: 26. Februar 1974, 20.00 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 27. Februar 1974, 08.07 Uhr**

Zu DB 180 von NATOgerma Brüssel vom 15.2.1974 – 10-04-0/74 VS-NfD

Betr.: Verbesserung der Konsultation im Bündnis  
 hier: französische Haltung

Zur Unterrichtung

I. Der französische Wunsch, NATO-Konsultationen auf Sicherheitsfragen zu beschränken, und zwar auf solche innerhalb des Bündnisgebiets<sup>2</sup> (während über alle anderen Probleme allenfalls Informationen ausgetauscht werden könnten), wirft für die USA, vor dem Hintergrund hier geführter Gespräche, schwierige Probleme auf.

- Sie schraubt den Konsultationsvorgang zurück auf den 4. April 1949, unter Außerachtlassung der inzwischen eingetretenen, dynamischen Veränderungen.
- Sie versucht, die atlantische Zusammenarbeit in einem Zeitpunkt einzuschränken, in dem sie für die USA als organisierte Solidarität der Verbündeten besonders wichtig ist, da
  - die Macht der USA durch die eingetretene strategische Parität mit der SU relativiert worden ist,
  - trotz einer fortbestehenden bilateralen Grundstruktur des weltpolitischen Kräftefeldes multipolare Tendenzen sichtbar werden,
  - die europäischen Partner erstarkt und in der Lage sind, vermehrt zum Bündnis beizutragen und Verantwortung zu übernehmen, dadurch die USA zu entlasten,
  - die multilaterale Ost-West-Politik enge Zusammenarbeit im Bündnis erfordert (bei der die französische Mitwirkung allerdings ohnehin begrenzt ist).
- Sie würde unausweichlich eine Verlagerung von Schwerpunkten der atlantischen Konsultation in bilaterale Kontakte bewirken; die volle multilaterale Konsultation würde sich auf einen Teil der europäischen Bündnispartner (die Neun!) beschränken, mit der weiteren Folge, daß die Beteiligung der USA am Meinungsbildungsprozeß zwischen den NATO-Verbündeten behin-

1 Hat Vortragenden Legationsrat I. Klasse Pfeffer am 28. Februar 1974 vorgelegen.

2 In Artikel 6 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 wurde festgelegt: „For the purpose of Article 5 an armed attack on one or more of the Parties is deemed to include an armed attack on the territory of any of the Parties in Europe or North America, on the Algerian Departments of France, on the occupation forces of any Party in Europe, on the islands under the jurisdiction of any Party in the North Atlantic area north of the Tropic of Cancer or on the vessels or aircraft in this area of any of the Parties.“ Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 290.

dert würde. Ohnehin wird in Washington die französische Vorstellung einer sich in Abgrenzung zu den USA entwickelnden europäischen Identität als Versuch verstanden, das europäische Einigungswerk als Instrument einer gegebenenfalls auch gegen amerikanische Interessen gerichteten französischen Außenpolitik zu verwenden.

- Die französischerseits geforderte unveränderte Beibehaltung der amerikanischen Sicherheitsgarantie für Europa bei gleichzeitiger Austrocknung des Konsultationsprozesses auf ein absolutes Minimum (erstens nur Sicherheitsfragen, zweitens nur solche innerhalb des Vertragsgebiets) würde für die USA erhebliche zusätzliche verteidigungspolitische Risiken mit sich bringen.
- Der in der französischen Initiative erkennbare Versuch, Frankreich im Vergleich zu anderen Bündnispartnern eine Vorzugsstellung im Dialog mit den USA und einen erweiterten politischen Spielraum gegenüber den europäischen Bündnispartnern zu verschaffen (teilweise Anknüpfung an de Gaulles Forderung nach einem Dreier-Direktorium<sup>3)</sup>) – nicht zuletzt unter politischem Einsatz der „Force de frappe“ – würde die in Washington mit vielen Hoffnungen verbundene amerikanische Politik der europäischen Einigung (möglichst gleiche Chancen für alle, Europa der Freien und Gleichen) beeinträchtigen, wenn nicht überhaupt in Frage stellen.

II. Allerdings kann die französische Initiative der amerikanischen Politik auch Vorteile bieten:

- Die amerikanische außenpolitische Handlungsfreiheit außerhalb des Vertragsgebiets wird grundsätzlich anerkannt (so ausdrücklich für Nahost).
- Die amerikanische Handlungsfreiheit in Sicherheitsfragen außerhalb des Vertragsgebiets wird ebenfalls grundsätzlich anerkannt (ausdrücklich für SALT, mit unklaren Einschränkungen offenbar auch sogar in der FBS-Frage).
- Es wird den USA leichtgemacht, alle ihre Handlungsfreiheit hemmenden NATO-Praktiken (erweiterte Konsultationen im Rat, Zusammenarbeit in DPC und NDAC/NPG) einzuschränken oder abzuschaffen, wenn sie dies wünschen sollten.
- Die französische Initiative reicht denjenigen amerikanischen Politikern, die die amerikanischen NATO-Verpflichtungen abbauen wollen, dazu die Hand. Dies gilt auch für die Reduzierung der US-Truppen in Europa, wenn die französische Regierung auch wiederholt erklärt hat, wie sehr sie an unverminderter amerikanischer Truppenpräsenz interessiert sei. Denn diese Erklärungen werden mehr als aufgewogen durch die gesamte französische Politik gegenüber den USA, vor allem durch offen geäußerte Zweifel an der Glaubwürdigkeit der amerikanischen konventionellen, aber auch nuklearen Ver-

<sup>3</sup> Ministerpräsident de Gaulle leitete am 17. September 1958 Präsident Eisenhower und Premierminister Macmillan ein geheimes Memorandum zu, in dem er eine Erweiterung des Wirkungsbereiches der NATO und die Schaffung eines Gremiums anregte, das politische und strategische Entscheidungen des Bündnisses treffen sollte. Als Mitglieder schlug de Gaulle Frankreich, Großbritannien und die USA vor („Dreier-Direktorium“). Vgl. dazu DDF 1958, II, S. 376 f. und S. 383 f.

teidigungspositionen (z. B. Vorwürfe wegen des amerikanisch-sowjetischen Abkommens zur Verhütung eines nuklearen Krieges vom 22. Juni 1973<sup>4</sup>).

- Der amerikanischen Außenpolitik werden Optionen einer isolationistischen Haltung an Hand gegeben (in Richtung auf das Konzept der „Fortress America“, das auch im Kongress Anhänger hat), soweit Europa eine solche Entwicklung überhaupt beeinflussen kann. Die Gefahr einer solchen Entwicklung kann nicht völlig ausgeschlossen werden. Denn wenn auch nach wie vor vitale amerikanische Interessen die Aufrechterhaltung der Verpflichtungen der USA gegenüber Europas gebieten mögen, hat sich doch in den letzten zwei Jahrzehnten zumindest das amerikanische strategische Interesse qualitativ verändert: Die europäischen Stützpunkte der USA, die zur Verteidigung des amerikanischen Mutterlandes unentbehrlich waren, werden dies angesichts der technischen Entwicklungen bei ICBMs, SLBMs und strategischen Bombern bald nicht mehr sein.

III. Die Auswirkungen der französischen Haltung auf die amerikanische Politik gegenüber der SU könnte in einigen Washingtoner Büros positiv gesehen werden, soweit nämlich der Eindruck entsteht, Paris wolle Washington freiere Hand lassen. Diese m. E. falsche Einschätzung wird sich aber nicht durchsetzen. Die vielen, hier negativ gewerteten Aktionen der französischen Politik – insbesondere das grundsätzliche Infragestellen der Zuverlässigkeit der amerikanischen Sicherheitsgarantie für Europa und einzelne als offen anti-amerikanisch empfundene französische Initiativen – haben hier zu einem tiefesitzenden Argwohn geführt. Washington kann die Vorstellung eines zwischen und gegen Washington und Moskau möglichst unabhängig operierenden Paris – gar noch unterstützt durch westeuropäische Verbündete – nur mit großem Mißtrauen betrachten. Hinter dieser negativen Einschätzung steht letzten Endes die elementare Sorge der nuklearen Weltmacht, daß eine ambitionierte schwächere Mittelmacht Entwicklungen auslösen könnte, die sich in ihrem Verlauf schlimmstenfalls einer Krisenbeherrschung durch die USA entziehen könnten. Das, was Washington gegenwärtig von den Verbündeten braucht, sind vermehrte, nicht verminderte Solidarität und Kooperation.

IV. Der Auswirkung der französischen Initiative insbesondere auf die Politik der Bundesrepublik kommt in amerikanischer Sicht besondere Bedeutung zu. Washington ist sich bewußt – dies wird uns auch gesagt –, wieviel zusätzliches Gewicht das fast immer rücksichtsvoll-kooperative Auftreten der Bundesrepublik auf der internationalen Bühne uns gerade angesichts des französischen Verhaltens eingetragen hat. Letztes bedeutendes Beispiel war die Washingtoner Energiekonferenz.<sup>5</sup>

Ein Schrumpfen der Zusammenarbeit in NATO würde wohl zu noch engerer bilateralen deutsch-amerikanischer Zusammenarbeit führen müssen, wie sie den parallel gelagerten vitalen Interessen der Bundesrepublik und der USA entspräche. Ich bezweifle aber, ob eine solche Entwicklung der amerikanischen

<sup>4</sup> Für den Wortlaut des Abkommens vom 22. Juni 1973 zwischen den USA und der UdSSR zur Verhinderung eines Atomkriegs vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 69 (1973), S. 160 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1973, D 418 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1973, II, Dok. 204.

<sup>5</sup> Zur Energiekonferenz vom 11. bis 13. Februar 1974 in Washington vgl. Dok. 49.

Regierung erwünscht wäre. Sie dürfte einer Verstärkung der atlantischen Konultationen eindeutig den Vorzug geben.

[gez.] Staden

**VS-Bd. 8126 (201)**

## 61

### Sitzung des Ständigen NATO-Rats

**220-371.85.00-4/74 streng geheim**

**27. Februar 1974<sup>1</sup>**

Leiter der amerikanischen SALT-Delegation, Botschafter *Johnson*, unterrichtete NATO-Rat über die letzte Entwicklung der SALT-Gespräche durch Verlelung des später verteilten Berichts.<sup>2</sup>

Botschafter *Eralp* (Türkei): Trifft es zu, daß die Sowjetunion nur unter der Bedingung die Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten fortsetzt, daß die amerikanischen nicht-zentralen Systeme (FBS) einbezogen werden?

Botschafter *Johnson*: Nein, so weit gehen die Sowjets nicht. Sie halten zwar ihre Forderung auf Einbeziehung aufrecht, sind aber gleichzeitig bereit, über unsere Vorschläge zu sprechen.

Botschafter *de Rose* (Frankreich): Die Sowjetunion bemüht sich seit längerem, den Rückzug der amerikanischen nicht-zentralen Systeme einschließlich der Eliminierung ihrer europäischen Stützpunkte zu erreichen und damit das decoupling der taktischen Nuklearwaffen in Europa von den strategischen Waffen in den USA zu bewirken. Die USA haben dieses Ansinnen bisher erfolgreich mit der Behauptung zurückgewiesen, daß nach Abzug der FBS Europa schutzlos unter der Drohung der sowjetischen MRBMs läge. Diese bisherige Situation scheint mit der von Verteidigungsminister Schlesinger angekündigten Änderung der Einsatzdoktrin für strategische Nuklearstreitkräfte<sup>3</sup> an Bedeutung zu verlieren.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Andreae am 6. März 1974 gefertigt.

Hat Botschafter Roth am 25. März 1974 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Hartmann am 25. März 1974 vorgelegen.

<sup>2</sup> An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „US NATO cts-74-2 aus FS NATO Brüssel Nr. 236 v. 27.2.74 AU: 20-10-3/74 cts.“

<sup>3</sup> Ministerialdirektor van Well vermerkte am 17. Januar 1974: „Wie US-Verteidigungsminister Schlesinger am 10. d. Mts. in einer Pressekonferenz der Overseas Writers mitteilte, ist im Sommer 1972 eine Änderung der Einsatzdoktrin für die strategischen Nuklearstreitkräfte der USA eingeleitet worden. In Zukunft sollen nicht mehr Städte und Industriekomplexe, sondern militärische Einrichtungen wie Raketenilos, Flugplätze etc. vorrangiges Ziel von Vergeltungsschlägen sein. Dementsprechend wird die Zielplanung neu festgelegt. Zur Gewährleistung der technischen Voraussetzungen für die Durchführung des neuen Konzepts wird intensiv an der Entwicklung von Sprengköpfen mit großer Treffgenauigkeit gearbeitet. Mit diesen Ausführungen bestätigt Schlesinger eine neue, seit 1970 in den Foreign Policy Reports des Präsidenten angekündigte Wende im nuklearstrategi-

Wenn die militärischen Ziele, die bisher von den FBS abgedeckt waren, jetzt von den zentralen Systemen übernommen werden, sind die FBS doch wohl nicht mehr notwendig?

Botschafter *Johnson*: Mit Fragen der Zielplanung haben wir als SALT-Delegation nichts zu tun; ich glaube auch nicht, daß die Sowjetunion diese Frage aufbringen wird. Meiner Ansicht nach geht die Frage von einer falschen Voraussetzung aus. Die Aufgaben der FBS könnten nicht von den zentralen Systemen übernommen werden und umgekehrt.

Botschafter *Peck* (Großbritannien): Wenn Sie von der Sowjetunion fordern, daß sie sich mit der Begrenzung des Wurfgewichts für „gemirvte“ ICBMs einverstanden erklären soll, was wollen Sie den Sowjets dafür als quid pro quo bieten?

Botschafter *Johnson*: Unser Vorschlag geht darauf hinaus, daß beide Seiten auf dem Gebiet der landgestützten Raketen mit MIRVs aufgrund des gleich hohen Wurfgewichts die gleichen Chancen haben. Was die Ausgangszahl für die Begrenzung angeht, die wir für ICBMs, SLBMs und Bomber vorgesehen haben<sup>4</sup>, nämlich 2350, so liegt diese etwas über unserem Level und etwas unter dem der Sowjets. Eine Einigung auf dieser Ebene sollte nicht unmöglich sein. Im übrigen haben die Sowjets sich auf unser neues Konzept der Begrenzung des Wurfgewichts noch nicht eingelassen. Sie halten sich immer noch an ihren Vorschlag, den Ambassador Rumsfeld mit Schreiben vom 3.12. den Mitgliedern des Rates übermittelt hat, also Einverständnis mit dem Prinzip der „equal aggregates“, wenn die FBS eliminiert werden und eine Kompensation für die nuklearen Unterseeboote der Alliierten gewährt wird.

Botschafter *de Rose*: Wir sind froh darüber, daß die Vereinigten Staaten die Einbeziehung der Unterseeboote der Alliierten verweigert haben. Ich habe eine weitere Frage. Ist das neue Konzept des begrenzten Wurfgewichts für MIRVs nur auf ICBMs bezogen oder werden auch die SLBMs eingeschlossen?

Botschafter *Johnson*: Wir geben den landgestützten Raketen mit MIRVs Priorität, weil wir der Auffassung sind, daß diese eine destabilisierende Wirkung haben infolge ihrer Treffgenauigkeit, mit der sie unsere landgestützten Raketenbasen bedrohen.

Botschafter *Krapf* (Deutschland): Botschafter Johnson hat uns bei der Konsultation am 12. November 1973<sup>5</sup> darüber unterrichtet, daß die Verifikation der Mehrfachsprengköpfe (MIRVs) Schwierigkeiten mache. Sind die Vereinigten Staaten hinsichtlich dieses Punktes jetzt optimistischer?

*Fortsetzung Fußnote von Seite 232*

schen Denken der USA. Sie ist sowohl in militärisch-strategischer Hinsicht als auch im Hinblick auf SALT von großer Bedeutung.“ Die neue strategische Doktrin trage dazu bei, „die Glaubhaftigkeit der Abschreckung und insbesondere auch der Abschreckung für Westeuropa, nach Lage der Dinge zu verbessern. [...] Schlesinger hat die Einführung der neuen Doktrin im Zusammenhang mit der Erörterung von SALT erwähnt. Es erscheint ziemlich sicher, daß die USA mit ihr auch die festgefahrenen SAL-Verhandlungen wieder in Bewegung bringen will“. Vgl. VS-Bd. 8171 (201); B 150, Aktenkopien 1974.

<sup>4</sup> Vgl. dazu den amerikanischen Vorschlag vom Mai 1973; Dok. 47, Anm. 3.

<sup>5</sup> Der Leiter der amerikanischen SALT-Delegation, Johnson, unterrichtete den Ständigen NATO-Rat am 12. November 1973 über den Stand der Verhandlungen. Vgl. dazu AAPD 1973, III, Dok. 373.

Botschafter *Johnson*: Je mehr die Versuchsreihen sich ihrem Abschluß nähern, desto schwieriger wird die Verifizierung. Wenn die Dislozierung der mit MIRV versehenen ICBMs beginnt, wird die Verifizierung komplizierter, aber nicht notwendigerweise unmöglich. Es läßt sich z. B. feststellen, wenn die Raketensilos in ihrem Umfang verändert werden.

In dem Bereich der Verifikation gibt es bereits begleitende eingrenzende Maßnahmen (collateral constraints), etwa im Interimsabkommen das Verbot der wesentlichen Vergrößerung der Raketensilos<sup>6</sup> und im ABM-Abkommen das Verbot der Umrüstung von Radargeräten<sup>7</sup>. Etwas ähnliches könnte auch im endgültigen Abkommen für die ICBMs mit MIRVs vereinbart werden.

Im übrigen glaube ich, daß wir mit den Sowjets Einverständnis über einen MIRV-Plafond erzielen können, da sie daran schon in ihrem Verhandlungsvorschlag vom Oktober 1973<sup>8</sup> Interesse gezeigt haben. Ganz allgemein bleibt die Verifikation aber ein vom Zeitablauf abhängiges (time sensitive) Problem.

Botschafter *Menzies* (Kanada): Besteht Aussicht darauf, daß Präsident Nixon und Generalsekretär Breschnew in diesem Jahr, wie im Sommer 1973 vorgesehen<sup>9</sup>, ein endgültiges SALT-Abkommen abschließen?

Botschafter *Johnson*: Darauf kann ich keine endgültige Antwort geben.

General *Steinhoff* (Vorsitzender des Militärausschusses):

- 1) Beabsichtigen die Vereinigten Staaten im Rahmen ihres Vorschlags zur Begrenzung des Wurfgewichts der ICBMs mit MIRV die zugelassenen Raketen zahlenmäßig festzulegen?
- 2) Gibt es Hinweise auf die Treffgenauigkeit der neuen sowjetischen MIRV-Raketen?

Botschafter *Johnson*: Zu 1) Mit unseren jetzigen Vorschlägen streben wir drei Plafonds (aggregate ceilings) an: 1) einen zahlenmäßigen Plafond (2350) einschließlich der Möglichkeit des Austausches von Systemen (freedom to mix); 2) eine Höchstgrenze für das Wurfgewicht bei ICBMs mit MIRVs und 3) eine Höchstgrenze für das Gesamtwurfgewicht aller strategischen Systeme, also ICBMs, SLBMs und schwerer Bomber. Wir beabsichtigen nicht, im Rahmen

<sup>6</sup> In Artikel II des Interimsabkommens vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung strategischer Waffen (SALT) hieß es: „The Parties undertake not to convert land-based launchers for light ICBMs, or for ICBMs of older types deployed prior to 1964, into land-based launchers for heavy ICBMs of types deployed after that time.“ Vgl. UNTS, Bd. 944, S. 4. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 396.

<sup>7</sup> In Artikel VI des Vertrags vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) wurde festgelegt: „To enhance assurance of the effectiveness of the limitations on ABM systems and their components provided by this Treaty, each Party undertakes: a) not to give missiles, launchers, or radars, other than ABM interceptor missiles, ABM launchers, or ABM radars, capabilities to counter strategic ballistic missiles or their elements in flight trajectory, and not to test them in an ABM mode; and b) not to deploy in the future radars for early warning of strategic ballistic missile attack except at locations along the periphery of its national territory and oriented outward.“ Vgl. UNTS, Bd. 944, S. 15. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 393 f.

<sup>8</sup> Zum sowjetischen Vorschlag vom 9. Oktober 1973 vgl. Dok. 47, Anm. 5.

<sup>9</sup> Zu der am 21. Juni 1973 von Präsident Nixon und dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, unterzeichneten „Vereinbarung über die Grundprinzipien der Verhandlungen über die weitere Begrenzung strategischer Angriffswaffen“ vgl. Dok. 47, Anm. 7.

des zweiten Plafonds auch die Gefechtsköpfe zahlenmäßig zu begrenzen, obwohl wir eine recht gute Vorstellung davon haben, wieviele die Sowjets davon besitzen. Im Rahmen dieses Plafonds wird jede Seite in der Kombination von Zahl und Gewicht der MIRVs frei sein. Da die neuen sowjetischen Raketen ein größeres Wurfgewicht als die unsrigen haben, müssen wir versuchen, deren Übergewicht durch die Begrenzung des Gesamtwurfgewichts zu verhindern.

Zu 2) Über die Treffgenauigkeit der neuen Raketen kann ich Ihnen heute nichts sagen.

**VS-Bd. 3617**

62

## Deutsch-libysches Regierungsgespräch

28. Februar 1974<sup>1</sup>

Vermerk über die Gespräche des Bundeskanzlers mit Ministerpräsident Jalloud am Vormittag des 28. Februar 1974<sup>2</sup>

Nach einem halbstündigen Vier-Augen-Gespräch des Bundeskanzlers mit dem libyschen Ministerpräsidenten von 11.20 bis 11.50 Uhr fand von 11.55 bis 13.05 Uhr ein Meinungsaustausch in größerem Kreise statt.

Auf deutscher Seite nahmen daran außer dem Bundeskanzler u. a. die Bundesminister Scheel, Friderichs und Eppler sowie Staatssekretäre Grabert und Frank teil. Auf libyscher Seite waren die Herren Taha Ben Amer, Gadalla El Talhi, Mahmoud El Bakusch und Omar Muntasser anwesend.

Nach einer kurzen Einleitung durch den Bundeskanzler erläuterte Bundesminister Scheel Anlaß und Bedeutung der Washingtoner Energiekonferenz.<sup>3</sup> BM Scheel unterstrich, daß es sich nicht um eine gegen die Erzeugerstaaten gerichtete Zusammenkunft der Verbraucherländer gehandelt habe. Gegenstand der Konferenz sei vielmehr die auf lange Fristen angelegte Lösung der Energieprobleme gewesen, die eine Abstimmung aller an der Energiewirtschaft Beteiligten erforderlich mache. Die Teilnehmerländer seien sich in allem einig gewesen. Nur in einer Frage, bei der es nicht um die Zielsetzung, sondern um die methodische Weiterführung dieser Konferenz gegangen sei, habe keine Übereinstimmung erzielt werden können. Er hoffe, daß es, abhängig von der Diskussion über Rohstoff-Fragen im VN-Bereich, zu einer erweiterten Konferenz der Erzeuger- und Verbraucherländer kommen werde.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schauer, Bundeskanzleramt, am 28. Februar 1974 gefertigt und am 1. März 1974 an das Auswärtige Amt übermittelt.

<sup>2</sup> Ministerpräsident Jalloud hielt sich vom 27. Februar bis 2. März 1974 in der Bundesrepublik auf.

<sup>3</sup> Zur Energiekonferenz vom 11. bis 13. Februar 1974 in Washington vgl. Dok. 49.

Bundesminister Scheel erläuterte sodann die Bedeutung, die wir der in Kopenhagen konzipierten europäisch-arabischen Zusammenarbeit<sup>4</sup> beimessen.

MP *Jalloud* beanstandete, daß sich die Washingtoner Konferenz lediglich auf die Fragen des Erdöls konzentriert habe. Diese Fragen dürften nicht isoliert betrachtet werden. Es wäre besser gewesen, sie zunächst im Rahmen der EG und der OPEC zu erörtern. Die Herauslösung des Erdölproblems habe im übrigen die Araber verletzt. Die arabischen Länder wollten keine Erpressungs- und Aggressionspolitik. Ihr Interesse sei auf Zusammenarbeit insbesondere zwischen Europa und den arabischen Ländern gerichtet.

BM *Scheel* brachte seine Übereinstimmung mit dem Gedanken des Ministerpräsidenten zum Ausdruck, daß es jetzt auf Kooperation ankomme. Die Bundesrepublik sei dazu bereit. Sie habe auch in der Vergangenheit ihren, wenn auch bescheidenen, Beitrag zur Entwicklung der ärmeren Länder geleistet. Jetzt sei es von besonderer Bedeutung, für das Rohöl ein vernünftiges Preisniveau zu finden, das allen Ländern eine einigermaßen vernünftige Expansion erlaube. Dies sei auch das Ziel der Konferenzteilnehmer von Washington, die allerdings nicht nur auf dem Erdölsektor zusammenarbeiten wollten, sondern auch zu einer umfassenderen Kooperation auf anderen Gebieten und mit anderen Staaten bereit seien.

Nach einem kurzen Meinungsaustausch zwischen BM *Scheel* und MP *Jalloud* über die Entstehung und die Tätigkeit von OPEC brachten beide Gesprächsteilnehmer ihre Übereinstimmung darüber zum Ausdruck, daß die Zusammenarbeit erweitert und insbesondere auch auf andere Rohstoff-Fragen ausgedehnt werden müßte.

Anschließend stellte BM *Friderichs* die engen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Libyen dar und betonte unser Interesse an einer Intensivierung der Zusammenarbeit. Er fragte MP *Jalloud*, welche Vorstellungen er für eine engere industrielle Kooperation habe.

MP *Jalloud* nannte die folgenden Gebiete, auf denen er eine Zusammenarbeit anstrebe:

- Die Erschließung neuer Erdölquellen durch deutsche Firmen. Hierüber sollten neue Abkommen abgeschlossen werden. Er erwähnte in diesem Zusammenhang, daß die deutschen Firmen ihre Möglichkeiten auf diesem Gebiet nicht ausnutzten. Er nannte als Beispiel die Firma Gelsenberg, die sich Mobil Oil gegenüber Beschränkungen auferlegt habe.<sup>5</sup> Außerdem nannte er auch die Firma Elverath, die die ihr gebotenen Fördermöglichkeiten nicht aus-

<sup>4</sup> Vgl. dazu das Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten mit den Außenministern Bouteflika (Algerien), Khalid (Sudan), Masmoudi (Tunesien) und Staatsminister Al-Pachahi (Vereinigte Arabische Emirate) am 14./15. Dezember 1973 in Kopenhagen; Dok. 41, Anm. 12.

<sup>5</sup> Botschafter Werner, Tripolis, teilte am 27. September 1973 mit, daß die Firma Gelsenberg mit der libyschen Regierung ein Abkommen zur Teil-Verstaatlichung der „Gelsenberg Libya Company“ geschlossen habe. Darin akzeptierte Gelsenberg die Übernahme von 51% durch die libysche Regierung. Als Entschädigung erhalte Gelsenberg 5,99 Mio. libysche Dinar. Die amerikanische Partnerfirma Mobil Oil sei durch Gelsenberg unterrichtet worden und habe Verständnis geäußert. „Gelsenberg ist sich klar darüber, daß sich im Verhältnis zu Mobil Oil jetzt zahlreiche schwierige technische und rechtliche Probleme ergeben.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 407; Referat 310, Bd. 104840.

nutze. MP Jalloud sagte, er hoffe, daß sein Besuch dazu führe, die Tätigkeit dieser Firmen auszudehnen und dies vertraglich abzusichern.

- die Förderung petrochemischer Projekte (Plastik, synthetische Fasern);
- zwei Ölraffinerien mit einer Förderleistung von 600 000 Barrels pro Tag;
- die Errichtung von Düngemittelfabriken;
- die Errichtung einer Erdgasverflüssigungsanlage;
- drei Zementfabriken;
- den Kauf von Papier, Eisen, Stahl und Röhren;
- die Unterstützung bei der landwirtschaftlichen Entwicklung des Landes;
- die Förderung von Eisenerz sowie von Uran und Phosphat;
- die Unterstützung beim Straßenbau, für den in den nächsten Jahren in Libyen fünf Milliarden Dollar ausgegeben werden sollten;
- den Bau von Schulen.

Außerdem brachte der Ministerpräsident sein Interesse an einer Erleichterung libyscher Investitionen in der Bundesrepublik zum Ausdruck. Er warf außerdem die Frage einer Zusammenarbeit in anderen Entwicklungsländern auf (deutsches Know-how und libysches Kapital). Anschließend brachte er sein Interesse an der Errichtung von Ausbildungszentren in Libyen und der Ausbildung von libyschen Praktikanten in der Bundesrepublik zum Ausdruck.

Bundesminister *Friderichs* bekundete sein Interesse an einer Reihe der von MP Jalloud vorgeschlagenen Projekte und gab gemeinsam mit BM *Eppler* zu erwägen, ob nicht für die Gesamtplanung der libyschen Industrialisierung eine Consulting Firma hinzugezogen werden sollte.

Es wurde vereinbart, daß hierüber sowie über die anderen Detailfragen sogleich Gespräche der Experten aufgenommen werden sollten.

**Referat 010, Bd. 576**

## 63

**Botschafter von Staden, Washington, an Bundesminister Scheel**

114-20056/74 geheim  
 Fernschreiben Nr. 673  
 Citissime nachts

**Aufgabe: 28. Februar 1974, 17.35 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 1. März 1974, 0.50 Uhr**

Nur für Bundesminister, Staatssekretär<sup>2</sup> und D 2<sup>3</sup>

Betr.: Amerikanisch-französisches Verhältnis

Bezug: 1) DB 655 vom 27.2. geh.<sup>4</sup>  
 2) DB 669 vom 28.2. geh.<sup>5</sup>

In Abwesenheit von Kissinger<sup>6</sup> ist es nahezu unmöglich, die in meinen Gesprächen mit Sonnenfeldt und Hartman zutage getretene Verstimmung der ameri-

<sup>1</sup> Hat Legationsrat I. Klasse Birmelin am 1. März 1974 um 1.30 Uhr vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[err] D 2 wurde von Eingang unterrichtet. Sofort auf den Tisch.“  
 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schönfeld am 4. März 1974 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Bitte eine Ablichtung an BK z. Hd. v[on] H[errn] Dr. Dröge.“

<sup>2</sup> Paul Frank.

<sup>3</sup> Günther van Well.

<sup>4</sup> Botschafter von Staden, Washington, teilte mit: „Assistant Secretary Hartman bat mich heute kurzfristig zu sich, um mir in Anwesenheit von Sonnenfeldt auf Weisung von Kissinger mitzuteilen, daß nach Ansicht der amerikanischen Regierung die Jubiläumssitzung der NATO und die damit zu verbindende Unterzeichnung einer transatlantischen Erklärung nicht in Paris stattfinden sollte. Mit der Jubiläumssitzung solle die Geschlossenheit der NATO zum Ausdruck gebracht werden, und man habe gegenwärtig in den USA nicht das Gefühl, daß Paris dafür der rechte Platz sei. Die politischen Schwierigkeiten nach der Energiekonferenz – „die Franzosen legten es in den Beziehungen zu den USA schon sehr auf Konfrontation an (relations ... confrontational) – ließen der US-Regierung andere Plätze, vorzugsweise London, geeigneter erscheinen. Hartman unterstrich, daß er mir diese Information noch vor der Begegnung von Bundesminister Scheel mit Außenminister Jöbert am 1. März zukommen lassen wolle. Er habe dabei u. a. auch den Versuch des Bundeskanzlers, Paris als Tagungsort ins Spiel zu bringen, im Auge und wollte vermeiden helfen, daß die Bundesregierung am 1. März von sich aus diesen Gedanken wieder aufgreife.“ Vgl. VS-Bd. 9964 (204); B 150, Aktenkopien 1974.

<sup>5</sup> Botschafter von Staden, Washington, berichtete, daß er ein weiteres Gespräch mit dem Berater im amerikanischen Außenministerium, Sonnenfeldt, über die ablehnende Haltung der amerikanischen Regierung gegenüber Paris als Ort einer möglichen Gipfelkonferenz der NATO geführt habe: „Auf meine Frage, ob es seit der Energiekonferenz besondere Vorfälle im amerikanisch-französischen Verhältnis gegeben habe, die zu dieser Entscheidung beigetragen hätten, erwidierte Sonnenfeldt, dies könne man so nicht sagen. Es habe eine Reihe französischer Erklärungen in den letzten Wochen gegeben, die sich durch einen unfreundlichen Ton (nasty tone) und einen die USA diskriminierenden Charakter ausgezeichnet hätten. [...] Meine Frage, ob es sich um eine Entscheidung des Präsidenten handele, wurde von Sonnenfeldt bejaht. Er äußerte sich zwar nicht dazu, ob der Präsident diese Entscheidung von sich aus oder auf Empfehlung getroffen habe, bestätigte jedoch, daß auf allen Ebenen in Washington Verstimmung über die französische Politik bestehe. Auf meine Frage, ob die restriktive französische Haltung gegenüber Konsultationen in der NATO eine Rolle gespielt habe, erwidierte Sonnenfeldt, auch das könne man so nicht sagen. Die französische Haltung in dieser Frage trage jedoch zur Belastung des Verhältnisses bei. Ganz allgemein sei man mit der französischen Konsultationspraxis nicht zufrieden. Die Konsultationen mit Paris seien eine Einbahnstraße, auf der man französische Gegenleistungen vermisste.“ Vgl. VS-Bd. 8126 (201); B 150, Aktenkopien 1974.

<sup>6</sup> Der amerikanische Außenminister Kissinger flog zunächst am 25. Februar 1974 nach London, bereiste dann vom 26. Februar bis 2. März 1974 mehrere Staaten im Nahen Osten, kam am 3. März 1974 nach Bonn und kehrte nach einem Aufenthalt am 4. März 1974 in Brüssel wieder in die USA zurück.

kanischen Regierung über Frankreich zuverlässig zu bewerten. Ich habe allerdings den Eindruck, daß sie heute tiefer geht als noch vor wenigen Wochen.

Noch in der jüngsten Vergangenheit hat Kissinger Wert darauf gelegt, den Eindruck zu erwecken, daß das bilaterale amerikanisch-französische Verhältnis ungeachtet des Bestehens zahlreicher Gegensätze im multilateralen Bereich ungestört, ja freundschaftlich sei. Obwohl es Frankreich war, das den europäisch-amerikanischen Dialog im Jahre 1973 verzögerte und erschwerte und der Initiative vom 23.4.73<sup>7</sup> damit ihr „Momentum“ nahm, fuhr Kissinger fort, seinem französischen Kollegen eine Vorzugsbehandlung angedeihen zu lassen. Es wurde geradezu systematisch eine Optik gefördert, die es der französischen Diplomatie erlaubte, geltend zu machen, daß Hartnäckigkeit sich auszahle. Ich habe mich oft des Eindrucks nicht erwehren können, daß der amerikanische Außenminister damit gleichzeitig demonstrieren wollte, der Bilateralismus sei für ihn durchaus eine akzeptable Alternative zum Dialog mit der schwerfälligen und wenig effizienten europäischen Gemeinschaft.

Wenn mich nicht alles täuscht, zeichnet sich jetzt eine gewisse Veränderung ab. Dies mag auf das französische Verhalten im Zusammenhang mit der Energiekonferenz<sup>8</sup> und in der Atlantischen Allianz zusammenhängen.

Eine Rolle mag in diesem Rahmen auch die französische Unterstützung der algerischen Initiative für eine Rohstoffkonferenz in den VN<sup>9</sup> spielen. Die Energiekonferenz mußte nach Lage der Dinge für den amerikanischen Präsidenten auch zu einer Frage seines persönlichen Prestiges werden. Er hat seine Entschlossenheit, diese Unternehmung zu einem Erfolg zu führen, deshalb in seiner Tischrede am 11. Februar<sup>10</sup> klar und kraftvoll zum Ausdruck gebracht. Dementsprechend mußte die französische Haltung, die als Obstruktion empfunden wurde, Nixon auch persönlich verstimmen.

Ebenso dürfte die restriktive Linie der französischen Politik in der Frage der NATO-Konsultationen enttäuscht und verstimmt haben. Durch die Vorlage eines guten Entwurfs für eine Atlantische Erklärung<sup>11</sup> hatte es die französische Regierung verstanden, sich Washington gegenüber in eine relativ günstige Position zu bringen. Nunmehr aber hat die Erklärung des französischen NATO-

7 Zur Rede des Sicherheitsberaters des amerikanischen Präsidenten, Kissinger, am 23. April 1973 in New York vgl. Dok. 3, Anm. 6.

8 Zur Energiekonferenz vom 11. bis 13. Februar 1974 in Washington vgl. Dok. 49.

9 Zum Vorschlag des Präsidenten Boumedienne vom 30. Januar 1974 vgl. Dok. 42, Anm. 12.

10 In seiner Rede am 11. Februar 1974 in Washington äußerte Präsident Nixon seine Bedenken gegen eine ausschließlich an den eigenen Interessen orientierte eigenständige Energiepolitik der Teilnehmerstaaten der Energiekonferenz, die nur kurzfristig Erfolg versprechen könne, auf längere Sicht jedoch negative Folgen haben werde: „It will drive the prices of energy up, it will drive our economies down, and it will drive all of us apart. [...] But I am simply suggesting that this conference, in which there has been a spirited discussion, as it should be, in which there has been consideration of our mutual interests, as there should be, I believe that the, let me put it, the ‚enlightened selfish interest‘ of each nation here is better served by cooperation in security, by cooperation in trade, and by cooperation in developing our sources of energy and in acquiring the energy we need to keep the great industrial complex of the free world moving ahead to ever and ever higher plateaus.“ Vgl. PUBLIC PAPERS, NIXON 1974, S. 154.

11 Frankreich legte am 3. Oktober 1973 den Entwurf für eine Atlantische Erklärung vor. Vgl. dazu AAPD 1973, III, Dok. 315.

Botschafters<sup>12</sup> über die von Paris gewünschte Begrenzung der Konsultationen innerhalb der Allianz<sup>13</sup> klar gemacht, daß der politische Gegensatz zwischen Washington und Paris so tief ist wie je.<sup>14</sup> Aus bekannten Gründen, auf die ich hier nicht einzugehen brauche, versuchen der amerikanische Präsident und sein Außenminister den atlantischen Gedanken im Bewußtsein der eigenen politischen Öffentlichkeit erneut zu beleben und die seit Vietnam nur unzulänglich ausgeübte Führungsrolle der USA im Bündnis zu aktivieren. Immer wieder und immer deutlicher stoßen sie dabei auf einen französischen Widerstand, der sich nicht nur im Kreise der Neun, sondern auch in der Allianz selbst manifestiert.

Schließlich mag eine Rolle spielen, daß diese Entwicklung dem Kongreß, insbesondere dem Senat, nicht verborgen geblieben ist. Ich halte es für möglich, daß Kissinger auch mit Rücksicht auf die Stimmung auf dem Hill künftig größere Zurückhaltung gegenüber Paris an den Tag legen wird. Die französische Diplomatie wird kaum damit rechnen dürfen, daß sie vom Kapital der Dankbarkeit Nixons für freundschaftliches Verhalten in früheren Jahren und Kissingers für gute Dienste während der Vietnamverhandlung<sup>15</sup> unbegrenzt zehren kann.

Ich möchte mir bei dieser Sachlage die Empfehlung erlauben, in den deutsch-französischen Konsultationen am 1.3.<sup>16</sup> Festlegungen, insbesondere hinsichtlich des weiteren Verfahrens in der Energiefrage und hinsichtlich der Fortführung des Dialogs mit den arabischen Staaten, zu vermeiden, um zunächst dem amerikanischen Außenminister Gelegenheit zu geben, aus seiner Sicht zu diesen Fragen Stellung zu nehmen. Ich meine, daß wir gut daran täten, unsere Linie für Brüssel<sup>17</sup> erst im Lichte des Gesprächs mit Kissinger<sup>18</sup> festzulegen, zumal es sich bei der Energiekonferenz in Washington gezeigt hat, daß Jobert dazu neigt, mit ihm getroffene Absprachen eng auszulegen.

[gez.] Staden

**VS-Bd. 536 (014)**

12 François de Tricornot de Rose.

13 Zur französischen Haltung zur Frage von Konsultationen innerhalb der NATO vgl. Dok. 60.

14 So in der Vorlage.

15 Seit dem 10. Mai 1968 und seit August 1969 parallel dazu auch auf vertraulicher Ebene, verhandelten die USA und die Demokratische Republik Vietnam (Nordvietnam) in Paris über die Beendigung des Vietnam-Kriegs. Die Verhandlungen endeten am 27. Januar 1973 mit der Unterzeichnung eines Abkommens über die Beendigung des Kriegs und die Wiederherstellung des Friedens. Vom 26. Februar bis 2. März 1973 tagte in Paris die Internationale Konferenz zur Wiederherstellung des Friedens in Vietnam.

16 Für das Gespräch des Bundesministers Scheel mit dem französischen Außenminister Jobert vgl. Dok. 65.

17 Zur Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 4. März 1974 in Brüssel vgl. Dok. 77.

18 Zum Gespräch des Bundesministers Scheel mit dem amerikanischen Außenminister Kissinger am 3. März 1974 vgl. Dok. 67.

## 64

**Aufzeichnung des Bundesministers Bahr, z.Z. Moskau**1. März 1974<sup>1</sup>

Streng vertraulich

Gespräch mit Breschnew in seinem Amtszimmer im Kreml am 27. Februar 1974 von 17.00 bis 21.15 Uhr.<sup>2</sup>

Breschnew erkundigte sich als erstes, nachdem ich ihm Grüße des Bundeskanzlers überbracht hatte, nach dessen Befinden. Berichte über Rücktrittsabsichten<sup>3</sup> hätten ihn beunruhigt. Wo lägen die Gründe für politische oder persönliche Schwierigkeiten? Die Bundesrepublik habe keine Persönlichkeit bisher gehabt, die so viel für ihr Land und Europa erreicht habe. Er sehe wohl, wie viele Leute dem Kanzler Schwierigkeiten bereiten.

Er selbst habe weder in Washington<sup>4</sup> noch in Paris<sup>5</sup> irgend etwas geäußert, was unseren Beziehungen Abbruch tun könnte. Die Geschichte werde beweisen, daß er die Verbesserung der Beziehungen mit der BRD aufrichtig meine und man ihm vertrauen könne. Wir hätten eine neue Seite aufgeschlagen, obwohl wir Krieg geführt hätten.

Ich wies in meiner Erwiderung darauf hin, daß uns nichts so geschadet habe wie die Schwierigkeiten in der sogenannten Ostpolitik.

Breschnew wollte zunächst einige internationale Fragen erörtern. Er hob die Verdienste Nixons für die Politik der Entspannung hervor und drückte die Hoffnung aus, daß er im Amt bleibt.<sup>6</sup> Die amerikanische Kooperation komme jetzt

1 Ablichtung.

2 Bundesminister Bahr hielt sich vom 27. Februar bis 9. März 1974 in der UdSSR auf.

3 Am 15. Februar 1974 wurde in der Presse berichtet: „Die von der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr erzwungene ‚Einigung‘ mit den Arbeitgebern der öffentlichen Hand über eine elfprozentige Lohn- und Gehaltserhöhung scheint Bundeskanzler Brandt schwer getroffen zu haben. In Bonn war am Donnerstag zu hören, daß Brandt angesichts der gewerkschaftlichen Presseversion vorübergehend seinen Rücktritt erwogen hat. Unklar ist, ob diese Möglichkeit inzwischen ganz ausgeschlossen werden darf, auch wenn sie als unwahrscheinlich angesehen werden muß.“ Vgl. den Artikel „Brandt soll seinen Rücktritt erwogen haben“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 15. Februar 1974, S. 1.

4 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, hielt sich vom 18. bis 25. Juni 1973 in den USA auf.

5 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, besuchte Frankreich vom 25. bis 27. Juni 1973. Vgl. dazu AAPD 1973, II, Dok. 217.

6 Am 17. Juni 1972 wurden fünf Personen bei einem Einbruch in Bürosäume der Demokratischen Partei im Watergate-Hotel in Washington verhaftet. Bei den anschließenden Ermittlungen stellte sich heraus, daß sie Beziehungen zum Wahlkampfbüro des Präsidenten Nixon hatten. Am 27. Februar 1973 setzte der amerikanische Senat einen Untersuchungsausschuß ein, dessen Arbeit eine Verwicklung von Regierungskreisen in die „Watergate-Affäre“ immer deutlicher werden ließ. Nachdem im Verlauf der Verhöre von Mitarbeitern von Nixon bekanntgeworden war, daß Nixon seit 1971 alle Gespräche in seinem Büro auf Tonband aufgezeichnet hatte, beantragte der Untersuchungsausschuß des Senats die Herausgabe der Tonbänder, die Nixon zunächst verweigerte und im Oktober 1973 nur unvollständig übergab. Im Zuge dieser Auseinandersetzung wurde in der Öffentlichkeit und im Kongreß die Frage erörtert, ob ein Amtsenthebungsverfahren gegen Präsident Nixon eingeleitet werden sollte.

in Gang. Wichtige Persönlichkeiten der amerikanischen Wirtschaft sehen die Sowjetunion als großen Partner und wichtigen Markt.

Der Besuch des Präsidenten<sup>7</sup> wird vorbereitet. Kissinger wird dazu am 18. März erwartet.<sup>8</sup> Man bemühe sich um einen Kompromiß für SALT II. Er sei allerdings enttäuscht, daß die ihm zugesagte Meistbegünstigung nicht funktioniere.<sup>9</sup> Auf meinen Hinweis, daß es auch den Gesichtspunkt der Rivalität gebe, machte er lange Ausführungen über die Bereitschaft der SU, wirtschaftlichen Austausch zu entwickeln. Dies sei eben anders als früher, wo man geglaubt habe, alles selber machen zu können. Man könne es notfalls, aber diejenigen würden auf die Dauer keinen Erfolg haben, die Mißtrauen gegenüber der SU weiterentwickeln.

Die ausländischen Sender interessierten nicht mehr. Sie würden auch nicht mehr gestört.<sup>10</sup>

Der XXV. Parteitag<sup>11</sup> werde die Linie der umfassenden wirtschaftlichen Kooperation und der friedlichen Koexistenz bestätigen.

Der Nixon-Besuch sei im Frühsommer vorgesehen.

Meinen Hinweis, daß der Besuch des Kanzlers in einem gewissen Abstand erfolgen sollte, unterstrich er und fragte, ob der Kanzler vorher oder danach kommen wolle. Er bat zu übermitteln, daß er und die ganze Führung den ehrlichen und großen Wunsch hätten, daß der Bundeskanzler einen ausführlichen Besuch in der SU mache. Er sage dies nicht, um seine damals gegebene Einladung<sup>12</sup> abzuwickeln, sondern es sei ein ehrlicher Wunsch. Der Besuch solle eine politische Aktion werden. Der Kanzler werde mit allen Ehren empfangen und er solle sich in seinen Wünschen für den Besuch nicht einschränken. Die erste Juli-Dekade würde passen. Er werde versuchen, daß Nixon möglichst früh im Juni komme. Man könnte den genauen Termin für den Kanzler-Besuch in der zweiten März-Hälfte vereinbaren und mit der Vorbereitung des Besuchs beginnen. Er würde sich freuen, wenn die umfassende Art unserer Beziehungen dabei deutlich würde, und hoffe, daß der Wunsch auf Gegenseitigkeit be-

7 Präsident Nixon hielt sich vom 27. Juni bis 3. Juli 1974 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 197, Dok. 199 und Dok. 200.

8 Der amerikanische Außenminister Kissinger hielt sich vom 24. bis 28. März 1974 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 104, Anm. 16, sowie Dok. 113, Anm. 13.

9 Zur Frage der Gewährung der Meistbegünstigung an die UdSSR von Seiten der USA vgl. Dok. 14, Anm. 12.

Am 7. März 1974 berichtete Gesandter Noebel, Washington, der amerikanische Außenminister Kissinger habe zum laufenden Gesetzgebungsverfahren erklärt: „Er hob hervor, daß die Administration aus außenpolitischen Gründen das Jackson-Vanik-Amendment (Verweigerung der Meistbegünstigung und Kreditgewährung an die SU) nicht akzeptieren könne. Der Osthandel sei kein Instrument, um die innere Struktur des sowjetischen Systems zu ändern.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 753; Referat 310, Bd. 104980.

10 Zur Einstellung der Tätigkeit sowjetischer Störsender vgl. Dok. 14, Anm. 13.

11 Der XXV. Parteitag der KPdSU fand vom 24. Februar bis 5. März 1976 in Moskau statt.

12 In der Gemeinsamen Erklärung vom 21. Mai 1973 über den Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 18. bis 22. Mai 1973 in der Bundesrepublik wurde ausgeführt: „L. I. Breschnew sprach seinen Dank für die ihm während seines Aufenthalts in der Bundesrepublik Deutschland erwiesene Gastfreundschaft aus. Dem Bundespräsidenten Dr. Gustav Heinemann und Bundeskanzler Willy Brandt wurden Einladungen übermittelt, der Sowjetunion einen offiziellen Besuch abzustatten. Die Einladungen wurden mit Dank angenommen.“ Vgl. BULLETIN 1973, S. 576. Zum Besuch vgl. auch AAPD 1973, II, Dok. 145–152.

stehe, daß man die Ostpolitik mit neuem Inhalt erfüllen wolle. Vielleicht könne man eine neue Vereinbarung unterzeichnen, aber allseits sollte man die Nützlichkeit des Geleisteten erkennen können. Moskau 70<sup>13</sup> und Oreanda<sup>14</sup> seien feste Größen in der Erinnerung und er sei glücklich, daß in den Beratungen seiner Gremien darüber nur Positives gesagt wurde.

Zum Besuch Pompidous<sup>15</sup> werde er vor allem über die KSZE reden. Dazu gefalle ihm die Position der BRD ebensowenig wie die Frankreichs. Man habe eine gute Sache begonnen, aber könne aus jeder guten Sache auch eine Hölle machen. Ihm waren die Grundpositionen der sowjetischen Haltung bis in einzelne Formulierungen geläufig. Souveränität, Unverletzlichkeit der Grenzen, Nicht-einmischung, wirtschaftliche Zusammenarbeit ohne Diskriminierung, Streitfragen nur durch Verhandlungen lösen usw. Alle Staaten und Völker sollten nach der Konferenz freier atmen oder aufatmen können. Das Gewicht der Entspannung sollte wachsen. Er habe in seinem letzten Gespräch mit Pompidou, als dieser die Frage des Vertrauens gestellt habe, gesagt, man könne Beobachter für Manöver vereinbaren. Was machten die Neun daraus: Man solle am besten drei Monate vorher anmelden, wenn man eine Division ins Manöver schickt. Man solle soviele Informationen und Ideen auswechseln, um das irdische Paradies zu erreichen. Es bleibe eigentlich dann nur noch, den Baum mit den heiligen Äpfeln zu pflanzen. Reiche es denn nicht aus als erster Schritt, wenn man keinen Krieg mehr führe und zusammenarbeite? Er bezog sich auf seine Äußerungen auf dem Gewerkschaftskongreß.<sup>16</sup> Auch er sei für den Austausch von Menschen und Ideen, aber unter voller Respektierung der Gesetze des jeweiligen Landes. Wenn es bei uns üblich sei, sich nicht in religiöse Fragen einzumischen, so müßten sie das eben respektieren. Er habe den Eindruck, daß einige Leute taub geworden seien für die großen Dinge. Daß man sich in Kleinigkeiten verbeiße, über die man nicht gesprochen habe. Daß man Dinge in den Vordergrund schiebe, die für den Frieden nicht entscheidend sind. Er sei für Konstruktivität, andere für Verzögerung und eine Stapelung der Fragen. Man könne nicht alles auf einmal lösen. Man sollte die Erfahrungen sammeln, die bei dem jetzt Erreichbaren zu sammeln seien. Die NATO trete als Block auf, aber im Block gibt es einen neuen, den der Neun. Daß diese Neun sich von den USA absetzen, sei nicht seine Angelegenheit. Es hänge viel von der BRD ab. Daß der Kanzler kein deutliches Wort gesagt habe, bringe für die Konferenz keinen Vorteil. Wenn sie kaputtgehe, werde das die Atmosphäre zwischen Ost und West nicht verbessern. Pompidou habe Kommissionen als zweite Phase vorgeschlagen. Er habe dem zugestimmt. Nun sehe er, daß sie nur zum Zwecke der Verzögerung gemacht wurden. Wer prinzipielle Zusagen gebe und dann seine Haltung ändere, sei nicht seriös und wecke keinen Respekt.

13 Bundeskanzler Brandt besuchte die UdSSR vom 11. bis 13. August 1970. Vgl. dazu AAPD 1970, II, Dok. 387, Dok. 388 und Dok. 390.

14 Bundeskanzler Brandt hielt sich vom 16. bis 18. September 1971 zu Gesprächen mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, in Oreanda auf. Vgl. dazu AAPD 1971, II, Dok. 310, Dok. 311, Dok. 314 und Dok. 315.

15 Staatspräsident Pompidou besuchte am 12./13. März 1974 die UdSSR. Vgl. dazu Dok. 88, Anm. 4.

16 Für die Ausführungen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, auf dem 15. Kongreß der sowjetischen Gewerkschaften am 20. März 1972 in Moskau vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 207-214 (Auszug).

Er habe gesagt, daß er die Fragen der KSZE nicht mit denen von Wien<sup>17</sup> in Zusammenhang bringt. Aber nun fange man in einigen Ländern Westeuropas an, umherzublicken, wie dies und jenes aussehe, ob man das oder etwas anderes verknüpfen könne, ob europäische Fragen nach Wien gebracht werden und Wiener Fragen nach Genf. Er bitte den Bundeskanzler um Verständnis für diese Offenheit und wäre dankbar, wenn der Bundeskanzler sich entschließen könnte, aktiv für die Durchführung der Konferenz und ihre Förderung einzutreten. Er sei überzeugt, daß es auch für den Kanzler selbst gut wäre, wenn die Konferenz zustandekommt. Wenn die SU auf höchster Ebene ihre Unterschrift unter ein Dokument setzt und auf Gewaltanwendung und Drohung verzichtet, dann müsse dies für alle gut sein und für alle Kleineren in Europa wichtig.

Ich erwiderte, wir hätten den Eindruck, wenn man zurückblickte, daß die Entwicklung der Konferenz positiv zu sehen sei, allerdings gebe es zuweilen bei der sowjetischen Delegation kleinliche Positionen. Aber es sei sicher nicht sinnvoll, wenn man anfangen wollte, Zensuren zu verteilen. Der Kanzler habe die Überlegung, ob es nicht gut wäre, die Konferenz von der Arbeitsebene auf die der Außenminister zu verlegen. Man habe damit in Helsinki gute Erfahrungen gemacht.<sup>18</sup>

Breschnew erklärte sofort, er halte das für eine gute Idee und stimme dem zu. Meine Frage, ob er bei seiner früheren Auffassung bleibe, das Schlußdokument selbst zu unterzeichnen, bejahte er. Er sei überzeugt, daß das Dokument eine historische Bedeutung haben werde. Es werde das erste sein, das nach dem Kriege gesamteuropäisch genannt werden könne. Es verdiene, auf höchster Ebene unterzeichnet zu werden. Schließlich nehme die SU auch die Verpflichtungen ernst, die sie damit eingehe.

Breschnew brachte dann den Punkt der freiwilligen Grenzänderung. Die sowjetische Haltung sei nicht, daß alles erstarre. Wenn Frankreich uns etwas von seinem Territorium schenken wolle, dann habe er dagegen nichts einzubinden. Der Bundestag werde dann sicher zusammenkommen und die Opposition werde sicher – wie immer – dagegen sein. Im übrigen aber könne man nicht die Sicherheit auf der einen Seite geben und auf der anderen Seite mit der Absicht von Grenzänderungen wegnehmen.

Ich wies darauf hin, daß er ein Problem angeschnitten habe, um das es gar nicht gehe. Wir hätten 1970 bei unseren Verhandlungen darauf aufmerksam gemacht, daß wir z.B. eine europäische Gemeinschaft anstreben, in der im Endstadium die Staatsgrenzen verschwinden sollen. Ich bezog mich nochmals auf die damaligen Verhandlungen und darauf, daß der sowjetische Außenminister uns dazu eine Erklärung gegeben hat<sup>19</sup>, deren Formulierung wir vorher kannten, die auf einem Stück Papier stand, von der wir gesagt haben, daß wir sie in der Ratifizierung brauchten, daß wir sie dort benutzt haben und daß darin etwas von dem selbstverständlichen souveränen Recht der Staaten stünde, ein-

17 In Wien begannen am 30. Oktober 1973 die MBFR-Verhandlungen, die nach kurzer Unterbrechung am 17. Januar 1974 wieder aufgenommen wurden.

18 Vom 3. bis 7. Juli 1973 fand in Helsinki die erste Phase der KSZE auf der Ebene der Außenminister statt. Vgl. dazu AAPD 1973, II, Dok. 221.

19 Für die Äußerungen des sowjetischen Außenministers Gromyko vom 29. Juli 1970 gegenüber Bundesminister Scheel vgl. Dok. 10, Anm. 11.

vernehmlich Grenzen zu ändern. Es sei nicht einzusehen, warum das, was 1970 richtig und möglich war, heute falsch sein soll. Nichts anderes wollten wir. Im übrigen sei zum Thema der Grenzen für uns jede Formulierung akzeptabel, die unserem Vertrag<sup>20</sup> entspricht.

Breschnew wendete sich dann dem Problem der Neun zu. Er möchte ganz offen sagen, daß er im Augenblick nicht glaube, daß die Entwicklung sich auf eine Politische Union hin bewege, obwohl man ihm das Gegenteil sage. Es falle ihm schwer, Voraussagen zu machen. Es gehe soviel in der Welt vor sich an wirtschaftlichen Entwicklungen, mit dem Öl und den Preisen, daß jede Voraussage über die EG schwerfalle. Er stelle nur fest, die Neun konsultieren sich, versuchen eine gemeinsame Haltung einzunehmen, und das kompliziere die Lage in Genf. Pompidou habe ihm gesagt: Alles wirklich Wichtige sollte er, Breschnew, direkt mit Frankreich machen.

Er stelle fest, es habe kein Echo der EG auf die Fragen des RGW<sup>21</sup> gegeben. Warum sollte die Sowjetunion Hindernisse auf sich nehmen? Sie sei interessiert, konkret abzuschließen, mit wem man abschließen könne. Das heiße in dem einen Fall mit jenem, in der Frage des Hüttenwerks mit der BRD.<sup>22</sup> Wie sich das mit der EG vertrage, wisse er nicht. Dies sei unsere Angelegenheit. Aus Brüssel gebe es keine Antwort, es gebe nur die bilaterale Partnerschaft. Er fragte mich nach meiner Einschätzung der Entwicklung der Neun.

Ich wies auf die ihm bekannten Schwierigkeiten hin; daß diese letztlich überwunden werden würden, mindestens auf wirtschaftlichem Gebiet, und daß die Kleinlichkeit, die wir in der einen oder anderen Haltung der SU in Genf fänden, gesamteuropäische Entwicklungen jedenfalls viel langsamer mache als die zugegebenerweise schwierige westeuropäische Entwicklung. So schwach sei doch das System nicht, als daß man von jedem Gedankenaustausch seinen Zusammenbruch fürchten müßte.

Breschnew ging darauf nicht ein, sondern philosophierte, daß die Welt eine interessante Periode erlebe: Die Rohstoffe würden knapper, es gebe Konkurrenzpositionen, und er verfolge dies sehr genau.

Ich wies darauf hin, daß die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten stärker geworden seien durch die Nahost-Krise, was wir realistisch feststellten. Er wies

20 Vgl. dazu Artikel 2 und Artikel 3 des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR; Dok. 10, Anm. 11.

21 Anlässlich des Besuchs des luxemburgischen Außenministers Thorn am 24./25. Juli 1973 in der UdSSR erklärte die sowjetische Regierung, daß sie und ihre Verbündeten bereit seien, der Existenz der Europäischen Gemeinschaften Rechnung zu tragen und den RGW-Generalsekretär Fadejew zu beauftragen, mit den Europäischen Gemeinschaften Kontakt aufzunehmen. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1973, Z 172 f.

Zu den Gesprächen teilte die dänische Regierung am 27. August 1973 mit, Fadejew habe angeregt, zur Vorbereitung der Aufnahme von Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem RGW Delegationen auf repräsentativer Ebene zu benennen. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1973, Z 192.

Am 6. Februar 1974 erklärte Fadejew auf einer Pressekonferenz in Moskau anlässlich des 25jährigen Bestehens des RGW, daß seine Organisation ihr Interesse an Kontakten zu den Europäischen Gemeinschaften aufrechterhalte, daß er aber noch immer auf eine Reaktion aus Brüssel warte. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1974, Z 60 f.

22 Zum Stand der Verhandlungen über die Errichtung eines Hüttenwerks im Gebiet von Kursk vgl. Dok. 15, Anm. 5.

darauf hin, daß er Kissinger wohl im März sehen würde und fragte dann, mit welchen wirtschaftspolitischen Vorstellungen ich gekommen sei.

Ich entwickelte, daß es mir um vier Punkte gehe:

- 1) Gemeinsame Gesellschaften,
- 2) Erdöl,
- 3) die Kombination verschiedener Projekte,
- 4) das Angebot eines Rationalisierungsteams.

Im allgemeinen: Bei uns verstände man nicht, warum wir ein so reiches Land wie die Sowjetunion noch bevorzugen sollten durch verbilligte Kredite. Ich verstände nicht, warum die Sowjetunion Weltmarktpreise für ihre Ware verlange, aber nicht bereit wäre, Weltmarktzinsen zu bezahlen. Wenn man eine Vereinbarung treffe, so sollte sie fair für beiden Seiten sein. Außerdem gebe es eine Reihe von Wirtschaftlern, die zu Geschäften mit der Sowjetunion keine Lust mehr hätten, weil die Bürokratie zu langsam arbeite. Ich wüßte von einem von sowjetischer Seite erbetenen, durch eine unserer Firmen abgegebenen Angebot vom letzten März, das bis heute nicht beantwortet sei. Die sowjetische Bürokratie arbeite vielleicht noch langsamer als unsere. Wie lange verhandele man nun über Kursk. Inzwischen seien die Zinsen hoch gegangen und die Preise. Man habe mindestens ein Jahr Produktionsausfall. In der Zwischenzeit hätten wir ein Werk gleicher Art mit dem Iran akkordiert. Verhandlungszeit drei Monate, im Dezember Baubeginn. Etwas Ähnliches gelte für Venezuela. Wenn es um den Weltmarktpreis ginge, dann könnten wir nur sagen: Wenn die Sowjetunion zu gleichen Bedingungen wie der Iran kauft, d.h. zahlt, wäre das Geschäft längst im Gange. Niemand glaube bei uns, daß die Sowjetunion ärmer sei als der Iran.

Bei den gemischten Gesellschaften dächte ich daran, daß die Prinzipien und Systeme bei Ihnen wie bei uns unangetastet bleiben sollten, aber es müsse dennoch möglich sein, zusammenzuarbeiten, indem jede Seite Kraft einbringe. Dies könne in der Sowjetunion 51:49 sein zu Gunsten der Sowjetunion. Es könne in anderen Ländern, wo diese Gesellschaften arbeiten oder wir neue gründen, 51:49 zu unseren Gunsten sein. Man müsse sich über Management, Verfügung, Gewinn, Wiederanlage oder Transferierbarkeit verständigen. Mindestens sei die Frage zu stellen, ob die Sowjetunion bereit sei, über ein solches Projekt nachzudenken, das ähnlich beispielhaft auf dem Gebiet der Wirtschaft sein könne wie der Gewaltverzicht auf dem Gebiet der Politik.

Erdölbohrungen würden für uns eine wirtschaftlich wie politisch erstrangige Bedeutung haben, wobei ich dies nicht mit dem Komplex der gemeinsamen Gesellschaften koppeln wollte, sondern nach bisher eingeführten Methoden vorgehen würde. Die DEMINEX sei bereit, die Bohrungen zwölf Monate nach dem Abschluß der entsprechenden Vereinbarungen zu beginnen.<sup>23</sup>

<sup>23</sup> Seit November 1973 fanden im Rahmen der Fachgruppe „Bodenschätzung“ der deutsch-sowjetischen Kommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit Gespräche über eine Zusammenarbeit auf dem Erdölsektor statt. Zum Stand der Gespräche teilte der Geschäftsführer der DEMINEX, Schweinhage, Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kruse am 28. Mai 1974 mit, daß die Erörterungen am 10. Juni 1974 fortgesetzt werden sollten. Das Problem bestehe darin, „daß die Sowjets zwar an Maschinen und technischem Know-how interessiert sind, was sie mit späterem

Die Frage der kombinierten Projekte gehe davon aus, daß man z. B. Erdgas nicht zu uns transportiert, sondern für Erdgasprojekte verwendet, damit ein Projekt dem anderen hilft. Dazu seien Absprachen erforderlich, die über die Ressorts hinausgriffen. In seinem Land hätte jeder sein Kästchen: Der eine berate über Strom, der andere über Erdgas, der dritte über Kursk. Zusätzliche Erdgaslieferungen könnten auch zur Finanzierung von Kursk herangezogen werden.

Was die Frage einer Sachverständigengruppe angehe, so ginge ich davon aus, daß es möglich sein müsse, innerhalb des sowjetischen Systems mit besseren Resultaten zu arbeiten. Wir würden ihm also eine Gruppe zur Rationalisierung bestehender, aber schlecht funktionierender Fabriken zur Verfügung stellen.

Breschnew unterbrach begeistert und stimmte sofort zu. Alle meine Ausführungen seien interessant, letzteres würde er sofort akzeptieren, das andere müsse er sich überlegen. Aber ich hätte ihm sehr geholfen mit meinen Ausführungen, denn auch er kämpfe gegen Bürokratie und gegen Denken in abgeschlossenen Kästchen der einzelnen Ministerien. Zuweilen sei es, als greife man in Watte. Er habe sich lange mit Kursk beschäftigt und wisse immer noch nicht genau, woran es liege, daß es nicht weitergehe. Er habe auf dem Gebiet der Atomenergie, des Maschinenbaus, der Chemie, der Energielieferung schon Vorschläge gemacht, auch Kossygin hätte sie Scheel gemacht.<sup>24</sup> Man habe keine Antwort darauf bekommen. Es sage in diesem Zusammenhang: Es würde gut sein, wenn ich den Chemieminister sehen würde, wozu ich mich bereit erklärte.<sup>25</sup>

Ich hätte viele Fragen aufgeworfen, die er nicht sofort beantworten könne. Vielleicht wäre es gut, wenn ich meine weiteren Überlegungen sagte.

Ich entwickelte darauf die Überzeugung des Kanzlers, daß nichts der Regierung so geschadet hätte als wie die Stagnation der Ostpolitik. Seit seinem Besuch in Bonn hätten wir die Probe auf die damalige Vereinbarung<sup>26</sup> (strikte

*Fortsetzung Fußnote von Seite 246*

Erdöl bezahlen wollen, daß sie aber vorläufig nicht bereit sind für einen gemeinsamen Aufschluß im Falle der Fündigkeit und auch noch nicht bereit sind, ein Recht auf Erdöl aus einem Servicevertrag zuzugestehen.“ Vgl. die Aufzeichnung von Kruse vom 31. Mai 1974; Referat 405, Bd. 113924.

Am 28. August 1974 vermerkte Kruse, Schweinhage habe die Gespräche mit der UdSSR als vorsichtige „Eruierung der vorhandenen Möglichkeiten“ charakterisiert und zu bedenken gegeben, daß die DEMINEX selbst im Erfolgsfall nicht in der Lage sein werde, Bohrungen im Kontinentalsockel der nördlichen sowjetischen Meere alleine durchzuführen. Vgl. Referat 405, Bd. 113924.

24 Bundesminister Scheel besuchte die UdSSR vom 31. Oktober bis 3. November 1973. Zum Gespräch mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten Kossygin vgl. AAPD 1973, III, Dok. 357.

25 Bundesminister Bahr, z. Z. Moskau, berichtete am 5. März 1974, der sowjetische Chemieminister Kostandow habe sich am Vortag bereit erklärt, die Bundesrepublik und Westeuropa mit Ammoniak, Chlorvenyl und Methanol zu versorgen. Bahr gab zu bedenken, daß ein so weitreichendes Konzept zur Abhängigkeit Westeuropas von der UdSSR führen könne: „Die politischen Beziehungen hätten bisher nicht einen Stand erreicht, der eine derartige Abhängigkeit zuließe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 823; Referat 421, Bd. 117676.

26 In der Gemeinsamen Erklärung vom 21. Mai 1973 über den Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 18. bis 22. Mai 1973 in der Bundesrepublik hieß es: „Es fand ein eingehender Meinungsaustausch über Fragen statt, die das Vier-Mächte-Abkommen vom 3. September 1971 betreffen. Willy Brandt und L. I. Breschnew sind übereinstimmend der Auffassung, daß die strikte Einhaltung und volle Anwendung dieses Abkommens eine wesentliche Voraussetzung für eine dauerhafte Entspannung im Zentrum Europas und für eine Verbesserung der Beziehungen zwischen den entsprechenden Staaten, insbesondere zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion sind.“ Vgl. BULLETIN 1973, S. 575.

Einhaltung und Anwendung des Vier-Mächte-Abkommens) nicht bestanden. Damals hätten wir uns vorgenommen, die Wirksamkeit dieser Formel an den drei damals nicht lösbarer Fragen zu erproben:

- a) Umweltabkommen,
- b) technisch-wissenschaftliches Abkommen<sup>27</sup>,
- c) Reise des Regierenden Bürgermeisters.<sup>28</sup>

Zu a) habe die Sowjetunion kein Interesse mehr. Zu b) kein Ergebnis.<sup>29</sup> Zu c) wird nicht verhandelt. Dafür sei die Frage der Rechtshilfe dazugekommen. Ziel

<sup>27</sup> Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über ein Umweltabkommen sowie über ein Abkommen über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit konnten nicht abgeschlossen werden, da keine Einigung über die Einbeziehung von Berlin (West) zu erzielen war. Vgl. dazu AAPD 1972, III, Dok. 345 und Dok. 391.

In der Gemeinsamen Erklärung vom 21. Mai 1973 über den Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 18. bis 22. Mai 1973 in der Bundesrepublik wurde ausgeführt: „Beide Seiten bekundeten das Bestreben, ihre Beziehungen auszubauen und über die während des Besuchs unterzeichneten Abkommen hinaus weitere Abkommen, insbesondere über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, über den Straßengüter- und -personenverkehr, über den Seeschiffahrtsverkehr, über die Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Umwelt sowie Vereinbarungen auf anderen Gebieten abzuschließen.“ Vgl. BULLETIN 1973, S. 574.

<sup>28</sup> Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Schütz, wurde im November 1972 vom sowjetischen Botschafter in Ost-Berlin, Jefremow, zu einer Reise in die UdSSR eingeladen. Vgl. dazu AAPD 1972, III, Dok. 376.

Dazu erklärte der sowjetische Stellvertretende Außenminister Kusnezow am 4. März 1974 gegenüber Bundesminister Bahr: „Der Minister habe auch die Reise des Regierenden Bürgermeisters erwähnt. Man habe das alles geprüft und sei für diese Reise, aber der Minister sollte sich die Fragen vornehmen, die die Reise bisher verhindert haben. Zum Beispiel sollten Einladungen für den Empfang des Regierenden Bürgermeisters nicht in seinem Namen, sondern in dem des Botschafters verschickt werden. Wer sei denn eigentlich der Gast (der Sowjetunion)? Warum müßte bei allen Terminen der Botschafter anwesend sein; brauche Herr Schütz eine Bevormundung?“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 10111 (210); B 150, Aktenkopien 1974.

<sup>29</sup> Am 6. März 1974 berichtete Vortragender Legationsrat I. Klasse Meyer-Landrut, z. Z. Moskau, über Expertengespräche vom Vortag zum Abkommen über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit: „Wir zitierten in der Folge die Ausführungen von Minister Bahr vom 4.3.1974 gegenüber Vizeaußenminister Kusnezow auszugsweise in folgendem Wortlaut: „Wir gehen von folgendem Grundsatz aus: Wenn die Regierungen vereinbart haben, daß in Übereinstimmung mit dem Vier-Mächte-Abkommen ein Abkommen auf Berlin (West) ausgedehnt werden kann, dann müssen Personen mit ständigem Wohnsitz in Berlin (West) grundsätzlich und ohne Einschränkung in die Zusammenarbeit einbezogen werden. [...] Wenn also gemäß Abkommen über technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit von unserer Seite für die Zusammenarbeit auf einem bestimmten Fachgebiet eine Organisation mit Sitz in Berlin (West) oder eine Organisation mit Sitz im Bundesgebiet, die aber eine Zweigstelle in Berlin (West) hat, benannt wird, dann kann die Frage des Sitzes nicht als Einwand gegen eine Zusammenarbeit geltend gemacht werden.“ Sowjet erklärten hierzu, daß sie diese Ausführungen nicht akzeptieren könnten, da sie keinesfalls bereit seien, mit Bundesämtern, die ihren Sitz in Berlin (West) haben, zusammenzuarbeiten. Hier sei gerade die Frage des Sitzes der Grund für den Ausschluß der Zusammenarbeit mit der entsprechenden Institution. Ihrer Auffassung nach widersprechen diese Ämter dem Vier-Mächte-Abkommen. Als Beispiele führte Tokowinin das Bundesgesundheitsamt und das Umweltbundesamt an. [...] In der Nachmittagssitzung überreichten die Sowjets den nachfolgenden Text, der als vereinbarte Protokollnotiz unsern Wünschen Rechnung tragen sollte. Wir haben sie zur Prüfung entgegengenommen. Jedoch haben wir sofort darauf hingewiesen, daß der Ausdruck „teilnehmen“ noch nichts darüber besagt, wer die Bezeichnung vornehmen kann. [...] Sowjetischer Text hat folgenden Wortlaut: „Personen mit ständigem Wohnsitz in Berlin (West) und Organisationen mit ständigem Sitz in Berlin (West) können grundsätzlich an der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit teilnehmen, wenn ihre Teilnahme mit den Bestimmungen des Vier-Mächte-Abkommens vom 3. September 1971 in Übereinstimmung steht und durch sachliches Interesse hervorgerufen ist.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 827; VS-Bd. 10150 (213); B 150, Aktenkopien 1974.

meiner Reise sei – nicht weniger wichtig als das wirtschaftliche Gebiet –, den Versuch zu unternehmen, ob diese Fragen Berlins zwischen uns lösbar seien. Dafür würde ich so lange hier bleiben, wie es sinnvoll sei, und mit jedem sprechen, unabhängig vom Protokoll, mit dem es nötig sei. Diese Fragen seien wie kleine Steinchen im Schuh. Wenn man sie nicht entferne, laufe man sich wund und könne nicht mehr laufen, obwohl wir doch noch einen weiten Weg vor uns hätten. Es sei nicht sinnvoll, sondern ein Eingeständnis des Fehlschlages, wenn bei einem Besuch des Kanzlers noch immer dieselben Themen besprochen würden, die Gegenstand des schwierigen Teils der Gespräche im letzten Jahr in Bonn gewesen seien. Die wichtigste Vorbereitung für den Besuch des Kanzlers sei es, diese Fragen vorher aus der Welt zu schaffen.

Breschnew stimmte dem zu. Er brauche eine kurze Zeit, um die Richtung zu geben, damit ich mit bestimmten Ergebnissen zurückfahre.

Ich wendete mich dann der DDR zu und erläuterte, daß die Verdoppelung des Zwangsumtauschs<sup>30</sup> eine Sache sei, die den Kern der Politik der Bundesregierung treffe. Zum ersten Male (ich nannte Beispiele und Zitate) finde die Opposition Gehör und Echo mit ihren Angriffen. Wir hätten einen Tempoverlust seit mehr als einem Jahr. Wir hätten Ärger und Probleme, die im Prinzip gelöst sind, und es werde zum großen Ärger, wenn der kleine Ärger uns so beschäftigt, daß wir die Sicht für große Fragen verlieren. Es sei erstaunlich, daß das mit großen Mühen und aktiver Beteiligung der BRD und der SU geschaffene Vier-Mächte-Abkommen keine Spannungen zwischen den Vier Mächten, aber bilateralen Ärger zwischen der BRD und der SU schaffe. Wir wollten in Wahrheit einen Zustand erreichen, der die Entspannung nicht mehr umkehrbar macht. Statt dessen erstickten wir im kleinen Ärger des Alltags und zuweilen habe man den Eindruck, daß die DDR sich daran freue.

Ich schlösse eigene Schuld nicht aus, auch nicht eigenes Ungenügen und kritische Kreise in der eigenen Bürokratie, aber die entscheidende Frage sei: Wer wird gewinnen? Diese Kräfte, die es auch in seinem eigenen Land gäbe? Breschnew antwortete, ich hätte solche Fragen aufgeworfen, die es nötig machten, uns noch einmal zu sehen.<sup>31</sup> Im übrigen möchte er zum Geldumtausch sagen: Man habe die Sowjetunion verdächtigt, dies sei mit ihr abgestimmt gewesen. Dies stimme nicht. Er habe seine Leute gefragt, woran es liege, und er hoffe, auch dieses Problem werde sich lösen lassen.

Zu West-Berlin lohne es sich nicht, verschiedene Deutungen zu machen. Auch die BRD sei da nicht ohne Schuld. Er wisse im Augenblick nicht, wann Gromyko zurückkomme.<sup>32</sup> Er werde sich bemühen, meine Gespräche zu erleichtern; aber vielleicht sei es sinnvoll, daß ich noch einmal einen Tag zurückkomme, um Gromyko zu sehen.<sup>33</sup>

30 Zur Neuregelung des Mindestumtauschs für die Einreise in die DDR vgl. Dok. 11, Anm. 11.

31 Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Bahr mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, am 9. März 1974 in Moskau; Dok. 88.

32 Der sowjetische Außenminister Gromyko hielt sich vom 27. Februar bis 5. März 1974 in Syrien und Ägypten auf.

33 Vgl. dazu die Gespräche des Bundesministers Bahr mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 8./9. März 1974 in Moskau; Dok. 80 und Dok. 84.

Ich wies darauf hin, daß die DDR auch begonnen hätte, persönliche Angriffe gegen den Bundeskanzler zu richten. Damit sei die DDR das einzige Land im Warschauer Vertrag<sup>34</sup> Wenn dies nicht eingestellt würde, würden wir eines Tages antworten und dann wieder schnell in der Atmosphäre des Kalten Krieges sein. Als Beispiel nannte ich die Verdächtigungen gegen unsere neue Wehrstruktur<sup>35</sup> und gab ihm anhand der Aufzeichnung von BM Leber eine Illustration der Umstellung auf eine starke, aber reine Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr. Es wäre übrigens gut, Leber einzuladen.

Breschnew machte nach mehr als vier Stunden einen unkonzentrierten Eindruck. Wir beendeten das Gespräch mit der Erwartung, uns bald wiederzusehen.

Bahr<sup>36</sup>

**Archiv der sozialen Demokratie, Depositum Bahr, Box 433**

<sup>34</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 14. Mai 1955 zwischen Albanien, Bulgarien, der ČSSR, der DDR, Polen, Rumänien, der UdSSR und Ungarn über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand vgl. GESETZBLATT DER DDR 1955, Teil I, S. 382–390.

<sup>35</sup> Am 9. Juli 1970 setzte die Bundesregierung eine Wehrstruktur-Kommission ein, die am 28. November 1972 – nach den Empfehlungen vom 3. Februar 1971 über die „Wehrgerechtigkeit in der Bundesrepublik Deutschland“ – einen zweiten Bericht vorlegte, in dem Grundsätze einer neuen Wehrstruktur für die Bundeswehr entwickelt wurden. Vgl. dazu WEHRSTRUKTUR.

Am 28. November 1973 verabschiedete das Kabinett die Grundzüge der neuen Wehrstruktur, zu denen Bundesminister Leber am folgenden Tag in einer Regierungserklärung vor dem Bundestag Stellung nahm: „Die neue Bundeswehrstruktur ermöglicht es, sofort einsatzbereite Kampfverbände aller Teile der Bundeswehr in ausreichender Zahl zu unterhalten und eine hochwertige, der Technologie der achtziger Jahre entsprechende Ausrüstung zu erreichen, ohne die Volkswirtschaft im Vergleich zu heute zusätzlich zu belasten. [...] Streitkräftegemeinsame Aufgaben werden – wo immer möglich – zentralisiert, wo entweder eine Steigerung der Effizienz bei gleichen Kosten oder eine Kostensenkung bei gleicher Effizienz ermöglicht wird. Die Brigaden werden der technischen Entwicklung von Waffen und Gerät angepaßt. Die konventionelle Komponente bei den Kampftruppen wird verstärkt. Durch Kaderung bis zur Ebene der Bataillone wird im Frieden die Zahl der ständig im Dienst befindlichen Soldaten gesenkt.“ Ferner solle das Prinzip der Wehrpflicht mit Dauer von fünfzehn Monaten erhalten bleiben. Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 85, S. 3980. Am 15. Januar 1974 wurde das „Weißbuch 1973/1974 zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und Entwicklung der Bundeswehr“ von Bundesminister Leber der Öffentlichkeit vorgestellt. Vgl. dazu BULLETIN 1974, S. 37–45.

<sup>36</sup> Paraphe.

**Gespräch des Bundesministers Scheel  
mit dem französischen Außenminister Jobert**

**105-14.A/74 VS-vertraulich**

**1. März 1974<sup>1</sup>**

Der Herr Bundesminister des Auswärtigen empfing am 1. März 1974 um 12.10 Uhr in seinem Arbeitszimmer den französischen Außenminister, M. Michel Jobert, in Anwesenheit von StS Frank sowie den Botschaftern Sauvagnargues und von Braun zu einer Unterredung.

Nach der Begrüßung wies M. Jobert darauf hin, daß die Bekanntgabe der neuen französischen Regierungsliste<sup>2</sup> für 12.00 Uhr vorgesehen worden sei. Die Zusammensetzung stehe schon seit einigen Tagen mehr oder weniger fest. Auf die Frage des Herrn *Ministers*, ob eine wesentliche Strukturveränderung zu erwarten sei oder ob sich nur die Zahl der Kabinettsmitglieder erhöhen oder vermindern werde, antwortete M. Jobert, es handle sich um eine „formule restreinte“, möglicherweise mit der Absicht, die verbleibenden Minister zu veranlassen, „in allen angenehmen und unangenehmen Lagen“ eine absolute Solidarität zu beweisen.

Auf einen Hinweis von StS *Frank*, daß eine derartige Formel bereits unter General de Gaulle angewandt worden sei, bemerkte M. Jobert, es handle sich in seinen Augen nicht um eine sehr neue Reaktion.

Der Herr *Minister* erwähnte, daß in der Bundesrepublik aus verfassungsmäßigen Gründen derartige Regierungsumbildungen nicht möglich seien. Im Gegensatz zu England gebe es hier kein „inneres Kabinett“ mit der Möglichkeit, weitere Ressortverantwortungen außerhalb dieses Rahmens festzulegen. Man habe aber auch in der Bundesrepublik den Eindruck, daß eine Verkleinerung des Kabinetts nützlich sein könnte. Aus diesem Grunde habe sich die Ministerzahl hier immer auf einer mittleren Linie bewegt (ca. 15 bis 16); dieses System sei einigermaßen operationell, zumal an den Kabinettsberatungen keine Mitarbeiter teilnähmen.

M. Jobert erwiderte, dies könne aber zu einer Überbelastung der einzelnen Ministerien führen. In Frankreich bewege sich die Zahl der Kabinettsmitglieder zwischen 25 und 40.

Auf die Frage des Herrn *Ministers* nach Joberts Auffassung über die Reaktionen des britischen Wahlergebnisses<sup>3</sup> auf die Europapolitik<sup>4</sup>, sagte dieser, die

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscherin Bouverat am 8. März 1974 gefertigt.

<sup>2</sup> Die Regierung von Ministerpräsident Messmer trat am 27. Februar 1974 zurück. Am 1. März 1974 bildete Messmer ein neues Kabinett. Dazu wurde in der Presse berichtet: „Der französische Ministerpräsident Pierre Messmer hat am Freitag sein gegenüber der alten Regierung auf etwa zwei Drittel verkleinertes neues Kabinett vorgestellt, in dem die wichtigsten Ressorts mit einer Ausnahme nicht neu besetzt wurden. Die bedeutendste Veränderung ist die Ernennung des bisherigen Landwirtschaftsministers Jacques Chirac zum Innenminister.“ Vgl. den Artikel „Jacques Chirac Frankreichs neuer Innenminister“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 2. März 1974, S. 1.

<sup>3</sup> Nach Auflösung des Unterhauses fanden am 28. Februar 1974 Neuwahlen statt, bei denen die Labour Party 301 Sitze (37,2%), die Konservativen 296 Sitze (38,2%), die Liberalen 14 Sitze (19,3%) und

Ergebnisse stünden noch nicht endgültig fest. Sollte es aber zu einer Labour-Regierung kommen, so werde „ein Zeitraum intensiver Überlegungen beginnen“.

Der Herr *Minister* bemerkte, es scheine festzustehen, daß die Labour-Partei auf jeden Fall die neue Regierung bilden werde; offen sei die Frage, ob es eine Mehrheits- oder Minderheitsregierung sein werde. Die Konservativen hätten die Mehrheit verloren und könnten daher die Regierung nicht bilden. Natürlich werde die künftige britische Politik gegenüber der EG etwas davon abhängen, ob Labour eine Mehrheits- oder eine Minderheitsregierung bilden werde. Im Falle einer Minderheitsregierung sei vorauszusehen, daß die britische Europapolitik vorsichtig mehr oder weniger auf der gleichen Linie fortgeführt werde. Bei einer Mehrheitsregierung könnten neue Elemente in die Politik eingeführt werden, die Anlaß zu Überlegungen bieten könnten. Voraussichtlich werde am kommenden Montag in Brüssel kein britisches Regierungsmittel anwesend sein.<sup>5</sup>

M. *Jobert* antwortete, daß er die Auffassung des Herrn Ministers über die künftige britische Europapolitik nicht teile. Im Falle der Notwendigkeit, eine Minderheitsregierung bilden zu müssen, würde die Labour-Partei sich mit der jetzigen Lage nicht abfinden und neue Wahlen vorschlagen.

Der Herr *Minister* hielt dies für denkbar, wies aber auf die allgemein gehaltenen Formulierungen der Labour-Partei während der Wahlkampagne hin. Wenn auch eine Revision der bisherigen Europapolitik angeregt worden sei, sei hierüber keine einzige präzise Aussage gemacht worden. Im übrigen nehme er an, daß Callaghan neuer Außenminister werde. Es sei schwer, Voraussagen über die weiteren Ressortbesetzungen zu machen, weil in Großbritannien die Verteilung der Verantwortungen bei allen Regierungen nach neuen Gesichtspunkten geschehe.

M. *Jobert* sprach von der Möglichkeit, daß Jenkins Außenminister werde, zumindest habe er in einem Gespräch in Paris ein großes Interesse an diesem Ressort bekundet. Falls am Montag kein britischer Vertreter in Brüssel erscheine, könnte ja Kissinger als Ersatzmann dienen!

Der Herr *Minister* erwähnte, daß Kissinger vor seiner Nahost-Reise in England gewesen sei.<sup>6</sup> Auf die Frage von M. *Jobert*, ob er – der Herr Minister – etwas

*Fortsetzung Fußnote von Seite 251*

die übrigen Parteien 24 Sitze (5,3 %) errang. Am 4. März 1974 bildete die Labour Party unter Führung von Harold Wilson eine neue Minderheitsregierung.

4 So in der Vorlage.

5 Zur Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 4. März 1974 in Brüssel vgl. Dok. 77.

6 Vor Beginn seiner Reise vom 26. Februar bis 1. März 1974 in den Nahen Osten hielt sich der amerikanische Außenminister Kissinger am 26. Februar 1974 in Großbritannien auf. Dazu berichtete Botschafter von Hase, London, am 27. Februar 1974, bei Gesprächen mit Premierminister Heath und dem britischen Außenminister Douglas-Home hätten die Nahost-Reise, Energiefragen und die Gespräche über eine Begrenzung strategischer Waffen (SALT II) im Mittelpunkt gestanden. Kissinger habe sich skeptisch über die Aussichten seiner bevorstehenden Reise geäußert, die Europäer vor der Aufnahme des Dialogs mit den arabischen Staaten gewarnt und dafür vier konkrete Empfehlungen gegeben: „Man soll unter keinen Umständen zu schnell vorgehen. Je länger sich die Vorbereitung hinziehe, desto besser. Die europäische Seite möge solange wie nur eben möglich technisch-prozedurale Fragen wie Art, Ort, Zeit, Ebene des Dialogs usw. behandeln, also die Erörterung von Substanzfragen, die [...] möglichst wirtschaftlicher und nicht politischer Natur sein sollten, hinausschieben. Er sei besorgt (apprehensive) über eine Konferenz der Außenminister. [...] Es sollte unter allen Umständen der Eindruck eines europäischen bilateralen Arrangements, allgemein und in be-

Neues über die Pläne für den Besuch Kissingers in Brüssel wisse, über seine Gespräche mit der NATO, erklärte der Herr *Minister*, Kissinger habe die Absicht, den NATO-Rat direkt über seine Gespräche im Nahen Osten zu informieren.<sup>7</sup> Er habe dies der deutschen Seite mitgeteilt, als er seinen Besuch in Bonn auf dem Weg nach Brüssel angekündigt habe. Der Hauptpunkt des Gesprächs mit dem Herrn Bundeskanzler werde ebenfalls ein Bericht über den Stand der Nahost-Fragen sein. Mit ihm – dem Herrn Minister – werde Kissinger wohl über die allgemeinen Beziehungen zwischen Europa und den USA sprechen.<sup>8</sup> Er halte dieses zufällige Zusammentreffen der Termine im Hinblick auf die „allgemeine Arbeit“ für ganz nützlich.

M. *Jobert* stellte die Frage, auf welche Arbeiten der Herr Minister sich beziehe. Er müsse gestehen, daß er einem möglichen Plan Kissingers, bei seinem Besuch in Brüssel eine Zehner-Zusammenkunft zu veranstalten, zur Zeit nicht sehr günstig gegenüberstehe. Er wäre zwar zu Gesprächen bereit, aber nicht „aus vollem Herzen“.

Der Herr *Minister* antwortete, er glaube nicht, daß Kissinger die Absicht habe, in Brüssel Gespräche auf Ministerebene zu führen. Die Anwesenheit der Minister dort sei eine reine Koinzidenz, von der Kissinger auch erst während seiner Reise in den Nahen Osten Kenntnis erhalten habe. Er habe nur die Absicht, im NATO-Rat – d. h. vor den Ständigen Vertretern – zu berichten, und denke auch nicht an ein Zehner-Gespräch.

M. *Jobert* bemerkte, daß er in bezug auf Kissingers Pläne immer etwas mißtrauisch sei. Er sei ein „Spezialist der politischen Happenings“ und könnte sich sehr wohl im Flugzeug etwas ausdenken.

Der Herr *Minister* verwies auf den Terminplan des amerikanischen Außenministers, der am Montag<sup>9</sup> vormittag noch in Bonn sei und am Montag abend aus Brüssel abreisen wolle. So bleibe ihm nur die Zeit, am Nachmittag den NATO-Rat zu informieren und möglicherweise in diesem Kreis auch über SALT II zu sprechen.

M. *Jobert* verwies in diesem Zusammenhang auf den Vorschlag einer Erklärung der Neun und der USA. Selbst wenn Einverständnis in bezug auf den Text bestehe, halte er es für zweckmäßiger, wenn man sich zur Zeit mit der Veröffentlichung nicht allzu sehr beeile, insbesondere wegen des darin enthaltenen Passus über die Energiepolitik.<sup>10</sup> An den bisherigen Vorschlägen störe ihn

*Fortsetzung Fußnote von Seite 252*

zug auf Öl, mit den arabischen Staaten, von dem die Ver[einigten] Staaten und andere ausgeschlossen würden, vermieden werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 542; VS-Bd. 9964 (204); B 150, Aktenkopien 1974.

7 Der amerikanische Außenminister Kissinger nahm am 4. März 1974 an der Sitzung des Ständigen NATO-Rats in Brüssel teil. Vgl. dazu Dok. 75.

8 Der amerikanische Außenminister Kissinger hielt sich am 3./4. März 1974 in Bonn auf. Zum Gespräch mit Bundesminister Scheel am 3. März 1974 vgl. Dok. 67.

Für das Gespräch mit Bundeskanzler Brandt am 4. März 1974 vgl. Dok. 68.

9 4. März 1974.

10 In Ziffer 11 des Entwurfs einer gemeinsamen Erklärung der EG-Mitgliedstaaten und der USA, der am 21./22. Januar 1974 von der Korrespondentengruppe und einem Vertreter der EG-Kommission verabschiedet wurde, hieß es: „(They are concerned that world needs in natural resources, including energy resources, be met by regular supplies under economic conditions acceptable to all countries. They will seek a greater degree of cooperation among all the parties concerned (first alternative) and are prepared, for their part, to contribute to any action undertaken with this end in view

nichts, aber im Hinblick auf die Präsentation nach außen halte er es nicht für vernünftig, den Wortlaut mit dem Energieabschnitt jetzt bekanntzugeben. Man habe schon so genügend Komplikationen und sollte sich nicht noch zusätzlich welche schaffen.

Der Herr *Minister* unterstrich die Notwendigkeit, der öffentlichen Meinung konkrete Fortschritte zu präsentieren. Dank der „ausgezeichneten und sehr imaginativen“ Zusammenarbeit mit der französischen Seite sei es möglich geworden, einen sehr guten Text für die Erklärung über die Beziehungen zwischen den Neun und den USA herzustellen. Es scheine ihm wünschenswert, daß die Mitarbeiter bei der nächstmöglichen Gelegenheit, z. B. in Verbindung mit der NATO-Ratssitzung um den 13. März herum<sup>11</sup>, darüber sprechen. Die Politischen Direktoren sollten zusammenkommen, um über die EPZ zu sprechen, und die NATO-Ratssitzung könnte unter Beteiligung der Politischen Direktoren stattfinden, auf der dann auch über die NATO-Erklärung diskutiert würde. Am 14.3. könnte man dann über die Erklärung der Neun und der USA sprechen und eine Einigung erzielen, unter der Voraussetzung, daß der entsprechende Text frühzeitig genug nach Washington übermittelt werde.

M. *Jobert* erwiederte, daß es seiner Auffassung nach nicht von Interesse sei, die Zahl der Zehner-Gespräche mit den USA zu groß werden zu lassen. Wenn man mit den Amerikanern über den Text der Erklärung spreche, so sollte man es bei einem Treffen belassen und nicht weitere Zusammenkünfte planen. Was den Gedanken des Herrn *Ministers* betreffe, die Politischen Direktoren an der NATO-Ratssitzung zu beteiligen, so sei diesem bekannt, daß er – *Jobert* – nicht sehr dafür sei. Aber hier sei die französische Seite bereit, die deutsche Seite „so weit wie möglich zu begleiten, ohne zu versprechen, daß man den ganzen Weg gemeinsam zurücklegen werde“.

Der Herr *Minister* erläuterte, daß es um die Frage der Erhöhung des Wirkungsgrades der Arbeit in der NATO gehe. Er glaube, daß der Prozeß der Meinungs-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 253*

and aimed at ensuring the orderly functioning of world markets in the main natural resources including energy resources; (second alternative) and strive to promote harmonious relations between the producing and consuming countries.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 352 der Vortragenden Legationsrätn Steffler vom 24. Januar 1974; VS-Bd. 9902 (200); B 150, Aktenkopien 1974.

Am 8. Februar 1974 übermittelte Vortragender Legationsrat I. Klasse von der Gablentz den am 7. Februar 1974 von der Korrespondentengruppe in Bonn konzipierten Entwurf einer gemeinsamen Erklärung der EG-Mitgliedstaaten und der USA. Unter Ziffer 13 wurde ausgeführt, daß der Passus über Energiefragen erst nach der Energiekonferenz vom 11. bis 13. Februar 1974 in Washington schriftlich fixiert werden sollte. Vgl. den Drahterlaß Nr. 602; VS-Bd. 9902 (200); B 150, Aktenkopien 1974.

Am 6. März 1974 übermittelte Gablentz die Fassung der Ziffer 13 des Entwurfs einer gemeinsamen Erklärung der EG-Mitgliedstaaten und der USA, die auf der Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 4. März 1974 in Brüssel verabschiedet worden sei: „They are likewise concerned that world needs in natural resources, including energy resources, be met by regular supplies available under economic conditions acceptable to all countries. They are convinced that concerted international cooperation among all nations concerned could contribute to improving the supply-demand situation, and to creating the foundations of more equitable and stable international relations in the field of natural resources, thus serving the long-term interests of all. Therefore, they will strive to promote harmonious relations between the producing and consuming countries taking into account in particular the interests of the developing countries.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 988; VS-Bd. 9902 (200); B 150, Aktenkopien 1974.

<sup>11</sup> Zur Sitzung des Ständigen NATO-Rats unter Teilnahme der Politischen Direktoren der Außenministerien der NATO-Mitgliedstaaten mit Ausnahme Frankreichs am 14. März 1974 in Brüssel vgl. Dok. 93.

bildung im politischen Bereich mit der Beteiligung der Politischen Direktoren erleichtert und verbessert werden könnte.

Der Herr Minister führte weiter aus, die Erörterung der technischen Fragen bringe ihn zum Kernproblem: der politischen Entwicklung der Europäischen Gemeinschaften. Es gehe um die – so viel Ärger verursachende – Frage, wie man die Integration Europas, „die beide wollen und deren Zielsetzung von Deutschland und Frankreich gleichermaßen betrachtet werde, vorwärts bringen könne unter gleichzeitiger Wahrung eines hohen Niveaus der Zusammenarbeit in der Atlantischen Partnerschaft“. Zwischen der europäischen Entwicklung und der Atlantischen Partnerschaft gebe es keine Alternative. Man habe in Washington gesehen<sup>12</sup>, daß eine Alternative immer zu Lasten Europas gehe. Bei der Erörterung der in Washington abgehandelten Politik stöße man täglich auf Schwierigkeiten, die nur gelöst werden könnten, wenn man aus der tödlichen Alternative herauskomme. Seit Jahren habe er – der Minister – innerhalb der eigenen Regierung immer wieder erklärt, daß Deutschland keine Wahl habe zwischen Washington und Paris, zwischen einem europäischen und einem atlantischen Europa. Wer die Bundesrepublik vor eine derartige Alternative stelle, sollte sich im klaren darüber sein, daß damit der europäische Gedanke erschüttert werde. Bis zu der Zeit, in der Europa eine eigenständige Rolle in der Weltpolitik spielen könne – und bekanntlich liege dieser Zeitpunkt noch in weiter Ferne –, müsse die Politik der europäischen Einigung fortgesetzt werden, um Europa durch Einheit aktionsfähig zu machen. Man habe gesehen, daß die Schwäche Europas gegenüber den USA auf einen Mangel an Einheit zurückzuführen sei. Diese Schwäche könne nur überwunden werden, wenn man zu einer vollen Einheit gelange.

Der Herr Minister brachte dann das Gespräch auf den europäisch-arabischen Dialog, ebenfalls eine Frage, in der sich leider täglich zeige, daß die Europäer keine klaren Entscheidungen träfen.

Außenminister *Jobert* bemerkte, daß er sich gelegentlich Gedanken über die Ereignisse des vergangenen Jahres mache. Er verstehe nicht, warum Kissinger seit einem Jahr darauf dränge, daß die einen oder anderen sich in bezug auf das eine oder andere Thema durch Erklärungen, Definitionen, Engagements festlegen. In seiner Rede vom 23. April<sup>13</sup> habe er einen großen Plan ausgebreitet, ein Bild der Welt, die er offensichtlich nach seinen eigenen Vorstellungen gestalten wolle. Europa sei es gut gegangen, es habe sich „tant bien que mal“ wieder aufgerichtet. Aber plötzlich werde es vor Schwierigkeiten gestellt: Es soll sich durch neue Formeln in Texten gegenüber den USA engagieren, die vor zehn Jahren noch ganz anders gelautet hätten. (Vergleich zwischen der Frankfurter Rede Kennedys, der ein einiges, starkes, mit einer Stimme sprechendes, auf der Weltbühne in Partnerschaft mit den USA handelndes Europa gefordert habe<sup>14</sup>, und den Vorstellungen Kissingers, die von einer anderen Konzeption

12 Zur Energiekonferenz vom 11. bis 13. Februar 1974 in Washington vgl. Dok. 49.

13 Zur Rede des Sicherheitsberaters des amerikanischen Präsidenten, Kissinger, am 23. April 1973 in New York vgl. Dok. 3, Ann. 7.

14 Am 25. Juni 1963 bekräftigte Präsident Kennedy in einer Rede in der Frankfurter Paulskirche: „It is not in our interest to try to dominate the European councils of decision. If that were our objective, we would prefer to see Europe divided and weak, enabling the United States to deal with each fragment individually. Instead we have and now look forward to a Europe united and strong –

ausgingen.) Frankreich sei hierüber besorgt. Er – Jobert – halte die ganze „agitation“ für überflüssig. Er frage sich, ob die USA sich eine bessere Position dadurch versprächen, daß sie Druck auf die europäischen Länder ausübten. Wenn es nach Kissinger ginge, sollte Europa keine Entscheidung ohne vorherige Absprache mit den USA treffen, ohne deren „Agrément“ – sprich „Direktiven“ – eingeholt zu haben. Er – Jobert – sehe die Dinge so. Welchen Ausdruck man auch verwenden wolle – „Agrément oder Druck“ –, so sei es eine Tatsache, daß 1973 durch Kissinger die Politik der Vereinigten Staaten verändert worden sei. Möglicherweise sei dies aus innerpolitischen Gründen geschehen; er – Jobert – glaube jedoch eher, daß die Motive in der „persönlichen Perspektive“ Kissingers lägen, der die Welt so gestalten wolle, wie er sie sehe, und daher Unruhe auf der politischen Bühne stiftete. Dies habe man im Zusammenhang mit der Energiekrise gesehen, die künstlich ausgelöst worden sei. Dem könne man zwar entgegenhalten, daß „das Leben stärker sei als Kissingers provozierende und theoretische Betrachtungsweise“, Tatsache sei aber, daß er „les rêves que nous avons, vous et moi“ störe. Angesichts der Schwierigkeiten im internationalen Leben brauche man ein Europa („il faut qu'il y ait une Europe“), er sage dies auch. Aber man sollte das Europa, das große Schwierigkeiten habe und zerbrechlich sei, und in das von deutscher und französischer Seite so viel guter Wille eingebracht werde, nicht anrühren.

Der Herr *Minister* erwiderte, wenn es aus europäischer Sicht einen Unterschied zwischen dem Europa Kennedys und Kissingers gebe, so liege er vermutlich darin, daß Kennedy sich ein mit einer Stimme sprechendes Europa als gleichberechtigten Partner von Herzen gewünscht habe, während Kissinger vielleicht nicht wisse, ob er sich ein derartiges Europa wünschen solle. Falls es existiere, werde Kissinger es aber in seine Rechnung einsetzen. Leider existiere ein solches Europa aber nicht, und Kissinger sei sicher nicht bereit, seine Politik auf eine Fiktion auszurichten.

Man stehe vor einem unlösbaren Problem, weil die USA – und Kissinger – nicht hinnehmen wollten, was der Herr Bundeskanzler ihnen in Washington<sup>15</sup> nahegelegt habe, d.h. bei der Behandlung Europas so zu tun, als ob es dieses Europa bereits gebe. Kissinger, der die Machtstrukturen kenne und ein nüchterner Politiker sei, sage sich, wenn es ein einiges Europa gebe, so sei dies um so besser, aber solange es dieses Europa nicht gebe, könne man ihn nicht dazu bringen, so zu handeln, als ob es existiere.

Hierauf antwortete M. Jobert: „Il n'y tient pas du tout.“

Der Herr *Minister* unterstrich nochmals das Dilemma, in dem Europa stehe. Solange es nicht einig sei, könne es nicht damit rechnen, daß die Welt sich darauf einstelle. Er selbst – der Herr *Minister* – sei seit Jahrzehnten nicht nur rational, sondern auch emotional ein überzeugter Anhänger der europäischen Einigung, die vorangetrieben werden müsse. Er teile auch absolut die Meinung Bundeskanzler Adenauers, daß ein einiges Europa nur auf der Grundlage der

*Fortsetzung Fußnote von Seite 255*

speaking with a common voice – acting with a common will – a world power capable of meeting world problems as a full and equal partner.“ Vgl. PUBLIC PAPERS, KENNEDY 1963, S. 517.

<sup>15</sup> Bundeskanzler Brandt hielt sich am 1./2. Mai 1973 in den USA auf. Vgl. dazu AAPD 1973, II, Dok. 124 und Dok. 130.

Kooperation zwischen Deutschland und Frankreich entstehen könne. Man müsse etwas tun, um die derzeitige Stagnation zu überwinden.

In diesem Zusammenhang erinnerte er an Gespräche, die er vor zwei Tagen in Hamburg mit einem Kreis prominenter Kaufleute geführt habe und deren Auffassungen ihn mehr erschüttert hätten, als was er in den letzten Monaten in der Presse gelesen habe. Diese klugen, überlegten Hanseaten hätten ihm Vorschläge über eine Suspension der Europapolitik mindestens in der jetzigen Komposition unterbreitet, da die in Frage kommenden Partner unter sich uneinig seien. Daraus könne man nur schließen, daß sie keinen anderen Ausweg mehr sähen. Dies sei ein alarmierendes Zeichen. Wenn die Politiker die Unterstützung der öffentlichen Meinung verlören, wäre dies für Europa sehr ernst, da dann die Gefahr bestehe, daß man wieder in nationale Außenpolitiken zurückgedrängt werde. In diesem Fall wäre die Arbeit der vergangenen Jahrzehnte nutzlos gewesen und es würde sich nie wieder eine neue Chance bieten. Es gebe Kreise, die z. B. nur auf ein Scheitern des bilateralen Abkommens zur Verhinderung der Atomkriege<sup>16</sup> warteten.

Andererseits könne die europäische Einigung in den Bereichen der Politischen Union und der Sicherheitspolitik nur unter dem schützenden Schirm der jetzigen Allianz betrieben werden. Er – der Herr Minister – wiederhole aber, daß viele ein Scheitern dieser Politik wünschten. Der derzeitige Schwächezustand müsse überwunden werden. Er sei kein Pessimist, resigniere nicht leicht und befände sich nicht in einer Katastrophenstimmung. Er betrachte das Bestehende als eine solide Grundlage. Wenn man das Ganze durch nüchterne Impulse, selbst bei kleineren Entscheidungen, in den Augen der öffentlichen Meinungen voranbringe, glaube er, daß die gegenwärtigen Schwierigkeiten zu überwinden seien. Man müsse in der Kernfrage weiterkommen. Er wiederhole, daß die Bedingungen hierfür gut seien. Frankreich habe in der Europapolitik einen kühnen Weg in Richtung auf die Politische Union und die Einigung auf dem Gebiet der Sicherheitsfragen aufgezeigt. Er frage sich aber, ob man bei den Methoden, die zu diesem Ziel führen sollen, nicht noch enger zusammenarbeiten und mehr Gemeinsames leisten könnte, denn in bezug auf die Methoden sehe er „eine Periode der Gefährdung“.

M. Jobert dankte für diese Ausführungen. Er könne nicht umhin festzustellen, daß die derzeitige politische Unruhe („agitation“) in Europa und in den USA ca. zu 80% künstlich und nur zu 20% echt sei. Dies sei auf die „politique du caprice“ von Kissinger zurückzuführen. Seiner – Joberts – Auffassung nach wünsche Kissinger kein Europa, allenfalls ein Europa, das sich gegenüber den Zielen, die sich Kissinger für die USA gesetzt habe, nachgiebig erweise. In Wirklichkeit schwebe Kissinger – wie er selbst in Washington oft gesagt habe – eine Politik der Kontakte zwischen den USA, England, Frankreich und Deutschland vor. Kissinger habe ihm – Jobert – vorgeschlagen, daß man sich häufig sehen sollte, und seine – nicht ernst gemeinte Bemerkung, ob er an geheime Gespräche denke – mit „ja“ beantwortet. Es handele sich hierbei – wie der Herr Minister bestätigte – um die bekannte Metternichsche Kabinettspolitik. Die fran-

<sup>16</sup> Für den Wortlaut des Abkommens vom 22. Juni 1973 zwischen den USA und der UdSSR zur Verhinderung eines Atomkriegs vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 69 (1973), S. 160 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1973, D 418 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1973, II, Dok. 204.

zösische Regierung sei der Auffassung, daß man mit einer derartigen Politik keine Fortschritte für Europa erzielen könne. Er wünsche nicht, daß die Vereinigten Staaten eine Schiedsrichterrolle in bezug auf die eigenen Angelegenheiten Europas ausüben. Sicherlich bedeute dies nicht, daß man den USA den Krieg erklären oder eine Frontstellung gegen die Amerikaner einnehmen sollte. Aber es müsse zum Ausdruck gebracht werden, daß Europa sich gegen eine amerikanische Einmischung abschirmen werde. Im übrigen verweise er auf kürzliche Äußerungen von Mr. Hartman, der deutlich gesagt habe, die amerikanische Präsenz in Europa sei kein Akt der Barmherzigkeit gegenüber den Europäern, sondern entspreche den eigenen Interessen der USA.<sup>17</sup> Er verweise auch auf die Drohungen Kissingers, der den Europäern „in geschmackloser Weise“ in Washington erklärt habe: „Si vous ne marchez pas droit, nous allons vous attaquer par Wall Street.“

Eine derartige Politik sei eine „politique du caprice“, vielleicht eine Machtpolitik, aber jedenfalls keine realistische Politik zur Aufrechterhaltung des Gleichgewichts in der Welt. Frankreich sei nicht damit einverstanden; es wolle gegenüber den Vereinigten Staaten keine feindliche Politik betreiben, aber sich die Freiheit wahren, den eigenen Weg zu gehen. Wenn man sich mit der Analyse Kissingers einverstanden erklärte, würde Europa nie geschaffen. Kissinger wünsche es nicht, allenfalls sei er zu einem Dialog mit den einen oder anderen bereit. Er – Jobert – meine, daß man Kissinger – wie einem launischen Kind gegenüber – nicht nachgeben sollte. Sein politisches Kalkül sei unrealistisch, wie man in Washington gesehen habe, und Frankreich wolle sich nicht in ein Abenteuer hineinziehen lassen. Hier mache es nicht mit. Es sei jedoch, wie die Bundesrepublik, zu einer wohlwollenden Einstellung gegenüber den Amerikanern bereit, unter der Voraussetzung, daß diese ihre Partner respektieren und sich in Zukunft nicht über sie hinwegsetzen.

Er – Jobert – sei sich mit dem Herrn Minister darüber einig, daß Europa „fragile et quasi-inexistante“ sei. Er verstehe den Sinn seiner Ausführungen. Es könne wohl sein, daß Kissinger einige Grillen („lubies“) im Kopf habe, die er unbedingt durchsetzen wolle. Wer politische Erfahrungen besitze wie der Herr Minister, wisse, daß dies alles vielleicht nicht so wichtig sei, weil das Leben auch anders verlaufen könne. Kissingers Vorstellungen hätten aber doch eine gewisse Bedeutung in den Augen der öffentlichen Meinung, vor der er sein Konzept einer Politik des „alignment“ der anderen mit den USA ausgebreitet habe. Dies gelte im übrigen nicht nur für Europa, sondern auch für andere. Es möge sein, daß er mit dieser paternalistischen Konzeption gute Absichten verbinde. Er – Jobert – glaube aber, daß Kissinger sich dabei täusche, was im übrigen oft der Fall sei. Wenn die USA jetzt auch, im Gegensatz zur Vergangenheit, eine Nahostpolitik hätten, biete dies keine Garantie dafür, daß ihre Euro-

<sup>17</sup> Vor einem Unterausschuß des amerikanischen Senats führte der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Hartman, am 15. Februar 1974 aus: „We maintain the present level of U.S. forces in Europe not as an act of political charity but from calculations of national interest. Nothing has occurred to alter the judgment made in your 1972 report that without the independence and security of Western Europe, the U.S. position in the world, strategically and economically, would be seriously reduced. The Atlantic alliance is the cornerstone of the structure of peace we seek to erect. And the alliance draws its cohesion from the presence of U.S. troops on European soil.“ Vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 70 (1974), S. 244.

papolitik nicht auf falschen Voraussetzungen beruhe. Man könne nicht umhin, mit den Amerikanern zu leben, aber Frankreich sei dabei nicht willfährig („complaisante“).

Der Herr *Minister* erwiderte, gerade diese Betrachtungen müßten zu einer Beschleunigung der europäischen Einigung führen. Kissinger könne man in der Tat nur durch Fakten entgegentreten. Er halte die Befürchtungen Joberts für gerechtfertigt, daß man einer solchen Entwicklung, wie er sie beschrieben habe, in die Arme arbeite, wenn man sich nicht energisch für den Ausbau Europas einsetze. Er sei – wie bereits gesagt – der Überzeugung, daß Kissinger eine ganz andere Politik gegenüber Europa in sein Kalkül einbauen würde, wenn Europa einen höheren Grad an Einheit erreicht hätte und daher handlungsfähiger wäre. Unter den jetzigen Umständen sei dies nicht zu erwarten. Dem könne man nur abhelfen, wenn man auf bestimmten Gebieten mutige Fortschritte erziele. Konkrete Möglichkeiten böten sich dafür auf den nächsten Sitzungen in Brüssel am kommenden Montag und Dienstag.<sup>18</sup>

Aufgrund der vorliegenden Informationen stoße man schon bei dem nächsten Problem – dem europäisch-arabischen Dialog – auf die gleichen Schwierigkeiten: Man sei nicht in der Lage, eine gemeinsame Politik zu betreiben wegen des Drucks, der von den USA ausgeübt werde. Er – der Herr *Minister* – fühle sich bemüßigt, ein Glaubensbekenntnis als überzeugter Europäer abzulegen, wobei er manchmal vorsichtig sein und seine Gefühle eher unterdrücken müsse.

Außenminister *Jobert* erklärte, daß Frankreich nicht versuche, Deutschland vor die Wahl zwischen Europa und den USA zu stellen. Es sei realistisch genug, um die Lage der Bundesrepublik und ihre Probleme zu kennen. Er sage aber, daß die Amerikaner Europa nicht wollen. Dies müsse man wissen. Daher sei es schwierig, „de naviguer entre les difficultés“. Kissinger wolle Europa nicht. Jede Aktion in Richtung auf ein (einiges) Europa hin werde von Kissinger als feindliche Geste gegenüber seiner Person gewertet.

Der Herr *Minister* bekräftigte die Notwendigkeit, Anstrengungen in Richtung auf eine europäische Politik hin zu machen. Unter den derzeitigen Umständen müsse man vorsichtig vorgehen, aber Fortschritte machen und Erfolge erzielen, die es ermöglichen, eine wirklich europäische Politik zu betreiben auch gegenüber den USA, in Zusammenarbeit mit den Amerikanern, aber unabhängig von ihnen.

M. *Jobert* äußerte erneut Zweifel an dem guten Willen der Amerikaner und erwähnte in diesem Zusammenhang als Beispiel die Reaktion Kissingers auf den Vorschlag für eine Konferenz mit den arabischen Staaten<sup>19</sup>. Am ersten Abend in Washington habe er verschiedenen Gesprächspartnern gegenüber (ihm selbst<sup>20</sup>,

18 Am 4./5. März 1974 fand in Brüssel eine EG-Ministerratstagung statt.

19 Zu den französischen Überlegungen vom 10./11. Januar 1974 für den europäisch-arabischen Dialog vgl. Dok. 8, Anm. 4.

20 Der französische Außenminister Jobert und der amerikanische Außenminister Kissinger trafen am 10. Februar 1974 in Washington zusammen. Dazu vermerkte Jobert im Rückblick: „Dans la soirée, Henry Kissinger vint, comme il l'avait souhaité, me voir à notre ambassade. Il avait ses griefs; j'avais les miens. Je lui marquai combien ses propos me paraissaient excessifs et que notre conversation sur un tel ton risquait de prendre fin rapidement. Alors nous restâmes un long moment silencieux. Puis il parla d'autres choses, fuites peut-être, comme lorsque nous décidions que les individus méritaient des égards dont les personnages publics sont moins soucieux. Mais, avant de

dem Herrn BM<sup>21</sup>, Ortoli<sup>22</sup>) versucht, „eine Szene zu machen“, dann habe er sich beruhigt, aber schließlich doch erklärt, diese Konferenz zwischen Europa und den arabischen Ländern werde „nur über seine Leiche“ stattfinden, („cette conférence ... moi vivant n'aura pas lieu“).

Der Herr *Minister* entgegnete, Kissinger habe seine Meinung geändert.

M. *Jobert* führte dazu aus, er habe Kissinger gegenüber erläutert, daß seine Nahost-Gespräche durch diesen Dialog nicht gestört würden, da der geplante europäisch-arabische Dialog langfristig angelegt sei. Die Europäer hätten andere Interessen gegenüber der arabischen Welt, die man als „regionale Interessen“ bezeichnen könne. Kissinger vertrete schließlich nicht die ganze Welt („ne représente pas l'univers“). Wenn ihm kleinere arme Länder mit Anstand entgegtraten, sollten die europäischen Staaten sich nicht schwach und willfährig zeigen.

Der Herr *Minister* unterstrich, daß die Bundesregierung den Dialog mit den arabischen Ländern wünsche und ihn als „une sorte d'opération commune“ betrachte.

M. *Jobert* erinnerte an die von ihm gemachten Vorschläge und betonte, daß man in diesem Bereich vorankommen müsse.

Der Herr *Minister* bemerkte, die öffentliche Meinung erwarte, daß man die Kraft habe, einen gemeinsamen Weg einzuschlagen und Fortschritte in der Europapolitik zu machen.

Nachdem M. *Jobert* vorgeschlagen hatte, daß die konkreten Punkte am Nachmittag ebenfalls im kleinen Kreis behandelt werden sollten, wurde das Gespräch um 13.40 Uhr unterbrochen.

Das Gespräch wurde im gleichen Kreis um 16.00 Uhr wieder aufgenommen.

Der Herr *Minister* schlug vor, sich mit der Frage der Handhabung der Diskussion der Außenminister am Montag vormittag (4.3.) zu befassen. Über die Tagesordnung sei man sich einig; hierzu habe er keine Bemerkungen. Der wichtigste Punkt sei der Dialog mit den arabischen Ländern. In anderem Zusammenhang habe er bereits angedeutet, daß in der Meinung einiger Staaten eine gewisse Unsicherheit bestehe. So habe ihm z. B. die niederländische Regierung mitteilen lassen, daß sie einige Bedenken gegen eine Verabschiedung des Textes in der Formulierung der Politischen Direktoren<sup>23</sup> habe. Die niederländische

*Fortsetzung Fußnote von Seite 259*

nous quitter, comme un feu qui reprend, il proclama qu'il n'accepterait jamais une conférence des Européens et des Arabes, qui ne pouvait que saper les efforts qu'il faisait pour ramener la paix au Proche-Orient!“ Vgl. JOBERT, Mémoires, S. 287.

Dazu vermerkte Henry Kissinger im Rückblick: „Jobert hat später dramatische Schilderungen von unserer Begegnung verfaßt. [...] Nach meiner Erinnerung ist die Begegnung ganz anders verlaufen. Als ich Jobert fragte, was ihn an der Energiekonferenz störte, erwiderte er einfach, ‚die amerikanische Führung‘. Ich forderte ihn auf, nicht auf einen Kollisionskurs zu gehen, der für alle freien Völker katastrophale Folgen haben müßte [...]. Soweit ich mich erinnere, reagierte Jobert mit beißendem Sarkasmus auf meine Vorschläge.“ Vgl. KISSINGER, Memoiren 1973-1974, S. 1063.

21 Für das Gespräch des Bundesministers Scheel mit dem amerikanischen Außenminister Kissinger am 10. Februar 1974 in Washington vgl. Dok. 42.

22 Der amerikanische Außenminister Kissinger und der Präsident der EG-Kommission, Ortoli, trafen am 10. Februar 1974 in Washington zusammen.

23 Für den Nahost-Bericht des Politischen Komitees im Rahmen der EPZ vom 7. Februar 1974 vgl. den Runderlaß Nr. 615 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Redies vom 8. Februar 1974; VS-Bd. 9995 (310); B 150, Aktenkopien 1974.

Regierung habe dabei nicht verschwiegen, daß ihre Vorstellungen hierzu im Gespräch mit Vertretern der Regierung der USA entstanden seien.<sup>24</sup> Die Bedenken richteten sich gegen die Möglichkeit, daß die Ingangsetzung des Dialogs mit den arabischen Staaten zu spektakulär sein könnte. Er – der Herr Minister – habe sich daraufhin den Text nochmals durchgelesen und glaube, daß es möglich sei, am Montag morgen im Kreis der Außenminister die Diskussion wie vorgesehen zu führen, wenn man sich darüber im klaren sei, daß es zweckmäßig wäre, das Vorgehen auf diesem Gebiet auch mit den Partnern jenseits des Atlantik in geeigneter Form abzustimmen. Der Dialog mit den arabischen Ländern betreffe ja nicht nur die Energiefragen, sondern gehe weit darüber hinaus; auch werde er nicht nur mit ölproduzierenden, sondern mit allen anderen arabischen Staaten (insgesamt 20) geführt und sei langfristig angelegt. Unverkennbar liege aber der Schwerpunkt bei den Energie- und Wirtschaftsfragen; man müsse sich davor hüten, den Dialog in den gefährlichen Bereich einer politischen Diskussion über den Nahen Osten hineingleiten zu lassen. Dazu wäre es zu früh, in einem Zeitpunkt, in dem aktuelle Versuche, einen Weg zum Frieden zu finden, in vollem Gange seien. Er glaube, daß man in dieser Frage am besten verfahren könne, wenn klargestellt werde, daß im Kreis der Neun der Dialog vorbereitet und der Kontakt mit den arabischen Ländern gesucht werde in der von den Politischen Direktoren erarbeiteten Form. Gleichzeitig sollte man sich aber bereit erklären, die USA über die europäischen Absichten zu informieren und in einen Meinungsaustausch mit ihnen einzutreten, falls das eine oder andere Mitglied dies wünsche. Man dürfe in diesem Zusammenhang nicht übersehen, daß die Amerikaner bei der Weiterentwicklung der Washingtoner Konferenz den Europäern einen großen Schritt entgegengekommen seien, als sie sich bereit erklärt hätten, daß die zukünftigen Sitzungen der Arbeitsgruppe in Europa stattfinden könnten. Ebenso hätten sie der Ernennung eines europäischen Diplomaten, des Belgiers Ockrent, zum Vorsitzenden dieser Gruppe zugestimmt und „relativ sang- und klanglos“ ihren ursprünglichen Gedanken eines Gremiums von höheren Beamten aufgegeben, nachdem sie festgestellt hätten, daß die Europäer kein Interesse daran zeigten. Man müsse zugeben, daß nach der ersten Sitzung der Arbeitsgruppe in Washington<sup>25</sup> die Entwicklung es allen ermögliche, sich an den Beratungen zu beteiligen, besonders wenn man berücksichtige, daß die wichtigsten Fragen in die OECD verlagert worden seien. Vielleicht sei es möglich, hier noch mehr zu tun, um den Vorschlägen, die von französischer Seite in Washington gemacht worden seien, noch

<sup>24</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse von der Gablentz vermerkte am 1. März 1974, der niederländische Botschafter de Beus habe einen Vorschlag des Außenministers van der Stoel übermittelt, „die Beschußfassung der Minister am 4. März auf die erste Phase des Dialogs mit den arabischen Ländern zu beschränken. Als Begründung führte er mündlich an: erst Ergebnis erster Phase abwarten; Sondersitzung der VN-Generalversammlung über Rohstoff- und Entwicklungsfragen (Beginn 9.4.) abwarten; amerikanischer Widerstand gegen verbindliche Schritte im europäisch-arabischen Dialog (Amerikanischer Botschafter in Den Haag habe am 26.2. im Auftrag Kissingers dargelegt, daß in der augenblicklichen Phase der Friedensgespräche im Nahen Osten jeder, auch im wesentlichen wirtschaftspolitische Schritt der Europäer gegenüber den Arabern „most unhelpful“ wäre, wenn er nicht „carefully orchestrated“ mit den Amerikanern sei.) Um die Diskussion nicht zu erschweren, schlägt niederländischer Außenminister vor, daß nicht er, sondern der Bundesminister als Vorsitzender oder der luxemburgische Außenminister die Initiative ergreift.“ Vgl. Referat 200, Bd. 108882.

<sup>25</sup> Zur konstituierenden Sitzung der Energie-Koordinierungsgruppe am 25. Februar 1974 in Washington vgl. Dok. 50, Anm. 4.

weiter entgegenzukommen. Eine Beteiligung aller erscheine wesentlich, da sich die weiteren Arbeiten auf den beiden Gebieten – Folgen der Washingtoner Konferenz und Kontakt mit den arabischen Ländern – weitgehend überschneiden. Kontakte und Informationen seien nützlich, um das in den Vereinigten Staaten entstandene Mißtrauen abzubauen, das von der Furcht genährt sei, der europäische Dialog mit den arabischen Ländern könnte als „Konkurrenzunternehmen“ zu den amerikanischen Friedensgesprächen<sup>26</sup> aufgezogen werden. Es handle sich natürlich um ein Mißverständnis, das durch eine entsprechende Aufklärung der USA am leichtesten ausgeräumt werden könnte. Im übrigen habe Kissinger auf seiner letzten Pressekonferenz auf die Frage eines Journalisten, wie er zu der Absicht der Europäer stehe, geantwortet, er erkenne das Recht der Europäer an, einen Dialog mit den arabischen Ländern zu suchen; der Wert oder Unwert dieses Dialogs hänge weitgehend von der Art und Weise ab, in der er sich abspiele. Kissinger habe deutlich erklärt, daß die USA mit dem Dialog einverstanden seien, wobei er die Hoffnung habe, daß sich eine harmonische Zusammenarbeit der beteiligten Partner dabei entwickle. Er – der Herr Minister – glaube, daß man den Bedenken einiger Kollegen, wie z. B. des niederländischen<sup>27</sup>, beruhigend entgegentreten könnte, wenn man ihnen erklärte, daß man auch hier nicht zögere, mit den USA über die europäischen Absichten zu sprechen.

M. Jobert wies darauf hin, daß es den Vereinigten Staaten im jetzigen Zeitpunkt nicht an Informationen über die Absichten der Europäer mangle; sie seien sicher darüber ebenso gut unterrichtet wie die Neun. Er verstehe das Anliegen des Herrn Ministers, daß man ihnen die Sorge nehmen sollte, es handele sich bei dem europäisch-arabischen Dialog um ein Parallelunternehmen zu den Vorstellungen Washingtons. Der Informationsaustausch sei aber nicht sehr ausgewogen. Die USA stellten Europa immer wieder vor „faits accomplis“ und konfrontierten es mit stets neuen Vorschlägen, um die Europäer am Handeln zu hindern. Die Erklärungen, die Kissinger dem Herrn Minister und ihm selbst in Washington „in nicht sehr angenehmer Form“ gegenüber abgegeben habe, veranlaßten ihn nicht, mit Liebenswürdigkeit zu antworten. Es sei möglich, daß Kissinger sich die Dinge überlegt habe und die französischen Vorschläge, die im übrigen nicht welterschütternd („fracassants“) seien, hinnehme: Sie seien langfristig angelegt, der Dialog solle mit einer Konsultation beginnen, auf die Arbeitssitzungen folgen sollten, und mit einer Konferenz der Außenminister Ende 1974 oder Anfang 1975 abschließen. Es handle sich also nicht „um ein Schwert, das über dem Haupt Kissingers schwebt“, der genügend Zeit für seine Friedensbemühungen habe. Er – Jobert – glaube aber, daß Kissinger einen exklusiven Dialog mit arabischen Ländern, besonders mit Ägypten, führen wolle, wie auch mit Saudi-Arabien und dem Iran. Er erwähne diese drei Länder, weil Kissinger sie selbst genannt habe. In bezug auf seine gesamte Nahostpolitik habe Kissinger ihn nie konsultiert, es treffe nur gelegentlich ein Schreiben des amerikanischen Außenministers ein, in dem dieser beispielsweise eine Rei-

26 Der amerikanische Außenminister Kissinger reiste wiederholt in den Nahen Osten, um zwischen den Kriegsparteien zu vermitteln. Zuletzt führte er vom 26. Februar bis 1. März 1974 Gespräche in Syrien, Israel, Ägypten, Saudi-Arabien und Jordanien.

27 Max van der Stoel.

se nach Damaskus ankündige, darauf hinweise, daß er dort eine schwierige Arbeit vorfinden werde und weitere Nachrichten verspreche. Wenn Kissinger darunter eine Konsultation verstehe, so halte er die Adressaten zum Narren!

M. Jobert führte weiter aus, er sehe in den Textvorschlägen der Politischen Direktoren nichts, was Kissinger alarmieren könnte. Der Dialog mit den arabischen Ländern enthalte nichts, was ihn bei seinem – im übrigen künstlichen – Versuch stören könnte, den Energiefragen beizukommen. Er – Jobert – habe mit Kissinger darüber gesprochen, daß man ihm nicht in die Quere kommen wolle und die Verbindung zu den arabischen und auch afrikanischen Ländern in der Perspektive der Entwicklungshilfe für diese Gebiete sehe, zu der Europa einen Beitrag leisten könne, ohne die Politik Kissingers im Nahen Osten zu behindern.

M. Jobert wiederholte, daß in dem Text der Politischen Direktoren nichts stehe, was Kissinger stören könnte. Der Text sei sowohl Kissinger als auch den Arabern sicherlich bekannt. Er sei etwas erstaunt über die (amerikanische) Demarche, durch Vermittlung der Niederländer etwas daran ändern zu lassen. Die französische Regierung werde sich nicht stören lassen. Wenn sie allein gelassen werde, so werde sie diese Politik eben allein fortsetzen, obwohl er immer gesagt habe, daß er sie lieber gemeinsam mit den anderen im Interesse Europas betreiben möchte. Gerade Kissinger, der Europa eine regionale Rolle in der Weltpolitik zuweisen möchte, sollte sich an dem europäisch-arabischen Dialog nicht stören. Wenn der besagte Text vage und dilatorisch formuliert würde, würden die wahren Gründe für eine derartige Änderung sofort bekannt werden. Nach seiner – Joberts – Rückkehr aus Washington sei er von Radio Luxemburg gefragt worden, wie er sich die Zukunft der europäisch-arabischen Politik vorstelle. Er habe geantwortet, daß man sich, falls keine größeren Schwierigkeiten von außen kämen, innerhalb von vierzehn Tagen über den Text einigen könne. Sollte man jedoch zu keinem Ergebnis gelangen, so wisse er – Jobert – die Gründe dafür und sei bereit, sie dem Reporter dann mitzuteilen. Kissinger habe ihm in Washington in Aussicht gestellt, daß er gegebenenfalls einen Druck auf eine Staatengruppe ausüben werde. Frankreich lasse sich dadurch nicht beirren und werde voranschreiten. Seine Position sei vorsichtig, zunächst sei eine exploratorische Phase vorgesehen, dann eine Phase der Entschließungen, das ganze sei über einige Monate gestaffelt, so daß er wirklich nicht einsehe, was Kissinger daran beunruhigen könne, den gleichen Kissinger, der die Washingtoner Energiekonferenz am 12. Januar angekündigt<sup>28</sup> und einen Monat später veranstaltet habe ohne jegliche vorherige Konsultation. Er – Jobert – sei bereit, eine versöhnliche Haltung einzunehmen, aber nicht einem politischen Druck nachzugehen. Kissingers Analyse der europäischen Politik sei auch in diesem Punkt falsch. Wenn er beunruhigt sei, habe er Unrecht. Er sei wohl verärgert, weil Europa ihn nicht vorher konsultiert habe. Frankreich sei aber nicht bereit, seine Politik ständig vorher mit den USA zu konsultieren. Er habe Kissinger eine Note übermittelt über die europäisch-arabische Konferenz und

28 Am 10. Januar 1974 gaben der amerikanische Außenminister Kissinger und der Vorsitzende der amerikanischen Energiebehörde, Simon, eine Pressekonferenz über den Vorschlag des Präsidenten Nixon vom Vortag für eine Energiekonferenz vom 11. bis 13. Februar 1974 in Washington. Vgl. dazu DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 70 (1974), S. 109–122.

erklärt, daß es sich nicht um ein Konkurrenzunternehmen zur Washingtoner Konferenz handele. Der Herr Minister meine, daß es möglich sein sollte, Kissinger in diesem Punkt zu beruhigen. Er – Jobert – glaube eher, daß zusätzliche Spannungen zu erwarten seien.

Der Herr *Minister* führte weiter aus, die Bundesregierung habe den z. Z. zu einem Besuch in Bonn weilenden libyschen Ministerpräsidenten Jalloud<sup>29</sup> darüber informiert, daß bei der nächsten Sitzung der Neun ein Beschuß über den Beginn des Dialogs mit den arabischen Ländern gefaßt werden solle; die Bundesrepublik sei der Auffassung, daß die geplante politische Aktion in geeigneter Form in Gang gesetzt werden könne. Er – der Herr Minister – glaube, daß es den vielleicht etwas empfindlicheren Partnern erleichtert würde, diese Entwicklung voll und ohne Hemmungen zu tragen, wenn sie das Gefühl hätten, daß über die politische Aktivität der Gemeinschaft Informationskontakte mit den USA stattfänden. Er selbst werde Kissinger gerne die europäischen Auffassungen zu diesen Fragen erläutern und ihn über die Absichten unterrichten, damit dessen Sorge, daß der Dialog seine Friedensbemühungen stören könnte – da er ja nicht gleichzeitig stattfinde – ausgeräumt werde. Das gleiche gelte auch in bezug auf Kissingers ebenfalls unberechtigte Sorge, daß der erwähnte Dialog die weltweiten Überlegungen zu einer vernünftigen Regelung auf dem Energiesektor behindern könnte. Er – BM – sei der Auffassung, daß die Gespräche mit den Arabern diesen Bemühungen eher förderlich wären. Er glaube, daß er Kissingers Sorgen abbauen könne. Er – BM – hätte keine Hemmungen, mit Kissinger über die Motive für das Handeln der Europäer zu sprechen, sofern dieser seine Motive darlege, was er im übrigen für die Zukunft in Washington versprochen habe. Wenn dies möglich sei, so werde er – BM – am Montag früh über die Reaktion Kissingers berichten können, und er werde dafür sorgen, daß diese Reaktion die Entwicklung aus der Sicht der Europäer nicht behindere.

Der Herr Minister fragte M. Jobert, ob man bei den Erörterungen am Montag davon ausgehen könne, daß die jeweilige Präsidentschaft einen Informationsaustausch mit den USA über den Verlauf der Gespräche mit den arabischen Ländern führen werde.

M. Jobert erwiderte, niemand könne ihn davon überzeugen, daß Kissinger das Papier der Politischen Direktoren nicht bereits in Händen habe. Er wäre „un enfant de cœur“, wenn er daran zweifelte. Die Information Kissingers sei sicherlich vollständig. Die Araber hätten an die Tür Europas geklopft und Europa sei bereit zu antworten. Er – Jobert – habe den Arabern zu verstehen gegeben, daß sie, falls sie erwarteten, daß Europa mit einer Stimme spreche, dies ebenfalls tun müßten. Wie schwierig dies sei, könne man sich vorstellen, wenn man berücksichtige, daß es jetzt – einschließlich Somalias – 20 arabische Staaten gebe.

Der Herr *Minister* wiederholte, es sei möglich, ja wahrscheinlich, daß die Amerikaner die Entwicklung der Diskussion der Politischen Direktoren aus der Distanz beobachteten. Es sei aber nicht das gleiche, ob sie im Besitz von Unterlagen seien oder ob man sie von europäischer Seite über die hiesigen Motive und

29 Ministerpräsident Jalloud hielt sich vom 27. Februar bis 2. März 1974 in der Bundesrepublik auf.  
Vgl. dazu Dok. 62.

Absichten informiere. Wie gesagt, wäre eine derartige Information geeignet, es dem einen oder anderen Mitglied zu erleichtern, an der geplanten Operation voll und aktiv teilzunehmen.

Der Herr Minister brachte dann das Gespräch auf die Haltung Israels zum europäisch-arabischen Dialog und führte dazu aus, der israelische Außenminister habe die Botschafter der Neun (– Jobert korrigierte: der Acht –) mehrmals zu sich gebeten und die Bitte ausgesprochen, daß von europäischer Seite gleiche Gespräche wie der Dialog mit den arabischen Ländern auch mit Israel in Aussicht genommen werden sollten.<sup>30</sup> (M. Jobert warf ein, demnächst werde auch die Königin von Tonga eine entsprechende Demarche vornehmen.) Der Herr Minister wies darauf hin, daß die Anregung Abba Ebans Probleme aufwerfe. Man müsse aber einen Weg finden, um den Dialog mit den arabischen Ländern zu führen, ohne die Ausgewogenheit „unserer“ Politik im Nahen Osten in Frage zu stellen, welche die Grundlage „unseres Handelns“ sei. Dem israelischen Wunsch könne allerdings nicht dadurch Rechnung getragen werden, daß parallel zu den Verhandlungen mit den arabischen Ländern Verhandlungen gleichen Inhalts mit Israel geführt werden. Dagegen könnte man den Israelis in Aussicht stellen, daß sie nicht nur auf diplomatischem Weg informiert würden, sondern daß besonders auch die Handelsverhandlungen (approche globale) mit ihnen fortgesetzt werden sollen.<sup>31</sup> Im übrigen sei dies vermutlich das Ziel der Demarche des israelischen Außenministers. Man könne den Hintergrund nur ahnen, aber Israel habe wohl die Befürchtung, daß im Rahmen des Dialogs mit den arabischen Ländern der Wunsch ausgesprochen werde, die Europäer zu veranlassen, die Verhandlungen mit Israel nicht fortzuführen.

M. Jobert antwortete hierauf: „Ce sera notre affaire; il faut faire la part de la dignité.“ In bezug auf die Verhandlungen mit Israel stelle sich eine Grundsatzfrage. Der Herr Minister habe oft gesagt, die Politik sei die Kunst des Möglichen. Wenn die Politik der Neun beginne, jeder Demarche um Information, Übermittlung von Berichten, Einholung von Instruktionen usw. in bezug auf die eigenen Angelegenheiten zu entsprechen, so gewinne diese europäische Politik eine Färbung, welche die französische Regierung ihrer nationalen Politik nicht zu geben wünsche. Sie sei nicht damit einverstanden, daß ihre Politik in ständigen Konsultationen mit den USA verwertet werde. Er habe den Eindruck, daß die Vereinigten Staaten den Anstoß zu diesen Demarchen gäben. In diesem Zusammenhang erinnerte er nochmals an die Rede Kissingers (Pilgrims), wonach Europa keine gemeinsame Position einnehmen sollte, ohne vorher mit den USA gesprochen und deren Zustimmung eingeholt zu haben.<sup>32</sup> Man müsse prüfen, ob man sich hiermit einverstanden erklären könne.

30 Zu den Gesprächen des israelischen Außenministers Eban mit den Botschaftern der EG-Mitgliedstaaten am 8. und 21. Januar 1974 in Jerusalem vgl. Dok. 8, Anm. 20 und 22.

31 Zu den Verhandlungen über ein Präferenzabkommen mit Israel im Rahmen eines Globalabkommens mit Staaten des Mittelmeerraums vgl. Dok. 46, Anm. 5.

32 Am 12. Dezember 1973 führte der amerikanische Außenminister Kissinger vor der Gesellschaft „Pilgrims of Great Britain“ in London aus: „Europe's unity must not be at the expense of Atlantic community, or both sides of the Atlantic will suffer. It is not that we are impatient with the cumbersome machinery of the emerging Europe. It is rather the tendency to highlight division rather than unity with us which concerns us. I would be less than frank were I to conceal our uneasiness about some of the recent practices of the European Community in the political field. To present the decisions of a unifying Europe to us as faits accomplis not subject to effective discussion is alien to

Der Herr *Minister* unterstrich, daß seine Position in diesem Punkt ganz klar sei: Er würde nicht zögern, mit den Amerikanern in einen Informationsaustausch über den politischen Weg Europas aktiv einzutreten, um Widerstände abzubauen, die sonst dieser Politik entgegengestellt werden könnten. Aber er würde sich dadurch in seiner Meinungsfreiheit nicht beeinflussen lassen, wo es um eigene Interessen Europas gehe. Wenn sich bei einer Aktion *prima vista* ergebe, daß man mit den USA nicht einig sei, müßten die Amerikaner sich damit abfinden, und im Fall der Gespräche mit den arabischen Ländern würden sie dies tun. Dieser Dialog sei den Amerikanern nicht sympathisch, am liebsten hätten sie es, wenn er überhaupt nicht stattfände. Dies werde ihn – den Herrn Minister – aber nicht veranlassen, den Dialog nicht zu führen. Trotzdem sei er bereit, die USA über die europäischen Absichten in diesem Zusammenhang zu informieren und ihnen Gelegenheit zu geben, ihre Position zu erläutern. Es mangele ihm nicht an Selbstbewußtsein, aber er habe das Gefühl, daß ein Meinungsaustausch und eine Information der genannten Art notwendig seien.

Als weiteres Beispiel für die mangelnde Konsultations- und Informationsbereitschaft der USA nannte M. *Jobert* den Fall Spaniens. Zu den „großen Gedanken“ Kissingers gehöre eine Annäherung Spaniens – nicht an die Atlantische Allianz –, aber an die atlantische Welt. Seit Monaten arbeite er an entsprechenden Texten.<sup>33</sup> Dann werde er sich an die europäischen Länder wenden, um ihre Bereitschaft einzuholen, Spanien in ihren Kreis aufzunehmen. Frankreich sei über diese Pläne nie konsultiert worden, obwohl es ein unmittelbarer Nachbar sei. Kissinger habe sogar López Bravo gegenüber erklärt, die USA wünschten einen Eintritt Spaniens in die Atlantische Allianz, aber Frankreich sei dagegen. López Bravo habe ihn – *Jobert* – über den Inhalt dieses Gesprächs informiert. Er habe ihm dafür gedankt und darauf hingewiesen, der beste Beweis dafür, daß Frankreich nichts gegen einen Beitritt Spaniens zur

*Fortsetzung Fußnote von Seite 265*

the tradition of US-European relations. This may seem a strange complaint from a country repeatedly accused of acting itself without adequately consulting with its allies. There is no doubt that the United States has sometimes not consulted enough or adequately – especially in rapidly moving situations. But this is not a preference; it is a deviation from official policy and established practice – usually under pressure of necessity. The attitude of the unifying Europe, by contrast, seems to attempt to elevate refusal to consult into a principle defining European identity. [...] We are determined to continue constructive dialogue with Western Europe. We have offered no final answers; we welcome Europe's wisdom. We believe that this opportunity will not come soon again. So let us rededicate ourselves to finishing the task of renewing the Atlantic community. First, let us complete the work before us; let us agree on a set of declarations equal to the occasion so that they may serve as an agenda for our governments and as an example and inspiration for our peoples. Second, let us then transform these declarations into practical and perceptible progress. We will restore mutual confidence if our policies begin to reinforce rather than work against our common objectives. And let us move quickly to improve the process of consultation in both directions.“ Vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 69 (1973), S. 778–780. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 45–50 (Auszug).

<sup>33</sup> Vgl. dazu Ziffer 4 des Gemeinsamen Kommuniqués vom 19. Dezember 1973 über den Besuch des amerikanischen Außenministers Kissinger am 18./19. Dezember 1973 in Spanien: „The talks took place in an atmosphere of the greatest cordiality and understanding. Agreement was reached in principle to develop a joint U.S.-Spanish declaration of principles. Both parties agreed that Spain is essential for the security of the West and for the maintainance of peace. They agreed as well that Spain must participate on a basis of equality with the other countries of the Atlantic area in the establishment of a just and stable international order.“ DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 70 (1974), S. 26.

NATO habe, sei der Vorschlag zu einer 15er-Erklärung<sup>34</sup>, in der nichts, aber auch gar nichts enthalten sei, was Spanien stören könnte. Dies sei ein erneuter Beweis für die Methoden Kissingers, der immer wieder neue Pläne auch über europäische Themen lanciere und handle, ohne die Betroffenen – wie Frankreich als Nachbarland Spaniens – zu konsultieren. Möglicherweise werde Kissinger demnächst anregen, daß der Politische Direktor im spanischen Außenministerium zu den Gesprächen der Politischen Direktoren „zu informellen Gesprächen“ hinzugezogen werden solle. Er – Jobert – hätte zwar nichts Grundsätzliches dagegen einzuwenden, es sei aber nicht normal, daß ein verbündetes Land – wie die USA – selbst konsultiert werden wolle, aber nicht zu Konsultationen in umgekehrter Richtung bereit sei.

Der Herr *Minister* wies darauf hin, daß der Mechanismus der Konsultationen wohl noch nicht so entwickelt sei, wie es erforderlich wäre. Kissinger seinerseits beklage sich darüber, daß die USA in bezug auf manche Bereiche der europäischen Politik – z. B. auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik – von den Partnern nicht konsultiert worden seien. Er – BM – glaube, daß auch hier ein Mißverständnis vorliege. Der Mangel an Vertrauensvorschuß zueinander müsse abgebaut werden, um zu vertrauensvollen Gesprächen zwischen Europa und den USA zu kommen, wenn Fragen anstünden, die beide Seiten interessierten.

M. *Jobert* betonte, daß die Vereinigten Staaten von Amerika eine weltweite Verantwortung hätten, ebenso habe aber auch Europa eine weltweite Verantwortung. Diese Analyse akzeptiere Kissinger nicht.

Der Herr *Minister* erinnerte daran, daß er die Passage in seiner Rede, in der er Europa nur regionale politische Interessen einräumte<sup>35</sup>, im nachhinein revidiert habe.<sup>36</sup> Sicher habe Europa weltweite Interessen, aber die europäischen Möglichkeiten, an weltweiten Fragen mitzuwirken, seien noch sehr begrenzt. Für ihn sei es eine bedenkliche Entwicklung, aber auch eine unabwendbare Tatsache, daß Europa sich an der Schaffung des Friedens im Nahen Osten nicht beteilige, weil die unmittelbar vom Konflikt Betroffenen sich bei der Suche um eine Lösung nicht an Europa gewandt hätten. Er glaube, daß man alles tun sollte, um die Ursachen für die Schwäche der europäischen Außenpolitik zu beseitigen.

Auf die Bemerkung des Herrn Ministers, daß Kissinger seine Rede revidiert habe, entgegnete M. *Jobert*, Kissinger habe vielleicht den Wortlaut, nicht aber

34 Frankreich legte am 3. Oktober 1973 den Entwurf für eine Atlantischen Erklärung vor. Vgl. dazu AAPD, 1973, III, Dok. 315.

35 Der Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Kissinger, stellte am 23. April 1973 in New York fest: „The United States has global interests and responsibilities. Our European allies have regional interests. These are not necessarily in conflict, but in the new era neither are they automatically identical.“ Vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 68 (1973), S. 594. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1973, D 221.

36 Am 12. Dezember 1973 führte der amerikanische Außenminister Kissinger vor der Gesellschaft „Pilgrims of Great Britain“ in London aus: „We have no intention of restricting Europe's international role to regional matters. From our perspective, European unification should enable Europe to take on broader responsibilities for global peace that ultimately can only contribute to the common interest. The American initiative was meant to mark Europe's new preeminence on the world scene as well as within the North Atlantic community.“ Vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 69 (1973), S. 778. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 45.

seine Einstellung revidiert. Wenn Europa im Nahen Osten präsent sein und mit den Arabern sprechen wolle, so dürfe es sich dabei gegenüber den USA nicht willfährig erweisen, indem es ihnen die Möglichkeit böte, sich in diese Politik einzuschalten. Ohne jeden Zweifel würde man, wenn man den Amerikanern gegenüber willfährig sei, völlig an die Wand gedrückt werden. (frz. „A coup sûr, si nous sommes complaisants avec eux, nous serons complètement effacés.“)

Im Hinblick auf Brüssel bat der Herr *Minister* M. Jobert noch um die Klärung einiger weiterer Punkte:

1) Die Politischen Direktoren beabsichtigten – wie bereits erwähnt – um den 13.3. herum (EPZ – NATO-Direktoren) zusammenzutreten. Er frage sich, ob man den Entwurf der Erklärung Europa–USA nicht so frühzeitig nach Washington übermitteln sollte, damit am 14.3. in Brüssel die Direktoren der Neun mit den Amerikanern sprechen könnten, um die Verabschiedung der Erklärung zu beschleunigen.

M. *Jobert* erklärte sich damit einverstanden mit dem Vorbehalt, daß der Passus über die Energiefragen jetzt noch nicht bekanntgegeben werden sollte. Persönlich habe er nichts gegen die Formulierung des Textes, aber eine vorzeitige Veröffentlichung erscheine ihm nicht ratsam, weil in den Augen der Öffentlichkeit sonst der Eindruck entstehen könnte, daß man sich an die Ergebnisse von Washington anlehne. Er glaube, daß man noch drei bis vier Wochen warten sollte.

Auf die Frage des Herrn *Ministers*, ob dies bedeute, daß man den Text ohne den Energie-Passus herausgeben könnte, antwortete *Jobert*, daß der Text, sobald eine entsprechende Sitzung stattfinde, bekanntwerden würde, und es sei der einzige Text zwischen den USA und Europa nach der Konferenz von Washington. Daher habe es Frankreich nicht sehr eilig. Im übrigen handle es sich um einen Text, der im Hinblick auf den Besuch Nixons in Europa vorbereitet werde; man habe also Zeit damit.

Der Herr *Minister* sagte, diese Bemerkung Joberts bringe ihn zu dem nächsten Punkt: Er halte es nicht für sehr zufriedenstellend, daß sich die Europäer darauf beschränkten, den Besuch Nixons geduldig abzuwarten. Er schlage daher vor, daß – nachdem die sachlichen Vorbereitungen (Erklärung der Neun und Erklärung der NATO) abgeschlossen seien – die Initiative zu einer Einladung Nixons von europäischer Seite aus ergriffen werde. Es sei bekannt, daß Nixon die Absicht geäußert habe, in der ersten oder zweiten Aprilhälfte nach Europa zu kommen. Man sollte ihn daher zu einem bestimmten Zeitpunkt einladen; beispielsweise könnte hierzu der 25. Jahrestag der NATO – der ohnehin im April liege<sup>37</sup> – in Frage kommen, um bei dieser Gelegenheit die Erklärungen zu verabschieden. Wenn man wolle – und man sollte es wollen –, könne man die letzten Arbeiten an den Texten schnell erledigen.

M. *Jobert* antwortete, daß man seiner Auffassung nach einen Termin für die endgültige Formulierung des Textes der Erklärung Europa–USA festsetzen könnte. Hierfür erscheine ihm der 15. April geeignet, auch weil dieser Zeit-

<sup>37</sup> Die NATO wurde am 4. April 1949 in Washington gegründet.

punkt nach dem 9.4., dem Tag der Einberufung der VN-Sonderkonferenz in New York<sup>38</sup>, liege.

Die Frage des Herrn *Ministers*, ob Jobert gedenke, dort die Führung der französischen Delegation zu übernehmen, bejahte *Jobert*, da die Konferenz auf Außenministerebene stattfinden solle. Jobert erklärte sich ferner damit einverstanden, daß die Erklärung Europa–USA am 15. April verabschiedet werde. Letzte Hand an den Text könnte man zwischen dem 9. und 15. April legen. Es handle sich bei den französischen Bedenken gegen eine vorzeitige Bekanntgabe des Energie-Passus – wie gesagt – mehr um eine Frage der Präsentation als der Substanz. Zu einem späteren Zeitpunkt störe ihn die Bekanntgabe nicht, aber jetzt wäre er gezwungen „zu filibustern“.

Der Herr *Minister* verwies auf die Schwierigkeit, einen Text verabschieden zu lassen, der zwecks Abstimmung nicht rechtzeitig vorher allen Partnern vollständig bekannt sei.

M. *Jobert* antwortete, er sehe keine Schwierigkeit. Er habe nichts dagegen, wenn man mit den Amerikanern noch einmal über den Text spreche, unter der Bedingung, daß keine Fortsetzung der Zehner-Treffen beschlossen werde.

Der Herr *Minister* stellte die Frage, ob man nicht am Montag die Präsidentschaft<sup>39</sup> beauftragen könnte, mit den Amerikanern über den Text zu sprechen und später darüber im Kreis der Neun zu berichten.

M. *Jobert* erklärte sich damit einverstanden; man riskiere dabei allerdings, daß die Amerikaner um ein weiteres Gespräch baten. Auf eine Bemerkung von StS *Frank*, daß das Gespräch diskret geführt werden könnte, sagte M. *Jobert*, nichts, was man mit den USA bespreche, werde diskret behandelt. Er – *Jobert* – sei eher bereit, den ursprünglichen Vorschlag des Herrn *Ministers* wieder aufzugreifen und die Besprechung mit den USA am 14.3. zu führen. Die Verabschiedung des Textes in feierlicher Form könnte dann am 15.4. erfolgen.

Auf die Frage des Herrn *Ministers*, ob man Nixon zum 15. April fest einladen könnte, antwortete M. *Jobert*, für die französische Seite ergebe sich insofern eine Schwierigkeit, als Pompidou nicht nach Brüssel fahren würde. Man könne aber nicht gut jemanden einladen und dann nicht am Ankunftszeitpunkt sein, um ihn zu empfangen.

Der Herr *Minister* wies darauf hin, daß die Europäische Gemeinschaft als solche Präsident Nixon einladen könnte, ohne zum Ausdruck zu bringen, in welcher Form sie selbst repräsentiert würde. Wenn die Einladung von der Gemeinschaft als Ganzem ausgeginge, könne das Land, das die Präsidentschaft führe, auf der Ebene seines Regierungschefs vertreten sein.

Auf den Einwand von M. *Jobert*, daß sich im Falle einer Verschiebung des Besuchs in die zweite Jahreshälfte für Frankreich erneut Schwierigkeiten ergeben könnten, bemerkte StS *Frank*, in solchen Fällen sei es üblich, die Lage vorher zu sondieren.

Der Herr *Minister* kündigte an, nach entsprechender Rücksprache mit dem

38 Zur Sondersitzung der UNO-Generalversammlung über Rohstoffe und Entwicklung vom 9. April bis 2. Mai 1974 in New York vgl. Dok. 121.

39 Die Bundesrepublik übernahm am 1. Januar 1974 die EG-Ratspräsidentschaft.

Herrn Bundeskanzler werde er am Montag vormittag in Brüssel vorschlagen, daß die Neun die Initiative zur Einladung Nixons ergreifen sollten.

M. Jobert erklärte sich hiermit einverstanden und unterstrich, daß auch er in der Zwischenzeit mit Präsident Pompidou über diese Frage, die seine eigene Zuständigkeit übersteige, sprechen werde.

M. Jobert brachte anschließend das Gespräch auf die deutsch-französischen Gespräche über Verteidigungsfragen und regte an, daß diese in Zukunft zwischen den beiderseitigen Planungsstäben (in Frankreich dem „Centre de prospective“) geführt werden.<sup>40</sup> Er halte dies für eine „formule souple“, die den jetzigen Möglichkeiten am besten entspreche. Die in Frage kommenden Gesprächspartner kannten sich auch bereits.

Der Herr *Minister* erklärte sich mit diesem Vorschlag einverstanden. M. Jobert sei bekannt, welch hohen Wert die deutsche Seite der Fortsetzung des Dialogs über Sicherheitsfragen beimesse. Bei den Kontakten spiele auch die Frage der Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Rüstungswesens eine Rolle. Hier gebe es gewisse Probleme hinsichtlich des Rahmens für eine derartige Zusammenarbeit. Er schlage vor, die weitere Behandlung auch dieses Themas dem zuständigen Kreis zu überlassen.

M. Jobert wiederholte, um Mißverständnisse zu vermeiden, daß er an die Planungsstäbe in den beiden Außenministerien denke; auf deutscher Seite also an Botschafter Brunner und seine Mitarbeiter. Auf eine Frage des Herrn Ministers präzisierte er, daß dort über alle Fragen der Sicherheitspolitik gesprochen werden sollte. Da die Planungsstäbe aus „irresponsables“ bestünden, könnten sie über alles sprechen, während man in einem Kreis von „responsables“ über nichts sprechen könnte. Außerdem stünden die in Frage kommenden „irresponsables“ ihren jeweiligen Ministern am nächsten.

In bezug auf die Probleme des Gemeinsamen Marktes könne er – Jobert – seine Absichten in einem einzigen Satz zum Ausdruck bringen: Frankreich werde sich im Rahmen seiner Möglichkeiten kooperativ zeigen. In der Frage, zu der die deutsche Seite neue Vorschläge unterbreitet habe (?), lägen die Ansichten nicht weit auseinander; er werde versuchen, der deutschen Seite zu helfen, wenn diese auf der gleichen „bescheidenen Basis“ bleibe wie bisher.

Was die Mittelmeerpolitik<sup>41</sup> und die Regionalpolitik<sup>42</sup> betreffe, sollte man zu-

40 Die deutsch-französischen Planungsstabsgespräche fanden am 5. März 1974 in Paris statt. Dazu vermerkte Ministerialdirigent Brunner am 7. März 1974, die französischen Gesprächspartner hätten die europäische Rüstungszusammenarbeit als einen Test für weiterreichende Verteidigungszusammenarbeit bezeichnet. Zur nuklearen Verteidigung hätten sie angedeutet, „daß die bisherige Doktrin, wonach die ‚Force de frappe‘ nur das ‚sanctuaire‘ des französischen Staatsgebiets schützt, kein unumstößliches Dogma mehr sei. [...] Es sei denkbar, daß man einen Weg finden werde, um die ‚Force de frappe‘ mit der allgemeinen Strategie in Europa zu koordinieren. Allerdings müsse Frankreich sich nach wie vor allein die Entscheidung über den Einsatz seiner Kernwaffen vorbehalten.“ Vgl. VS-Bd. 11593 (02); B 150, Aktenkopien 1974.

41 Seit der Erweiterung am 1. Januar 1973 verhandelten die Europäischen Gemeinschaften mit Staaten des Mittelmeerraums über neue Handelsabkommen im Sinne einer Globallösung. Botschafter Lebsanft, Brüssel (EG), berichtete dazu am 27. Juni 1973, daß auf der EG-Ministerratstagung am 25./26. Juni 1973 in Luxemburg die Verhandlungsrichtlinien für das Globalabkommen gebilligt worden seien. Damit seien die Voraussetzungen geschaffen, daß die EG-Kommission bis Ende des Jahres zu Ergebnissen kommen könne. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 2345; Referat 410, Bd. 101225.

Zum Stand der Verhandlungen informierte das Bundesministerium für Wirtschaft am 23. Novem-

nächst die neuen Vorschläge von M. Cheysson und Mr. Thomson abwarten. M. Jobert betonte, daß er versuchen werde, der deutschen Seite in der Frage der Mittelmeerpolitik (finanzieller approach des algerischen Problems) entgegenzukommen. Hinsichtlich des Regionalfonds sollte sich Finanzminister Schmidt geschmeidiger zeigen.

Der Herr *Minister* wies darauf hin, daß es sich bei letzterem Punkt weniger um eine Frage des Volumens als um die Nettoeinnahmen handele. Das Problem berührte Herrn Ertl mehr als Herrn Schmidt.

M. Jobert brachte dann das Gespräch auf den Agrarmarkt, über den er kürzlich mit M. Lardinois gesprochen habe. Er habe den Eindruck, daß die Dinge hier recht gut funktionierten, so daß für das Jahr 1974 keine Schwierigkeiten zu erwarten seien.

Der Herr *Minister* hob hervor, das wichtigste Problem sei die Wirtschafts- und Währungsunion. Ohne sie könne es keine Europäische Union geben, deren Kern-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 270*

ber 1973: „Die erste Verhandlungsrounde über eine umfassende Neuregelung der Beziehungen der Gemeinschaft mit Spanien, Israel und den Maghreb-Ländern ist im Oktober abgeschlossen worden. Ergebnis: Die Partnerländer konnten den vorgeschlagenen juristischen und institutionellen Rahmen (Präferenzabkommen mit Spanien und Israel, Assoziierungsabkommen mit den Maghreb-Ländern) akzeptieren. Sie haben jedoch alle das jeweilige materielle Angebot der Gemeinschaft als unzureichend abgelehnt.“ Vgl. Referat 410, Bd. 101225.

Am 7. Dezember 1973 informierte Legationsrat I. Klasse Pakowski die Botschaften in Algier, Madrid, Rabat, Tel Aviv und Tunis, daß „wider Erwarten“ auf der EG-Ministerratstagung am 3./4. Dezember 1973 in Brüssel keine Verbesserung des Verhandlungsmandats habe erreicht werden können. Da man deshalb nicht mehr mit einer Einigung vor Jahresende rechnen könne, müßten nun Übergangslösungen mit den Staaten des Mittelmeerraums gefunden werden. Vgl. Referat 410, Bd. 101225.

Lebsanft berichtete am 6. Februar 1974, daß auf der EG-Ministerratstagung am 5. Februar 1974 in Brüssel weder ein neues Verhandlungsmandat noch eine Übergangslösung gefunden worden seien, daß sich aber „nicht unbedeutende Annäherungen“ in wichtigen Streitfragen ergeben hätten. So gebe es Zustimmung zum Prinzip der Gegenseitigkeit im Handelsbereich sowie zum Zollabbaukalender der EG-Kommission. Dagegen hätten sich die EG-Mitgliedstaaten nicht in der Frage der finanziellen Kooperation einigen können, da Großbritannien und die Niederlande vor finanziellen Zugeständnissen eine Gesamtschau der zukünftigen EG-Verpflichtungen verlangten. Vgl. den Drahtbericht Nr. 474; Referat 410, Bd. 101225.

42 Zur Einrichtung eines Europäischen Regionalfonds vgl. Dok. 19, besonders Anm. 2.

Botschafter Lebsanft, Brüssel (EG), berichtete am 28. Februar 1974 über die Überlegungen in der EG-Kommission zum Europäischen Regionalfonds, die ihm aus dem Kabinett des Mitglieds der EG-Kommission Thomson mitgeteilt worden seien: „Im wesentlichen stünden zwei Basismodelle zur Diskussion: 1) Fondsvolumen für drei Jahre um 1600 Mio. RE, Aufteilung nach sog. Zwei-Schubladensystem, d. h. erste Schublade entsprechend ursprünglichem Kommissionsvorschlag und zweite Schublade reserviert für die drei hauptbegünstigten Länder. Dieser Approach komme den französischen Vorstellungen entgegen und finde in Kommission starke Anhängerschaft (insbesondere Präsident Ortoli), weil ursprünglicher Kommissionsvorschlag in seinem Kern erhalten bliebe. 2) Fondsvolumen von 1450 Mio. RE. Dies sei die Arbeitshypothese von Kommissar Thomson, der mittlerweile die deutsche Konzessionsbereitschaft realistisch einschätze. Es erscheine jedoch recht fraglich, ob er hiermit in der Kommission durchdringen könne. Diese Arbeitshypothese setzte Verzicht seitens der Mitgliedstaaten voraus. Bei Hauptempfängerländern würde dies gegenüber ursprünglichem Kommissionsvorschlag Abstriche am Nettogewinn um ca. 20 Proz[ent] erfordern. [...] Bei Geberländern denke Kommissar Thomson an folgende Verringerung der durchschnittlichen Guidelines (gleich Rückflüsse in Proz[ent] des Fondsvolumens) gegenüber ursprünglichem Kommissionsvorschlag: Frankreich von 20,99 auf 15,95 Proz[ent]; Deutschland von 8,99 auf 3,24 Proz[ent]; Dänemark von 1,99 auf 0,92 Proz[ent]; Belgien und Niederlande von 1,99 auf 0,72 Proz[ent].“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 762; Referat 412, Bd. 105691.

Am 5. März 1974 berichtete Lebsanft, daß der EG-Ministerrat auf seiner Sitzung am 4. März 1974 eine Entscheidung über den Europäischen Regionalfonds vertagt habe. Vgl. den Drahtbericht Nr. 835; Referat 412, Bd. 105691.

stück sie sei. Dies sei aber ein Punkt, der mehr in die Zuständigkeit der beiderseitigen Finanzminister falle.

M. Jobert erwiderte: „Vous ouvrez un chapitre des amours déçus!“

Der Herr *Minister* bemerkte, daß der Austritt Frankreichs aus der Währungsschlange<sup>43</sup> bekanntlich eine gewisse Beunruhigung hervorgerufen habe. Insbesondere frage man sich, ob Frankreich Anstrengungen mache, um zu vermeiden, daß der Abstand zwischen der Schlange und dem Kurs des Franc zu groß werde, und ob damit zu rechnen sei, daß es in absehbarer Zeit wieder in die Schlange zurückkehre, damit man formell eine weitere Etappe der WWU beschreiten könne.

M. Jobert erläuterte, daß sein Land nicht aus „politischem Willen“, sondern aus „monetären Notwendigkeiten“ die Schlange verlassen habe, weil es im Falle eines Verbleibens der Gefahr ausgesetzt gewesen sei, alle Währungsreserven zu verlieren. Der angebotene Beistand würde nicht ausgereicht haben, um die Schwierigkeiten auf längere Sicht zu beheben. Aus diesem Grunde habe Frankreich das deutsche Angebot<sup>44</sup> nicht angenommen.

Auf den Hinweis des Herrn *Ministers*, daß Frankreich doch wohl die Möglichkeit hätte, Gold zu Marktpreisen einzusetzen, antwortete M. Jobert, diese Möglichkeit bestehe zwar, es könnte aber kein Ausgleich zu den Erdöl-Milliarden geschaffen werden. Im übrigen werde es wahrscheinlich in den kommenden Wochen zu einer weltweiten Währungskrise – vom Dollar ausgehend – kommen, und dagegen sei das Floaten der beste Schutz.

Der Herr *Minister* wies auf die unterschiedliche Wirtschaftsstruktur in den EG-Ländern hin. Die gegenwärtigen Schwierigkeiten seien im Kern nicht so sehr währungspolitischer als vielmehr konjunkturpolitischer Art. In anderen Worten: Solange die Industriepolitik in den verschiedenen Mitgliedsländern als eine nationale Politik betrieben werde, könne man nicht mit einer Besserung der Lage rechnen; erst wenn sie einmal als regionale Politik betrachtet und gehandhabt werde, könne eine echte Wirtschafts- und Währungsunion entstehen. Für die erste Phase sei viel Mut erforderlich. Sei dieser Schritt aber getan, so würden sich nur noch positive Auswirkungen für alle Beteiligten ergeben.

M. Jobert meinte, daß man bereits in stärkerem Maße, als man es glaube, eine gemeinsame Konjunkturpolitik betreibe. Ein Beweis dafür sei die Tatsache, daß z. B. 60 % des französischen Handels mit den Ländern der Gemeinschaft abgewickelt würden.

Auf den Hinweis des Herrn *Ministers*, daß man jetzt mit einer gemeinsamen Industrie- und Konjunkturpolitik beginnen sollte, bemerkte M. Jobert, zu diesem Thema existiere bereits seit 1 1/2 Jahren ein französisches Memorandum.

43 Zur Freigabe des Wechselkurses des Franc am 19. Januar 1974 vgl. Dok. 23.

44 Nach der Freigabe des Wechselkurses des Franc am 19. Januar 1974 fand am selben Tag ein Gespräch des Bundesministers Schmidt mit dem französischen Wirtschafts- und Finanzminister Giscard d'Estaing statt. Dazu wurde mitgeteilt, Giscard habe Schmidt über die Entscheidung der französischen Regierung unterrichtet, ein Angebot der Bundesregierung für einen monetären Beistand in Höhe von drei Milliarden Dollar jedoch abgelehnt. Vgl. dazu BULLETIN 1974, S. 63.

Abschließend sprach der Herr *Minister* die Hoffnung aus, daß man am kommenden Montag und Dienstag in Brüssel in einer bestimmten Anzahl von Punkten Fortschritte erzielen möge.

*M. Jobert* antwortete: „Si ce ne sont pas des progrès, ce seront des bonnes attitudes.“

Vor der Verabschiedung übergab *M. Jobert* dem Herrn *Minister* drei Memoran-  
den zu folgenden Themen:

1) Conférence euro-arabe<sup>45</sup>

2) Agence européenne de l'énergie<sup>46</sup>

3) Coopération franco-allemande dans le domaine de l'énergie.<sup>47</sup>

Das Gespräch endete um 17.45 Uhr.

**VS-Bd. 14054 (010)**

<sup>45</sup> Für die am 1. März 1974 übergebene französische Note vom 28. Februar 1974 vgl. Referat 310, Bd. 104981.

Dazu vermerkte Vortragender Legationsrat Niemöller am 3. März 1974, daß sich die französische Note vom 28. Februar 1974 im Einklang mit dem Papier des Politischen Komitees im Rahmen der EPZ vom 6. Februar 1974 befnde. Zusammenfassend stellte er fest: „Die Hervorhebung einer breit angelegten Zusammenarbeit als erstem Ziel des angestrebten europäisch-arabischen Dialogs und die vorläufige Ausklammerung der schwierigsten politischen Themen (Nahost-Konflikt und Ölfrage) lassen ein französisches Bemühen um eine sachliche Behandlung des Vorhabens erkennen. Zugleich sollen offenbar Fragen, die sich im Rahmen der Neun und im europäisch-amerikanischen Verhältnis als Störfaktoren erweisen könnten, zunächst eliminiert werden.“ Vgl. Referat 310, Bd. 104981.

<sup>46</sup> Für das am 1. März 1974 übergebene Papier zur Gründung einer europäischen Energieagentur vgl. Referat 010, Bd. 178576.

Referat 413 legte am 2. März 1974 dar, die französische Regierung rege die Gründung einer europäischen Energieagentur an, die vom EG-Ministerrat eingesetzt werde, Vorschläge für Energiesparmaßnahmen und alternative Energiequellen erarbeite und diese Programme fördere. Nach außen solle sie die „alleinige Sprecherolle“ der Europäischen Gemeinschaften auf dem Gebiet der Energietechnologie besitzen. Referat 413 bezeichnete die Pläne als „noch sehr unausgegoren“ und warnte davor, daß sie zu einem Machtverlust bestehender Institutionen der Europäischen Gemeinschaften führen könnten. Vgl. Referat 010, Bd. 178576.

<sup>47</sup> Zum französischen Vorschlag vom 28. Februar 1974 für eine Zusammenarbeit auf dem Energiesektor vermerkte Referat 403 am 2. März 1974, daß eine Harmonisierung der Energiepolitik Frankreichs und der Bundesrepublik zwar wünschenswert sei, allerdings auf Schwierigkeiten in der Umsetzung treffen dürfte, da Frankreichs Energiepolitik dirigistisch, die der Bundesrepublik aber marktwirtschaftlich orientiert sei. Konkret rege die französische Regierung eine Zusammenarbeit von Energiekonzernen sowie eine Intensivierung der Kooperation in der Kernenergie an: „Das Papier deutet auf ein gewisses französisches Einlenken hin: Bereitschaft zur Beteiligung der Gemeinschaft an der aus der Washingtoner Energiekonferenz hervorgehenden Arbeitsgruppe „Energieforschung und -entwicklung“. Gleichzeitig werden aber eine Gemeinschaftsinitiative zur Schaffung einer europäischen Energieagentur angeregt und Vorschläge für eine Intensivierung der deutsch-französischen Zusammenarbeit auf dem Energiesektor unterbreitet [...]. Der Schwerpunkt der französischen Überlegungen liegt mithin ganz eindeutig im deutsch-französischen und im Gemeinschaftsbereich.“ Vgl. Referat 010, Bd. 178576.